



125. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 7. Oktober 2016

Mitteilungen der Präsidentin 12971

1 Gute Schule 2020 – wir investieren jetzt für morgen

Unterrichtung
durch die Landesregierung 12971

Ministerin Sylvia Löhrmann 12971
Armin Laschet (CDU) 12974
Norbert Römer (SPD) 12977
Christian Lindner (FDP) 12981
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 12985
Monika Pieper (PIRATEN) 12988
Minister Ralf Jäger 12989
Petra Vogt (CDU) 12991
Hans-Willi Körfges (SPD) 12992
Sigrid Beer (GRÜNE) 12993

2 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11903

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 16/13049 12994

Hans-Willi Körfges (SPD) 12994
Daniel Sieveke (CDU) 12995
Monika Düker (GRÜNE) 12996
Dr. Joachim Stamp (FDP) 12997
Frank Herrmann (PIRATEN) 12998
Minister Ralf Jäger 12998
Dr. Joachim Stamp (FDP) 12999

Ergebnis 12999

3 Doppelbelastung für Bürger und Industrie in Nordrhein-Westfalen verhindern – differenzierte Stromnetzentgelte auf der Übertragungsnetzebene erhalten

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13026 – Neudruck 13000

Josef Hovenjürgen (CDU) 13000
Dietmar Brockes (FDP) 13000
Guido van den Berg (SPD) 13001
Wibke Brems (GRÜNE) 13002
Kai Schmalenbach (PIRATEN) 13003
Minister Rainer Schmetzler 13004

schriftliche Begründung ihrer Abstimmung
gemäß § 47 Abs. 2 GeschO
Hubertus Fehring (CDU)
Walter Kern (CDU)
Kirstin Korte (CDU)
Ralf Nettelstroth (CDU)
Daniel Sieveke (CDU)
(siehe Anlage)

Ergebnis 13005

4 Informatische Allgemeinbildung gewährleisten – Pflichtfach Informatik an allen Schulformen einführen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10784

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule
und Weiterbildung
Drucksache 16/12866 13005

Ina Spanier-Oppermann (SPD).....	13005
Kirstin Korte (CDU).....	13006
Karin Schmitt-Promny (GRÜNE).....	13007
Yvonne Gebauer (FDP).....	13007
Monika Pieper (PIRATEN).....	13008
Ministerin Sylvia Löhrmann.....	13009

Ergebnis.....	13010
---------------	-------

5 Nordrhein-Westfalen in der digitalen Welt – „MegaStark“ oder eher schwach? Was hat die Landesregierung seit der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin am 29. Januar 2015 bisher erreicht?

Große Anfrage 20
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11308

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 16/12206

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13103.....	13011
--------------------------------------------------------------------------	-------

Marcel Hafke (FDP).....	13011
René Schneider (SPD).....	13012
Hendrik Wüst (CDU).....	13013
Matthi Bolte (GRÜNE).....	13014
Dr. Joachim Paul (PIRATEN).....	13016
Daniel Schwerd (fraktionslos).....	13017
Minister Rainer Schmeltzer.....	13017
Dr. Joachim Paul (PIRATEN).....	13019

Ergebnis.....	13019
---------------	-------

Anlage.....	13021
-------------	-------

Zu TOP 3 – „Doppelbelastung für Bürger und Industrie in NRW verhindern – differenzierte Stromnetzentgelte auf der Übertragungsebene erhalten“

nach § 47 Abs. 2 GeschO zu Protokoll gegebene schriftliche Begründung ihrer Abstimmung von
Hubertus Fehring (CDU), Walter Kern (CDU), Kirstin Korte (CDU), Ralf Nettelstroth (CDU) und Daniel Sieveke (CDU)

Entschuldigt waren:

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
Minister Garrelt Duin
Minister Michael Groschek
Ministerin Christina Kampmann
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans

Brigitte Dmoch-Schweren (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Markus Töns (SPD)

Peter Biesenbach (CDU)
Astrid Birkhahn (CDU)
Ilka von Boeselager (CDU)
Theo Kruse (CDU)
Werner Lohn (CDU)
Claudia Middendorf (CDU)
Jens-Peter Nettekoven (CDU)
Thorsten Schick (CDU)
Rainer Spiecker (CDU)
Robert Stein (CDU)
Axel Wirtz (CDU)

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE)
Andrea Asch (GRÜNE)
(ab 12 Uhr)
Ali Bas (GRÜNE)
Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE)
Arndt Klocke (GRÜNE)
Mario Krüger (GRÜNE)
Verena Schäffer (GRÜNE)

Ulrich Alda (FDP)
Henning Höne (FDP)

Michele Marsching (PIRATEN)
Birgit Rydlewski (PIRATEN)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Guten Morgen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 125. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **25 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Weitere Vorbemerkungen zur heutigen Tagesordnung gibt es nicht. Damit treten wir in die Bearbeitung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Gute Schule 2020 – wir investieren jetzt für morgen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 27. September 2016 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, zu dem genannten Thema zu unterrichten. – Die Unterrichtung erfolgt durch Frau Ministerin Löhrmann, der ich gerne das Wort erteile.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Landesregierung ist davon überzeugt: Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Mehr Gerechtigkeit ist nur möglich, wenn wir die Ursachen für Ungerechtigkeit beseitigen und gezielt in Bildung investieren.

Und das tun wir in dieser Koalition. Seit 2010 haben wir über 170 Milliarden € und damit mehr als jemals eine andere Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in Bildung, in die Zukunft investiert. Jeder dritte Euro des Haushalts geht mittlerweile in die Bereiche Kinder, Bildung und Familien. Das ist seit 2010 eine Steigerung um mehr als ein Drittel.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben heute die höchsten Bildungsausgaben aller Flächenländer.

Ungleiche Bildungschancen entstehen auch, wenn Schulausstattungen nicht auf der Höhe der Zeit sind. Hier könnte man über Zuständigkeiten diskutieren. Das tun wir aber nicht. Wir packen an und greifen unseren Städten und Gemeinden gezielt in einem wichtigen Feld unter die Arme. Das Programm „Gute

Schule 2020“ ist unsere Antwort an die Kommunen, an die Schülerinnen und Schüler, an die Eltern und Lehrkräfte – hier und jetzt, zügig und konkret. „Gute Schule 2020“ ist das umfassendste Programm zur Modernisierung von Schulgebäuden, das es in Nordrhein-Westfalen je gegeben hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist unser zusätzlicher Beitrag als Land zur Verbesserung von Schulgebäuden und Infrastruktur in den Kommunen. Wir helfen damit allen Städten und Gemeinden, die technische Ausstattung und die Baustoffe schnell und nachhaltig zu verbessern. Denn moderne Klassenzimmer sind auch eine Voraussetzung für gute Bildung und gutes Lernen. Der Raum ist der dritte Pädagoge.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb fördern wir mithilfe der NRW.BANK die Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden und Anlagen für den Schulsport, Neu-, Um- und Ausbauten von Schulen, eventuell, falls es notwendig ist, den Erwerb von Grundstücken, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und Ausstattung in unseren Schulen.

Meine Damen und Herren, das Programm „Gute Schule 2020“ ist ein kommunales Investitionsprogramm. Damit ist es auch ein Programm für die kommunale Wirtschaft und wird vor Ort Arbeitsplätze schaffen. Auch das will ich bei dieser Gelegenheit sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die NRW.BANK stellt unseren Städten und Gemeinden ab 1. Januar 2017 für die nächsten vier Jahre jedes Jahr 500 Millionen € zinssubventioniert zur Verfügung, also insgesamt 2 Milliarden € für anfänglich 0 % Zinsen.

Das maximal mögliche Kreditkontingent richtet sich sowohl nach der jeweiligen Bedürftigkeit der Kommunen als auch nach der Schülerzahl. Es hat also auch einen Gerechtigkeitsfaktor bei der Verwendung der Mittel in den unterschiedlichen Gemeinden.

Und – das ist meines Erachtens sehr praktisch für die Gemeinden – die Kreditkontingente von 2017 bis 2019 können ins Folgejahr übertragen werden. Damit werden Gesamtplanungen für den kompletten Förderzeitraum und schrittweise Umsetzungen ermöglicht. Das ist sehr flexibel, sehr gut angelegt und sehr praktikabel für unsere Gemeinden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Damit tatsächlich alle Kommunen das Förderprogramm auch in Anspruch nehmen können, haben wir uns entschieden, die Kommunen zu 100 % von Zins- und Tilgungsleistungen zu befreien. Den Kommunen

entstehen also durch „Gute Schule 2020“ keine Kosten.

Das Land wird erstmals im Haushaltsjahr 2018 Tilgungen leisten, sodass keine Anpassung des Haushaltsentwurfs 2017 notwendig ist. Der Grund liegt darin, dass die NRW.BANK das erste Jahr tilgungsfrei gestellt hat. Bei der NRW.BANK ist das auch bei anderen Förderprogrammen üblich.

Vorausgesetzt, der Landtag stimmt zu – und dafür erlaube ich mir, zu werben –, kann „Gute Schule 2020“ ab 1. Januar 2017 schnell und unbürokratisch starten. Die NRW.BANK hat ein einfaches und schnelles Bewilligungsverfahren zugesagt. Die Kreditzusage an die Kommunen soll bei Vollständigkeit der Antragsunterlagen innerhalb weniger Tage erfolgen, das Geld wird dann zu Beginn des Folgemonats ausgezahlt. Die detaillierten Bedingungen werden ab Ende Dezember auf der Seite der NRW.BANK veröffentlicht werden.

Meine Damen und Herren, dieses Programm verfolgt verschiedene Strategien. Es ist ein weiterer Baustein unserer Strategie, die Chancen unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Das gilt für den Bereich Schule, das gilt aber auch für die Vorschulzeit und für den Übergang ins Berufsleben. Vorsorge ist besser als Nachsorge.

Unsere vorbeugende Politik ist gut für die Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen. Sie reduziert die sozialen Folgekosten und stärkt unseren Wirtschaftsstandort

(Zuruf von der FDP)

unmittelbar und langfristig zugleich. Das ist ein wichtiges Signal für alle Bereiche.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir viele kluge Köpfe haben wollen und Inklusion und Integration sowie die Zukunftssicherung unserer Wirtschaft gelingen sollen, brauchen wir gute Schulen und eine zeitgemäße Schulinfrastruktur.

Meine Damen und Herren, ja, der Bau und die Erhaltung von Schulgebäuden ist eigentlich Aufgabe der Kommunen. Die Landesregierung sieht und versteht aber, dass die kommunalen Schulträger gerade in den letzten Monaten unter einem hohen Druck stehen, in ihre Schulen zu investieren. Anders als erwartet – und diesen neuen Fakt müssen Sie doch auch sehen – steigen die Schülerzahlen. Das ist eine andere Situation als die, die wir am Anfang der Legislaturperiode

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

vorgefunden haben. Bei meinen vielen Besuchen zum Thema „Flüchtlingsbeschulung“ wurde mir dies auch immer wieder vorgetragen: Wir brauchen hier ein neues Signal der Landesregierung, weil wir das

alleine nicht stemmen können. – Insofern ist es auch ein Betrag zur Integration, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Eine neue und wichtige Aufgabe ist auch die Weiterentwicklung der Schulen in der digitalen Welt.

Meine Damen und Herren, das Programm „Gute Schule 2020“ fügt sich in unsere Strategie zur Stärkung der Kommunen ein, die wir schon seit 2010 – und das war überfällig – systematisch betreiben. Mit den steigenden Schlüsselzuweisungen und den kommunalen Stärkungspakten haben wir uns der kommunalen Finanzsituation grundsätzlich neu angenommen, und wir haben zentrale Weichen gestellt, damit die Kommunen aus der Vergeblichkeitsfalle herauskommen, die Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, hinterlassen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kaiser, das Argument – ich habe es ja gelesen –, wir hätten die Schulpauschale seit sechs Jahren nicht angehoben, ist vor diesem Hintergrund sehr weit hergeholt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich habe mir das noch einmal aufbereiten lassen: Sie haben damals die Schulpauschale zwar erhöht, das aber bei anderen Mitteln abgezogen. Die Kommunen hatten effektiv gar nicht mehr. Sie haben Geld umgeschichtet! Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir investieren mit diesem Programm in die Zukunft der nächsten Generation. Insofern ist es auch ein Betrag zur Generationengerechtigkeit.

„Gute Schule 2020“ ist außerdem die zeitgemäße Antwort auf die Frage nach der finanziellen Realisierung von NRW 4.0 im Bereich Schule. Durch die langfristig angelegte Finanzierungsstrategie des Förderprogramms ermöglichen wir es den Schulträgern, notwendige Sanierungen und Modernisierungen sowie den Ausbau der digitalen Infrastruktur für das Lernen in der digitalen Welt vorzunehmen.

Unser Hauptanliegen ist es dabei, die Möglichkeiten der digitalen Welt gezielt zur Qualitätsentwicklung in der schulischen Bildung und zur Verbesserung des Lernens zu nutzen. Unsere Leitfragen lauten dabei: Wie können die digitalen Medien die Lernprozesse der Kinder und Jugendlichen unterstützen, die sich auch durch Inklusion und Integration immer weiter individualisieren? Insofern ist die Arbeit mit digitalen Medien in der Schule ein Betrag zu individuellen Förderung, die im Schulgesetz steht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Eine weitere Frage lautet: Wie machen wir uns den digitalen Wandel für Teilhabe und Chancengleichheit zunutze? Ein wesentliches Ziel des Programms „Gute Schule 2020“ ist es deshalb auch, in den Schulen Nordrhein-Westfalens die notwendigen Voraussetzungen dafür zum Beispiel durch die Versorgung der Schulen mit einem leistungsstarken Zugang zum Breitbandnetz und einer WLAN-Ausleuchtung der Schulgebäude zu schaffen. So wird der Einsatz digitaler Medien in den nächsten Jahren jederzeit und an jedem Ort ermöglicht.

Die Technik muss dabei den jeweiligen Anforderungen und Entwicklungen vor Ort genügen und vor allem an die pädagogischen Erfordernisse angepasst sein. Technik ist kein Selbstzweck. Bei uns stehen auch hier die Menschen – in diesem Fall die Schülerinnen und Schüler – im Mittelpunkt, meine Damen und Herren. Das ist mir ganz, ganz wichtig zu sagen.

Bei der Verausgabung der zur Verfügung stehenden Mittel ist es Aufgabe der Kommunen, die Bedarfe vor Ort zu analysieren, um eine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip und Fehlinvestitionen zu vermeiden. Ich erinnere hier nur an die Sprachlabore, die für teures Geld eingerichtet wurden und hinterher nicht mehr so intensiv genutzt werden.

Technik folgt der Pädagogik. Als Voraussetzung für ihre digitalen Investitionen benötigen die Schulträger deshalb pädagogische Medienkonzepte ihrer Schulen.

Auch dabei werden sie vom Land nicht alleingelassen. Zur Unterstützung der Schulträger werden die Medienberatung NRW und das Breitbandbüro NRW auf Landesebene zusammenarbeiten. Vor Ort werden dann die lokalen Medienberaterinnen und -berater zusammen mit den Breitbandkoordinatorinnen und -koordinatoren die Schulträger ganz konkret unterstützen.

Auch das pädagogische Konzept zum Lernen im digitalen Wandel ist nicht beliebig. Zum Abschluss eines breit angelegten Dialogprozesses zum Thema „Lernen im digitalen Wandel“ hat die Landesregierung vor zehn Tagen das Leitbild für die Bildung in Zeiten der Digitalisierung vorgelegt. Es ist bundesweit das erste Leitbild einer Landesregierung dieser Art und umfasst alle Bereiche des Bildungswegs, also Kitas, Schulen und Hochschulen ebenso wie die berufliche Aus- und Weiterbildung. Auch hier ist Nordrhein-Westfalen ganz vorn dabei, die Dinge systematisch, zusammenhängend und ganzheitlich anzugehen, und das ist richtig so!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Bildung ist die Grundlage für sozialen Zusammenhalt, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg. In Zeiten der Digitalisierung heißt das: Wir müssen die Anforderungen

unserer Zeit, die gute Allgemeinbildung, Inklusion, Integration und das Lernen in der digitalen Welt, gleichzeitig und systematisch angehen. Das machen wir auf der Ebene des Landes und auf kommunaler Ebene. Dafür haben wir jetzt mit dem Programm „Gute Schule 2020“ die entsprechenden Leitplanken gesetzt.

Abschließend, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu den Ersatzschulen. „Gute Schule 2020“ ist ein kommunales Investitionsprogramm. Es ist also ein Programm für die Kommunen und für die öffentlichen Schulen.

Aber uns ist klar, dass auch Ersatzschulen eine moderne digitale Infrastruktur benötigen. Daher haben wir parallel zum Programm „Gute Schule 2020“ ein entsprechendes Gesetz für die Infrastruktur der Ersatzschulen vorbereitet. Ersatzschulen erhalten hierdurch von 2017 bis 2020 für die digitale Schulinfrastruktur eine direkte Förderung durch das Land in Höhe von insgesamt 70 Millionen €.

Meine Damen und Herren, der notwendige Gesetzentwurf an den Landtag und an die Verbände wurde übermittelt. Nach der Verbändeanhörung bis Mitte Oktober und der sich anschließenden Ressortabstimmung wird sich das Kabinett Anfang November nochmals damit befassen. Wir hoffen, dass der Landtag im Dezember den Gesetzentwurf verabschiedet wird und die Gelder dann, wie beschrieben, fließen können.

Meine Damen und Herren, wir haben die Weichen richtig gestellt. Bildung hat Priorität. Das ist unser Markenzeichen, und dafür ziehen wir auf allen Ebenen an einem Strang, innerhalb der Regierung mit Partnern wie der NRW.BANK und mit unseren Kommunen. Dafür sage ich allen Beteiligten großen Dank: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der NRW.BANK, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Häusern, die dieses Programm ausgearbeitet haben, den Regierungsfractionen, dem Finanzminister und nicht zuletzt der Ministerpräsidentin, die heute leider nicht selbst hier sein kann.

Auch in ihrem Namen sage ich: Wir sind mit unserer vorsorgenden Politik noch nicht fertig. Wir haben noch viele Ideen, die wir in den nächsten Jahren gemeinsam umsetzen wollen, für die Kinder in unserem Land, für die Kommunen und für eine gute Zukunft unseres Landes. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Dr. Wilhelm Droste [CDU])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Unterrichtung. – Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir die Ankündigung einer Regierungserklärung zu „Gute Schule 2020“ bekommen haben, dachten wir: Endlich, jetzt erklärt die Landesregierung einmal, wie gute Schule aussieht und wie das Chaos an den Schulen beseitigt werden kann –

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Lächerlicher Einstieg!)

auch wenn es erst 2020 ist; man hätte ja auch einmal über „gute Schule 2016“ reden können.

(Zurufe von der SPD: Oooh!)

Aber dass Sie über Gebäude reden wollen, hätten wir nicht vermutet. Diese plötzliche Betriebsamkeit scheint auf einer neuen Erkenntnis zu beruhen; denn als der Westdeutsche Rundfunk im Februar die ernüchternden Ergebnisse einer Umfrage unter Schulleitern zum Zustand der Schulen im Lande veröffentlichte, da twitterte die Schulministerin sofort: Hier sind nun wirklich die Schulträger, sprich die Kommunen, gefordert.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Richtig!)

Damit haben wir nichts zu tun; das sollen die Kommunen machen.

Bei der Pressekonferenz in der vergangenen Woche erklärte die gleiche Ministerin: Obwohl die Städte und Gemeinden zuständig sind, fragt die Landesregierung nicht nach Zuständigkeit. – Woher kommt ein solcher Sinneswandel? Im Februar erklärt man, man habe damit nichts zu tun, jetzt im September/Oktober hingegen: Wir, die Landesregierung, schaffen gute Schulen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: An der rechtlichen Situation ist nichts zu ändern!)

Wahrscheinlich wurden Ihnen, Frau Ministerin, die Berichte über den Zustand unserer Schulen mit jedem Monat, den die Wahlen näher rücken, offensichtlich unangenehmer. Man muss sich noch einmal vor Augen führen, was der WDR da ermittelt hatte.

Da fordert eine Grundschule in Köln-Kalk die Eltern dazu auf, eine Pflichtabgabe von 7 € pro Halbjahr zu zahlen – Zitat –, damit ihre Kinder auch weiterhin eine saubere und sichere Toilette benutzen können.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das gab es auch schon zu meiner Zeit!)

Auf die Empörung der Eltern reagiert die Schule und sagt, das sei die Abgabe für einen zusätzlichen Hygieneservice. Die Schulministerin sagt, das sei alles in Ordnung. Das werde schließlich seit Jahren so gemacht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Gelobte Modellprojekte!)

Dann schreiben die Bezirksschülervertreter des Ennepe-Ruhr-Kreises – 30.000 Schüler werden da vertreten – einen offenen Brief an den SPD-Landrat: Man wolle ja keine vergoldeten Bleistifte. Aber wir möchten keine Angst mehr haben, die Toiletten aufzusuchen. Wir möchten, dass die Sporthallendecken dort bleiben, wo sie hingehören. Den Satz, dass da etwas gemacht werde, wenn auch zu wenig, könnten sie nicht mehr hören.

Erst eine Umfrage des WDR führt der Landesregierung ein Problem vor Augen, das seit Jahren vorhanden ist!

(Zuruf: Das ist doch nicht zu fassen!)

1.021 Schulen haben sich an dieser Umfrage beteiligt. 85 % der Schulen melden Mängel an Klassenräumen, Sporthallen, Schuldächern, Aula und Schulhöfen an. 190 Schulleiter sagen: Die Schäden an den Klassenräumen seien schwer oder sogar gefährlich.

Dann kommt der berühmte Tweet von Frau Löhrmann. Dann passiert ein halbes Jahr überhaupt nichts. Und heute stellen Sie ein Programm vor und stellen sich hier ans Pult des Landtages und erklären: Das ist eine neue Situation. Das liegt an steigenden Schülerzahlen. Außerdem seien Flüchtlinge gekommen.

Liebe Frau Löhrmann, der Zustand der Toiletten der Schulen in diesem Land hat nichts mit steigenden Schülerzahlen zu tun.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Dummer Unfug! – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Zuhören!)

Sie sind seit sechs Jahren Schulministerin.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich darf einmal erinnern – auch wenn es Ihnen nicht gefällt, Frau Beer –, wie man das richtig macht.

(Marc Herter [SPD]: Jetzt sind wir aber gespannt! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, das ist ganz simpel.

(Marc Herter [SPD]: Das ist ganz simpel gestrickt!)

– Ist gar nicht so schwer, Herr Herter, kann auch ein Sozialdemokrat verstehen. Passen Sie einmal auf, kann man verstehen!

(Beifall von der CDU)

Die CDU/FDP-Regierung

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

hat eine Schulpauschale in zwei Schritten erhöht: 2008 von 460 Millionen auf 540 Millionen €, 2009 von 540 Millionen auf 600 Millionen €.

(Marc Herter [SPD]: Ach, das ist Ihr Modell?)

Dann haben wir weiter gesagt: Wir setzen jetzt das ifo Institut ...

(Marc Herter [SPD]: Das ist also Ihr Modell?)

– Ja, die Schulpauschale zu erhöhen, ist in der Tat unser Modell.

(Marc Herter [SPD]: Das ist Ihr Modell! Nur damit wir es wissen, dass es Ihr Modell ist! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben dann gesagt: Wir lassen das objektiv ermitteln.

(Unruhe)

– Ich weiß, dass das bei Ihnen Unruhe auslöst, weil es Ihnen den Spiegel vorhält.

(Zurufe)

Hätten Sie die Schulpauschale so dynamisiert, wie die Regierung Rüttgers/Pinkwart es beschlossen hatte, hätte in den letzten sechs Jahren eine Milliarde € mehr in den Kommunen für diese Aufgabe zur Verfügung gestanden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von der SPD – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Aber Sie lassen das laufen! Das interessiert Sie nicht. Eine Milliarde €, und jede einzelne Kommune ...

(Zurufe – Unruhe)

– Ich verstehe ja ...

(Zuruf von der CDU: Frau Präsidentin, können Sie nicht Ruhe schaffen?)

Frau Präsidentin, ich ...

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lebhaftige Debatten leben auch einmal davon, dass es lauter wird, gar keine Frage. Aber man sollte einen Redner oder eine Rednerin auch verstehen können.

Armin Laschet (CDU): Ja, weil Ihre Kommunalpolitiker wissen, dass sie eine Milliarde € mehr gehabt hätten, verstehe ich doch, dass das bei Ihnen Unruhe auslöst.

(Jochen Ott [SPD]: Nein!)

Aber dass Sie jetzt sechs Monate vor der Landtagswahl kommen und ein Programm der NRW.BANK auflegen, das ab 2018 getilgt wird, wenn diese Regierung gar nicht mehr im Amt ist, das ist eine eigenartige Vorstellung von Regierungsarbeit, die Sie hier vorführen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von der SPD)

Dieses Programm ist angelegt vom Jahr 2018 bis zum Jahr 2041. Wir haben gerade das 70-jährige Landesjubiläum gefeiert; also fast bis zum 100-jährigen Landesjubiläum strecken Sie jetzt Programme, weil Sie nicht bereit sind, den Kommunen in der Schulpauschale das Geld zu geben, was sie Monat für Monat in ihren Schulen brauchen. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE])

Aber das Muster ist immer das gleiche.

(Marc Herter [SPD]: Unglaublich!)

Rot-Grün lässt die Dinge laufen. Wenn die Opposition das kritisiert, ist das Schlechtreten des Landes.

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

Dann gibt es die Hilferufe der Betroffenen. Dann gibt es ein Medium, das das Thema aufgreift. Dann werden Sie langsam wach. Dann werden neue Gremien geschaffen. Dann wird Herr Breustedt aktiviert, der Wörter erfinden muss. Er erfindet das Wort „Gute Schule“, und dann stellt man sich hier hin und macht eine Regierungserklärung. Das ist aber kein Regierungshandeln.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Regierungshandeln bei Schulpolitik, bei „guter Schule“ ist, sich auf allen Ebenen um die Bildungschancen von Kindern zu kümmern.

Ich fange einmal an bei den Grundschulen. Wir alle beklagen die Bildungsarmut, die wir haben. Gleichzeitig lässt man tatenlos zu, dass sich die Situation in den Grundschulen immer weiter verschlechtert, dass wir bei Investitionen in Grundschulen bundesweit Schlusslicht sind, dass wir bei der Klassengröße ebenfalls Letzter sind. Es gibt keinen echten Maßnahmenplan für Grundschulen. Wir warten auf den Zeitpunkt, wo der WDR jetzt einmal eine Umfrage macht und Sie dann vielleicht die NRW.BANK bitten, auch noch die Grundschulen zu sanieren und Lehrer einzustellen. Das ist doch Ihre Vorgehensweise in diesen Fragen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist beim Unterrichtsausfall das Gleiche. Man schafft die Statistik ab, weil man sagt: Wir messen gar nicht mehr. Dann sagen die Eltern: Wir akzeptieren das nicht. Dann fängt man wieder mit Stichproben an, statt etwas ganz Einfaches zu machen.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Wieder mit Stichproben!)

Notfalls könnte Ihnen auch die NRW.BANK einen Kredit für ein computergestütztes Programm geben, das an jeder Schule klar zeigt: Wie fällt der Unterricht

aus, und wo müssen die Lehrer hin? So könnten Sie etwas zur „guten Schule“ beitragen.

(Beifall von der CDU)

Dann kommt eine der Kernfragen, die im Moment bei „guter Schule“ diskutiert werden: G8 oder G9?

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Oh!)

Sechs Jahre erzählt die Schulministerin: Ich will G8 besser machen.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Die Schulen haben mich darum gebeten!)

– Ja, Sie haben doch auch gesagt, Sie wollen es besser machen.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ja, die Schulen haben mich darum gebeten!)

– Die Schulen haben Sie darum gebeten. Aber auch wenn die Schulen Sie nicht darum bitten, ist das Ihr Auftrag, Frau Ministerin, Schulen gut zu machen – auch ohne Bitte!

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Ich kann Sie aber auch darum bitten: Machen Sie G8 besser! – Wenn Sie es aber nur auf Bitte tun, so sage ich: Eine Ministerin hat normalerweise einen Eigenanspruch, Schulen besser zu machen, und muss nicht gebeten werden, Schulen besser zu machen.

Das war aber sechs Jahre lang die gleiche Leier. Dann ist die Unzufriedenheit so groß, dass es eine Volksinitiative gibt. Wir haben hier in unseren Erklärungen zur Volksinitiative gesagt: Man muss die Eltern ernst nehmen; man muss jetzt wirklich beginnen, G8 besser zu machen.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Davon haben wir schon viel gehört!)

Rot-Grün hat in seinen Entschließungsanträgen alles das abgebügelt, was die Eltern dort vorgetragen haben. Dann brechen plötzlich, ähnlich wie beim Schulprogramm, sieben Monate vor der Landtagswahl das totale Chaos und die Panik aus. Frau Löhrmann vertritt das Modell der Schule „Komm ich heut nicht, komm ich morgen“: Jeder Schüler macht es nach seinem eigenen Tempo.

Dann wird die halbe LPK nach Alsdorf gefahren. Ja, in Alsdorf machen die das gut. Aber wenn an über 600 Gymnasien in Nordrhein-Westfalen ein Zustand herrscht, der dem entspricht, was Sie da vortragen, führt das zum totalen Schulchaos. Man braucht Ordnung für die Schulen; man braucht Leitplanken, innerhalb derer man gute Schule ermöglicht.

Ich weiß bis zur Minute nicht – wenn Sie davon ausgehen würden, was anscheinend niemand mehr tut, dass es ab Mai eine rot-grüne Regierung in diesem

Landtag gibt –: Was ist denn die Position der Landesregierung Kraft/Löhrmann zu G8? Die SPD hat ihre eigenen Beschlüsse. Sie sagen, jeder mache es nach seinem eigenen Tempo.

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben gar nichts, Herr Laschet! Sie stehen nackig im Regen!)

– Doch, doch, doch.

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben das Ganze verursacht! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Herr Zimkeit ...

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD – Glocke)

Der große Schulpolitiker Zimkeit macht hier gerade Zwischenrufe.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Lieber Herr Zimkeit, wenn ich Abgeordneter der Regierungskoalition wäre, wenn ich auf Ihrem Platz säße, würde ich doch einmal in einer Fraktionssitzung sagen: Liebe Frau Ministerpräsidentin, wir müssen den Eltern irgendetwas antworten. – Was meinen denn Frau Löhrmann und Frau Kraft? Das ist doch unglaublich.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Genau, Herr Laschet! Dann sagen Sie doch etwas! Sie stehen nackig im Regen! – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Richtig! Sie haben uns gezeigt, wie das geht! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Gegenrufe von der CDU: Hören Sie doch erst einmal zu!)

Frau Löhrmann sagt: keine Schnellschüsse.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie sagt doch nichts! – Weitere Zurufe von der SPD)

Entspannen Sie sich doch. Ich verstehe es doch.

(Unruhe – Glocke)

Frau Löhrmann sagt also: keine Schnellschüsse.

(Zuruf von der SPD – Gegenruf von der CDU: Sagen Sie doch etwas! – Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Zwischenrufe lauten: „Sagen Sie doch etwas!“, dann lassen Sie bitte Herrn Laschet auch reden.

Armin Laschet (CDU): Ich finde es auch nicht ganz fair, dass jedes Mal, wenn ich den Namen Löhrmann sage, da Unruhe ausbricht. Ich sage es Ihnen also noch einmal. Frau Löhrmann sagt: keine Schnellschüsse.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Frau Löhrmann hat recht. Frau Löhrmann macht aber im Moment täglich Schnellschüsse.

(Beifall von der CDU)

Frau Löhrmann hat trotzdem recht. Und ich mache das, was Frau Löhrmann sagt, nämlich keine Schnellschüsse.

(Lachen von der SPD)

Deshalb arbeitet die CDU-Fraktion mit Elternverbänden und Lehrern an einem Konzept, das noch in diesem Oktober vorliegt und durch das die Schulen wenigstens wissen, wie es weitergeht.

(Jochen Ott [SPD]: Ach ja!)

Bei Ihnen wissen sie es nicht. Sie sagen: Es ist undurchdacht; da müssen wir noch etwas korrigieren; das legen wir einmal auf den runden Tisch. – Wir haben einen anderen Anspruch. Wir werden eine schulpolitische Konzeption vorlegen – keine Schnellschüsse, Herr Ott, sondern ein Konzept, das in Nordrhein-Westfalen wirklich gute Schule möglich macht. Das ist unsere Herangehensweise an diese Fragen.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Ihr habe es verschlafen! Ihr habt es eingebrockt und dann verschlafen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, deshalb gilt: Die Regierungserklärung zu „Gute Schule 2020“ war ein PR-Gag und hat nicht wirklich die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, die die Kommunen brauchen.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Nein?)

Unser Eindruck ist: Wir brauchen kein Konzept „Gute Schule“, sondern wir brauchen ein Konzept „Gute Regierung“ in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Wow!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Laschet, hin und wieder schaffen Sie es doch noch, uns und der Öffentlichkeit Rätsel aufzugeben. Ich hatte ja nicht damit gerechnet – ich gebe das gerne zu –, dass Sie heute die Regierung für das Programm „Gute Schule 2020“ loben würden. So viel Souveränität bringen Sie auch nicht auf.

Erwartet hatte ich Oppositionskritik nach dem Motto „zu wenig, zu spät“ – eben das, was eine Opposition

so vorbringt, wenn die Regierung ein Programm vorgelegt, dessen Nutzen jeder vernunftbegabte Mensch auf den ersten Blick erkennt.

Dass Sie aber ein sauber finanziertes Milliardenprogramm für bessere Schulen im Kern missbilligen und das auch noch mit einer so absonderlichen Mischung aus formalistischen, bürokratischen und politischen Argumenten begründen, hat mich dann doch überrascht. Denn was ist Ihre Art der Kritik anderes als die überfallartige Annexion einer politischen Sackgasse, Herr Laschet? Nichts!

(Beifall von der SPD)

Kann es denn sein, dass Sie von der Initiative der Landesregierung überrumpelt worden sind und deshalb unüberlegt einem Oppositionsreflex nachgegeben haben? Anders ist Ihre Reaktion doch überhaupt nicht zu erklären.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass erfolgreiches Lernen von gelingenden Unterrichtsbedingungen abhängig ist. Zu diesen gelingenden Unterrichtsbedingungen – die Ministerin hat es gerade gesagt – zählen auch intakte Schulgebäude mit einer modernen Ausstattung und Infrastruktur. Wir wissen aber ebenfalls, dass viele Schulen unter einem Investitionsrückstand leiden, weil viele unserer Kommunen als Schulträger in den letzten Jahren nicht ausreichend Mittel aufbringen konnten, um alle notwendigen Investitionen zu tätigen.

Deshalb unterstützen wir unsere Städte und Gemeinden nach Kräften. Kommunen zu stärken, meine Damen und Herren, ist ein Markenkern unserer Politik. Dazu gehört auch dieses Programm.

Bis 2020 werden unseren Städten und Gemeinden zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 2 Milliarden € zur Verfügung stehen. Es werden ihnen mehr als 2 Milliarden € zusätzlich zur Verfügung stehen für die Erneuerung von Schulgebäuden, Klassenräumen und Toiletten, für die Modernisierung der naturwissenschaftlichen Ausstattung, für eine zeitgemäße digitale Infrastruktur, für die Erweiterung des offenen Ganztags sowie für Barrierefreiheit und eine gelingende Inklusion.

Meine Damen und Herren, zusammen mit den Mitteln der Schulpauschale summieren sich die Investitionshilfen des Landes in den kommenden vier Jahren damit auf mehr als 4 Milliarden €. Das ist eine gute Entwicklung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie das Geld vor Ort konkret investiert wird, entscheiden allein die gewählten Vertreterinnen und Vertreter in unseren Kommunalparlamenten. Die wissen doch, wo das Geld gebraucht wird und wo es die größte Wirkung entfalten wird.

Sicher ist – auch das ist eine klare Botschaft –: Jede Stadt und jede Gemeinde in Nordrhein-Westfalen

wird von diesem Programm profitieren: schnell, unbürokratisch und kostenfrei.

Das Programm „Gute Schule 2020“ ist nicht nur das größte seiner Art in der Geschichte unseres Landes; es ist auch im Bundesländervergleich ohne Beispiel. Auch darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt kommt Herr Laschet und erklärt, das alles sei aber verantwortungslos, weil es doch besser gewesen wäre, die Schulpauschale zu erhöhen – so wie es 2008 und 2009 durch CDU und FDP geschah. Wer so etwas sagt, Herr Kollege Laschet, der hat keine Ahnung von Kommunalfinanzen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, es ist zwar richtig, dass Sie damals die Schulpauschale in zwei Schritten um insgesamt 140 Millionen € erhöht haben. Nur hatten die Kommunen leider nichts davon; denn die Ausstattung des Gemeindefinanzierungsgesetzes wurde mit der Erhöhung der Schulpauschale eben nicht verbessert. Das Geld wurde nur umgeschichtet. Schwarz-Gelb gab den Städten und Gemeinden 140 Millionen € mit der einen Hand, ohne mit der anderen die Verteilmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz zu heben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Herr Kollege Laschet, weil Sie das vorhin so intensiv angesprochen haben, sage ich ganz zugespitzt dazu: Das war damals ein Taschenspielertrick besonderer Art – ein schwarz-gelber eben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Schlimmer noch: Sie haben Ihre damalige Mehrheit gleichzeitig dazu benutzt, die kommunalen Kassen durch Kürzungen, zusätzliche Belastungen und eine ungerechte Lastenverteilung mit mehr als 3 Milliarden € zu belasten. Sie haben den kommunalen Kassen mehr als 3 Milliarden € entwendet.

Herr Kollege Laschet, dieser Raubzug wirkt bis heute nach. Er ist auch mit für den kommunalen Investitionsstau an unseren Schulen verantwortlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Wir, SPD und Grüne, lösen unsere Versprechen als verlässlicher Partner der Kommunen ein – nicht nur bei den Kommunalfinanzen, aber dort besonders.

Wir geben Jahr um Jahr mehr Mittel in den kommunalen Finanzausgleich. Seit unserem Regierungsantritt 2010 haben wir die Gemeindefinanzierung von 7,6 Milliarden € auf jetzt – im Jahr 2017 wird das so sein – gut 10,5 Milliarden € aufgestockt.

Außerdem unterstützen wir über den Stärkungspakt Stadtfinanzen die 61 am höchsten verschuldeten Städte und Gemeinden jedes Jahr mit bis zu weiteren 642 Millionen €.

Die Zahl der Nothaushaltskommunen – die haben wir damals von Ihnen übernehmen müssen – haben wir von 138 auf neun reduziert.

Auf Bundesebene haben wir erreicht, dass die SGB-XII-Leistungen komplett übernommen werden und die Kommunen ab 2018 um weitere 5 Milliarden € jährlich entlastet werden.

Meine Damen und Herren, wir geben den Kommunen rund 3 Milliarden € direkt zurück. Damit haben wir den schwarz-gelben Raubzug durch die kommunalen Kassen fast wieder ausgeglichen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, das nenne ich im Übrigen politische Verantwortung. Mit Ihrer Kritik am Programm „Gute Schule 2020“ gewinnen Sie doch auch politisch keinen Zentimeter Boden. Wollen Sie den Kommunalpolitikern der CDU wirklich erklären, das Programm sei ein schlechtes, weil es über die NRW.BANK und nicht über die Schulpauschale finanziert wird? Die würden Sie doch nicht ernst nehmen. Das ist ein unsinniges Argument, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann füge ich einmal hinzu: Wenn es wirklich der Plan gewesen sein sollte, die Schulpauschale zu dynamisieren, dann war das bis heute eines der bestgehüteten Geheimnisse der Landespolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie hatten das in Wahrheit doch nie vor; denn diese Dynamisierung wäre wieder auf nichts anderes hinausgelaufen als auf Ihr berüchtigtes Spiel „linke Tasche, rechte Tasche“. Jeder Euro, den Sie in die Schulpauschale gesteckt hätten, wäre den Kommunen an anderer Stelle wieder genommen worden – es sei denn, Herr Kollege Laschet, Sie hätten, wovon ich aber auch vorhin nichts gehört habe, den Verbandsatz erhöhen wollen und das Gesamtvolumen des GFG angehoben. Das war aber nie Ihr Plan. Die Milliarde, von der Sie sprechen, ist eine reine Fanzahl. Ihre Kommunalpolitiker wissen das doch auch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin sicher, meine Damen und Herren: Auch die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der CDU werden das Programm „Gute Schule 2020“ dankbar annehmen und kräftig in die Schulen investieren; denn die kennen ihre Verantwortung auch für ihre Schulen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Von besonderer Eleganz war im Übrigen – wir haben das ja alle lesen dürfen – die Kritik des Kollegen Klaus Kaiser, der das Programm „Gute Schule 2020“ einen „Scheck für Zukunft“ nannte. Herr Kollege Kaiser, wie ideologisch verschwurbelt muss man eigentlich denken, wenn man das für Kritik hält? Selbstverständlich ist das Programm ein Programm für die Zukunft. Es ist selbstverständlich ein Scheck für die Zukunft. Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Bildungsinvestitionen sind Investitionen in sozialen Aufstieg, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Stärke, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

– Ja, das sind Zukunftsinvestitionen, Herr Kollege Kaiser.

Meine Damen und Herren, deshalb gibt das Land heute nach sechs Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung fast 40 % seines Haushalts für Bildung aus. Deshalb haben wir die Mittel für die frühkindliche Bildung verdoppelt, 80.000 zusätzliche Plätze im offenen Ganztags geschaffen und trotz sinkender Schülerzahlen fast 18.000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer erhalten. In den vergangenen zwei Jahren haben wir sogar mehr als 6.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Im kommenden Jahr kommen weitere 1.760 dazu.

Das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann und auf der wir weiter aufbauen werden. Darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laschet, Sie malen – das haben Sie ja gerade wieder gemacht – das NRW-Bildungssystem gern mit groben Pinselstrichen schwarz in schwarz, ohne sich Ihre Lust am Schwarzmalen durch konkrete Verbesserungsvorschläge oder gar belastbare Finanzierungskonzepte verderben zu lassen. Das lassen Sie sich nicht verderben. Sie wollen weiter schwarzmalen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ich gebe das ja gerne zu. Im Bildungsbereich gibt es in der Tat noch viel zu tun. Wir werden auch weiter dafür sorgen. Unsere Leistungsbilanz zeigt: Das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen wird besser und gerechter, und zwar Schritt für Schritt, Reform für Reform – lange Strecke, langer Atem. Das haben wir gemacht, und das machen wir auch ganz konsequent weiter.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

„Gute Schule 2020“ ist ein Programm für die Zukunft unserer Schulen. Das Fundament legen wir jetzt – im Übrigen, Herr Kollege Laschet, auch für die Zukunft unserer Gymnasien – in fast allen Parteien. Die Fraktionen in diesem Hause haben während der Zeit Konzepte für eine Reform des G8 entwickelt und bekannt

gemacht – nur eine nicht, die CDU. Bei Ihnen gibt es nur Leere – gähnende, hallende Leere, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Hallende?)

Keine Antwort, keine Orientierung, keine Perspektive, kein Plan!

In der „Bild“-Zeitung vom 20. September wurde diese Leere dokumentiert. Dort finden sich kurze Zusammenfassungen der Konzepte von SPD, Grünen und FDP. Nur zur CDU wusste „Bild“ nichts zu schreiben, außer – Zitat –: Die CDU hat kein Konzept vorgelegt. Sie will G8 aber „besser machen“ – „besser machen“ in Anführungszeichen.

Herr Kollege Laschet, das ist auch gerade wieder deutlich geworden. Ihr schulpolitischer Ideenspeicher ist ein leer geräumtes Lagerhaus.

(Vereinzelt Lachen von der SPD)

Kein Konzept, keine zukunftsweisende Idee verstellt den Blick auf die fensterlosen Wände. Das ist trostlos, Herr Kollege Laschet. Trostlos!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Das Tollste: Angesichts ihrer programmatischen Armut und Not will sich die NRW-CDU nun Ideen bei der FDP ausborgen. Mit anderen Worten: Die großen Jungs und Mädchen in der Oppositionsklasse sind nicht im Stoff und müssen bei ihren kleinen Nachbarn abschreiben.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Laschet, sollte es nicht eigentlich umgekehrt sein, wenn man den Anspruch auf die politische Führung dieses Landes erhebt? Stattdessen: Abschreiben mit Ansage.

(Zuruf von der CDU)

Aber wenn Sie schon abschreiben müssen, dann doch bitte bei jemandem, der den Stoff auch beherrscht!

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Genau! – Armin Laschet [CDU]: Wo sollen wir abschreiben?)

Denn bei der FDP sieht es in der Schulpolitik nicht besonders gut aus. Auch sie will zwar das bestehende G8 besser machen. Genauer weiß man jedoch nicht – außer, dass es eine Wahlfreiheit geben soll. Die Gymnasien sollen selbst entscheiden, ob sie eine G8- oder eine G9-Schule sein wollen.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Super! Genau!)

Doch wer genau soll darüber entscheiden? Etwa die Eltern von heute oder von morgen oder von übermorgen?

(Jochen Ott [SPD]: Jedes Jahr neu!)

Entscheiden diese dann über ihre eigenen Kinder oder über die Kinder anderer Eltern? Wird einmal für immer entschieden? Warum sollten sich zukünftige Schüler- und Elterngenerationen an eine einmalige Entscheidung gebunden fühlen? Oder soll jeder Jahrgang für sich aufs Neue entscheiden?

Mit Verlaub, Herr Kollege Lindner: Der FDP-Vorschlag läuft auf endlose Auseinandersetzungen um G8 und G9 hinaus – an jeder Schule, in jedem neuen Schuljahr. Er ist ein politischer Schnellschuss.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Er ist unausgegoren und nicht zu Ende gedacht.

Aber das war das schwarz-gelbe G8 ja von Anfang an.

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

CDU und FDP haben im blinden Eifer die Kürzung der Sekundarstufe I durchgedrückt –

(Yvonne Gebauer [FDP]: Wir haben sechs Jahre diskutiert! – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht, Frau Kollegin Gebauer!)

trotz aller Warnungen. Wir haben Sie damals gewarnt. Frau Ministerin Löhrmann hat Sie damals auch gewarnt. Sie hat dann jahrelang die Verantwortung für Ihre missratene Reform übernehmen müssen. Vor allem aber hat sie unermüdlich nach Verbesserungen im Konsens gesucht – und das durchaus mit Erfolg.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Das G8 von heute ist ein besseres als das von 2010. Ja, wir haben das G8 verbessert. Aber es ist immer noch nicht gut.

(Zuruf von Yvonne Gebauer [FDP])

Heute wissen wir, dass sich die großen Folgeprobleme der damaligen übereilten Einführung nicht beseitigen lassen. Es geht um den zentralen Konstruktionsfehler. Es geht um die Verkürzung der Sekundarstufe I, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Verdichtung des Unterrichts in den Klassen 5 bis 9 hat doch gerade die jüngsten Schülerinnen und Schüler am stärksten belastet.

Hinzu kommt, dass es nach der Sekundarstufe I keinen qualifizierten Abschluss gibt. Das Schulsystem ist weitaus weniger durchlässig als vor der Reform. Es fördert Abschulung statt Aufstieg. Das ist doch der Konstruktionsfehler.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – ich sage das in aller Offenheit –

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

wollen das in der nächsten Legislaturperiode ändern. Die Sekundarstufe I soll wieder sechs Jahre dauern und einen qualifizierten Abschluss ermöglichen. Alle Gymnasiasten werden entlang ihrer Wünsche und Bedürfnisse wählen können, ob sie das Abitur nach zwölf oder nach 13 Jahren machen wollen.

Meine Damen und Herren, wir wollen so viel Berechenbarkeit wie möglich und so wenig Veränderung wie nötig. Das ist eine Reform mit Augenmaß. Und die werden wir durchführen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Reformvorschlag ist genau die richtige Mischung aus Stabilität und Veränderung, die es braucht, um die Konstruktionsfehler des schwarz-gelben G8 endlich zu beheben.

Ja, mit unserem Koalitionspartner sind wir uns einig: Schule muss von den Kindern und Jugendlichen aus gedacht werden.

(Armin Laschet [CDU]: Was? Dann machen Sie doch! Dann macht doch ein neues Gesetz!)

– Herr Kollege Laschet, Schule muss von den Kindern und Jugendlichen aus gedacht und konzipiert werden, nicht von organisatorischen Zwängen oder überkommenen Strukturen.

Auch in einem anderen Punkt von grundsätzlicher Bedeutung besteht bei uns zwischen Rot und Grün Einigkeit: Kindheit und Jugend sind keine Trainingslager fürs Berufsleben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das sind Lebensphasen, in denen jeder junge Mensch einen Schatz an Erfahrungen und Erinnerungen sammelt, der durch nichts, was später noch kommen mag, aufgewogen wird.

In Zukunft wird jedes Kind an jeder Schule an jeder Schulform wieder ausreichend Zeit haben – ausreichend Zeit, um sich die Welt jenseits des Unterrichts zu erschließen, ausreichend Zeit, um sich zu einer selbstbewussten Persönlichkeit zu entwickeln, genug Zeit, um zu lernen, genug Zeit, um zu leben. Das ist unser Konzept.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Glück auf, meine Damen und Herren, und vielen Dank fürs Zuhören.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Lindner.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Mal sehen, was die Opposition zu dem Thema sagt! – Gegenruf von der SPD: Jetzt übertreib nicht!)

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eines verbindet alle Fraktionen sowie die Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, nämlich die gemeinsam gesehene Priorität für die Bildungspolitik, für die Förderung von Kindern und Jugendlichen, ihre Vorbereitung auf ein gelingendes Leben, die Sorge darum, dass sie ihre Lebenschancen tatsächlich verwirklichen können.

Bildungspolitik ist die entscheidende Standortfrage – auch für unsere Gesellschaft und Volkswirtschaft. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und der zukünftige Wohlstand ergeben sich längst nicht mehr aus dem Wettbewerb der Steuersysteme, sondern aus dem Wettbewerb der Bildungssysteme.

Umso beklagenswerter ist, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer unverändert auf dem 13. Platz rangiert. Wer sich mit Platz 13 bei der Bildungsqualität zufriedengibt, darf sich nicht wundern, wenn er auch bei Wohlstand und Wachstum im hinteren Tabellenfeld zu finden ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist also eine Schüsselfrage.

Nun debattieren wir über die Bildungspolitik und hören von Norbert Römer sowie der Ministerin, was alles Großartiges geleistet worden ist. Bedauerlicherweise steht all das, was Sie hier schon als vorweggenommene Bilanz der vergangenen sechs Jahre vorgetragen haben, in einem scharfen Kontrast zu all dem, was uns in Briefen geschrieben wird und was Schulkonferenzen an Resolutionen verabschieden. Das steht selbst in scharfem Kontrast zu der Volksinitiative zu G8/G9, die die Bürgerinnen und Bürger ergriffen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Menschen sehen es anders als Sie. Die Menschen sehen die Bilanz offensichtlich anders als Sie. Die SPD singt zwar auf den Parteitag immer „Völker, hört die Signale!“;

(Widerspruch von der SPD)

aber bei Ihnen selbst scheinen die Signale nicht oder nur verspätet anzukommen, Herr Römer.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Deutlich verspätet! – Britta Altenkamp [SPD]: Keine Ahnung! – Stefan Zimkeit [SPD]: Wie kann man als Vorsitzender einer Minipartei so etwas von sich geben?)

In diesem Kontext beraten wir nun „Gute Schule 2020 – wir investieren jetzt für morgen“.

Der WDR hatte die Umfrage, die Armin Laschet eben schon erwähnt hat, Anfang dieses Jahres veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass 85 % der Schulleiterinnen und Schulleiter die Gebäudesituation beklagen.

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen hat Schätzungen vorgelegt, wie groß der Sanierungsstau an Schulen ist.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau geht von einer Investitionsnotwendigkeit in Höhe von 34 Milliarden € bundesweit aus. In Bezug auf Nordrhein-Westfalen spricht man von etwa 7 Milliarden € Investitionsnotwendigkeit.

Frau Löhrmann, Sie haben eben gesagt, das sei das größte Programm zur Modernisierung von Schule, das je aufgelegt worden sei.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ganz genau! – Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Allerdings muss man hinzufügen: In Nordrhein-Westfalen gibt es auch die größten Versäumnisse der jüngeren Geschichte in der Bildungspolitik. Das steht doch in einem Zusammenhang.

(Beifall von der FDP und der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Ziemlich schwach!)

Auf 7 Milliarden € wird der Investitionsstau beziffert – und Sie kommen um die Ecke und preisen hier Ihr 2-Milliarden-€-Programm für die nächsten Jahre. Die Wahrheit ist doch: Sie haben über einen langen Zeitraum – das ist hier und bereits im Vorfeld gesagt worden – die Schulpauschale nicht angepasst und kommen jetzt mit einem einmaligen 2-Milliarden-€-Programm.

Das ist in doppelter Hinsicht problematisch, Frau Löhrmann. Zum einen sollte auch bei den kommunalen Schulträgern das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass es keine Einmalprogramme geben darf,

(Lachen von Norbert Römer [SPD])

sondern dass Schulen instand zu halten eine Daueraufgabe ist, weshalb man an der Schulpauschale arbeiten muss.

(Beifall von der FDP, der CDU und Simone Brand [PIRATEN])

Zum anderen können Sie in dieser Lage jetzt natürlich gar nicht alle Notwendigkeiten aufnehmen. 7 Milliarden € Bedarf und ein 2-Milliarden-€-Programm zeigen eines: Sie springen zu kurz, weil der Anlauf zu knapp ist, den Sie nehmen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh!)

2010 hätten Sie anfangen sollen. Wenn Sie sagen: „Wir investieren jetzt“, ist die Frage doch: Warum erst jetzt und warum nicht schon vorher, Frau Löhrmann?

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Das mit 2010 war jetzt ein Eigentümer! – Jochen Ott [SPD]: Warum haben Sie das nicht 2008 gemacht? – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Ich komme jetzt zu Ihnen da drüben. – Dann hat sich der Kollege hierhin gestellt und über das Programm selbst gesprochen. Er hat es als einen Ausweis sauberer Finanzierung gewürdigt.

(Lachen von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Ja!)

Er hat gesagt, das sei ein sauber finanziertes Programm.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Man muss den Damen und Herren auf der Tribüne vielleicht einmal sagen: Das ist ein sauber finanziertes Programm für die SPD, wenn Investitionen nicht getätigt werden, obwohl es seit sechs Jahren massiv steigende Einnahmen im Landeshaushalt gibt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das wird doch an die Kommunen weitergeleitet!)

Es ist für Sie ein sauber finanziertes Programm, wenn stattdessen außerhalb des Landeshaushalts wieder ein klassischer Nebenhaushalt bei der NRW.BANK eingerichtet wird.

(Beifall von der FDP, der CDU und Nicolaus Kern [PIRATEN] – Lebhafter Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Für die SPD heißt „sauber finanzieren“ – wir wissen das ja schon –: Man nimmt einen Kredit auf, den die Schülerinnen und Schüler bis 2041 abzahlen müssen. Das ist Ihre saubere Finanzierung.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Dann sagen Sie auch immer: Wir haben gesehen, dass die Kommunen die Mittel nicht aufbringen konnten, um in die Schulen zu investieren und ihrer Aufgabe als Schulträger bei den äußeren Schulangelegenheiten gerecht zu werden.

(Michael Hübner [SPD]: Die Kinder müssen erst groß werden, und dann kann man die Schulen neu bauen?)

Die Kommunen konnten die Mittel nicht aufbringen, um in die Schulen zu investieren und ihrer Aufgabe als Schulträger bei den äußeren Schulangelegenheiten gerecht zu werden. Die Kommunen konnten die Mittel nicht aufbringen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Ja, genau! – Jetzt kommt der Grund dafür, warum die Kommunen das Geld nicht aufbringen konnten:

Natürlich, Herr Römer – das war keine Überraschung–, wegen der fünf Jahre Schwarz-Gelb.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Wegen der 3 Milliarden € Schwarz-Gelb!)

Wegen der fünf Jahre schwarz-gelber Regierungsverantwortung waren die Kommunen schachmatt gesetzt und konnten nichts tun.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD] – Zurufe von der SPD)

Da applaudieren Sie sogar noch. Man merkt: Ironie ist immer ein Risiko. Manche verstehen sie nicht.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Manche können sie nicht, Herr Lindner!)

Sie applaudieren tatsächlich zu dem Satz. Jetzt wollen wir einmal eines festhalten: 39 Jahre regiert die SPD. Dann kommen fünf Jahre CDU und FDP

(Ibrahim Yetim [SPD]: Und machen alles kaputt! – Weitere Zurufe von der SPD)

und dann wieder sechs Jahre Rot-Grün. Und Sie haben damit gar nichts zu tun? Da lachen doch die Hühner.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Zynismus der SPD ist doch noch schlimmer.

(Zurufe von der SPD)

Wer hat denn in Wahrheit, Herr Kollege Römer, die verheerende Finanzierungslage der Kommunen zu verantworten?

(Michael Hübner [SPD]: Ja, wer denn? – Weitere Zurufe von der SPD)

Schauen Sie doch bitte einmal genau auf die Zahlen. Dann werden Sie feststellen, der große Schlag gegen die Kommunen war die Körperschaftsteuerreform von Hans Eichel 2002.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Daher kamen die großen Einnahmeausfälle, weil die Veräußerungsgewinne der Konzerne steuerfrei gestellt worden sind. So, das war das Erste. Das war Ihre damalige Bundesregierung.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer war damals in der Opposition und wollte mehr?)

Dann hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode die Leistungen der Grundversicherung von der kommunalen Ebene auf den Bund hochgezogen. Dadurch sind die NRW-Kommunen durch Schwarz-Gelb in Berlin um 1 Milliarde € im Jahr entlastet worden.

(Michael Hübner [SPD]: Ihr wolltet das doch gar nicht!)

Die klare Zusage war, dass der Bund in dieser laufenden Legislaturperiode 2013 bis 2017 auch noch die Leistungen der Eingliederungshilfe für die Behinderten von der kommunalen Verantwortung in die Verantwortung des Bundes übernimmt.

(Michael Hübner [SPD]: Welche Forderung soll das gewesen sein?)

Die SPD ist dann in die Große Koalition eingetreten. Was ist passiert? – Diese Zusage ist gebrochen worden,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch jetzt vollkommener Humbug! Sachlich falsch!)

weil Sie als Sozialdemokraten das Geld nämlich lieber selbst mit Frau Nahles ausgeben, als es an die Kommunen zu geben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist Ihre kommunale Verantwortung. Das ist Ihre Verantwortung. Das haben Sie doch gebrochen.

(Zurufe von Michael Hübner [SPD])

– Ach, Herr Kollege, es ist doch alles einsehbar. Sie haben es verändert.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt schütteln Sie mit dem Kopf.

(Michael Hübner [SPD]: Sie haben das sachlich falsch vorgetragen!)

Fragen Sie doch Ihre eigenen Kommunalen einmal. Was ist denn bei der Eingliederungshilfe passiert? – Nichts haben Sie gemacht. Sie schütteln mit dem Kopf. Die Zahlen widerlegen Sie. Sie kläffen, weil Sie ein getroffener Hund sind.

(Beifall von der FDP und der CDU – Marc Herter [SPD]: Na, na, na!)

Deshalb kläffen Sie hier so herum.

So, und jetzt kommt noch ein weiterer Aspekt zu diesem Programm, weil Sie sagen, das sei alles sauber finanziert. Schauen wir uns einmal etwas an. Die Landeshauptstadt Düsseldorf bekommt 32 Millionen €. Dortmund bekommt bei ähnlicher Schülerzahl 94 Millionen €.

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

Da sieht man wieder ein typisches Vorgehen dieser rot-grünen Landesregierung. Die Kommunen, die über Jahre und Jahrzehnte solide gewirtschaftet haben,

(Unruhe bei der SPD)

die sich auch einmal verweigert haben, wenn es vor einer Wahl irgendein neues Ausbauprogramm geben sollte,

(Michael Hübner [SPD]: Was ist das für ein Gestammel!)

werden nach dem Stärkungspakt durch Ihr Schulprogramm ein zweites Mal bestraft.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Solidität und Leistungsgerechtigkeit sind für Sie Fremdworte. Was hat ein Bürgermeister, was hat ein Rat jetzt für einen Anreiz, auf Verschuldung zu verzichten,

(Zurufe von der SPD)

wenn er weiß: „Am Ende wirst du durch die Landesregierung sogar noch bestraft,

(Zuruf von Norwich Rütze [GRÜNE])

wenn du auf deine Kasse vor Ort achtest“?

(Zuruf von der SPD)

Was sind das für Fehlentscheidungen?

So, und jetzt mein dritter Aspekt.

(Hans-Peter Müller [SPD]: Schon einmal was von Sozialleistungen gehört?)

– Wissen Sie, Sie werden es aushalten müssen, dass Leute auch anderer Meinung sind als Sie.

(Stefan Zimkeit [SPD]: So was habe ich lange nicht mehr gehört!)

Das ist für Sie angesichts der Umfragewerte in Nordrhein-Westfalen ja eine wachsende große Erfahrung.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Kommen Sie einmal von Ihrer Arroganz herunter.

Sie treten noch so auf wie zur Zeit der absoluten Mehrheit von Johannes Rau. Das ist aber lange, lange, lange her. Lange, lange, lange ist das her.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

So, jetzt mein dritter Aspekt. Frau Löhrmann, Sie haben dieses Programm hier so vorgestellt. Das kann ja alles. Das renoviert nicht nur die Toiletten, sondern verbessert sogar die individuelle Förderung. Es ist ein Rundum-sorglos-Paket. – Dieses Programm ist ganz offensichtlich ein Wundermittel für alle in sechs Jahren angelaufenen Defizite. Das glaubt Ihnen keiner, Frau Löhrmann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die SPD hat es ja ganz unverhohlen in den Wahlkampfkontext gerückt. Sie haben es auf Ihrem Parteitag im Umfeld Ihrer Aufstellung für den Landtagswahlkampf beschlossen. Das war wenigstens ehrlich.

(Zurufe von der SPD)

Da ist wenigstens klar, welche Intention dahintersteht: Wahlkampf also.

(Zurufe von der SPD)

Zum Wahlkampf gehört auch die Frage von G8/G9, wie ich es eben bei der Rede von Norbert Römer gesehen habe. Herr Römer, weil Sie die Programme und Vorstellungen der anderen zu G8/G9 so freundlich gewürdigt haben, wollen wir doch auch einmal darauf eingehen, was sich die SPD so zu G8/G9 vorstellt.

(Norbert Römer [SPD]: Ja! – Marc Herter [SPD]: Nur zu!)

Jetzt haben Sie Ihr Parteiprogramm zu G8/G9 bemerkenswerterweise in den Räumen des Landtags vorgestellt. Es ist eigentlich auch ungewöhnlich, dass man Parteitagebeschlüsse in Landtagsräumen, im öffentlichen Raum, darlegt. Aber das will ich nur als Fußnote sagen. Da zeigt sich, wie groß die Not ist, wenn Ihnen diese Unsicherheit passiert.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie machen doch seit Jahren nichts anderes!)

– Ja, das sollten gerade Sie als Parlamentarischer Geschäftsführer genau wissen.

(Zurufe von der SPD)

Es zeigt, wie groß die Not ist.

Es gibt Schulen, in denen G8 funktioniert. Dort sind Eltern, Lehrer und Schüler damit zufrieden. Diese Schulen werden von der SPD gezwungen, ihre Art der Beschulung zu verändern. Der Bildungsgang wird von Ihnen zwangsweise auch dort verändert, wo G8 funktioniert. Die Jahrgangsstufe 10 wird bei Ihnen größer. Die Klassengrößen werden bei Ihnen steigen.

In der Sekundarstufe II wächst die Belastung für die Schüler. Der Stress wird größer, weil Sie mehr Stunden für alle in die Sekundarstufe II packen müssen. Der Bildungsgang des Gymnasiums wird von den Gesamtschulen und anderen Oberstufen entkoppelt. Es wird unsicher sein – Sie haben sich mit Ihrem eigenen Programm gar nicht beschäftigt, wenn Sie mit dem Kopf schütteln –, welche Kurse vor Ort angeboten werden können.

Das, was Sie planen, ist ein breitflächiges Verunsicherungsprogramm für alle Gymnasien in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Löhrmann ist ja noch schlimmer. Sie hält als Schulministerin erst am G8 fest und tritt dann außerhalb des Landtaggebäudes als Spitzenkandidatin auf und sagt, als Spitzenkandidatin sei sie ganz anderer Meinung als diese Schulministerin. Das ist großartig.

(Lachen von der FDP – Beifall von der CDU)

Dann sagt sie: Es muss jetzt komplett individualisiert werden, ob 13, 12 oder 14 Jahre. Wir schauen mal, was geht.

Ihr Programm ist die totale Beliebigkeit und läuft auf die Zerschlagung aller Bildungsgänge hinaus, Frau Löhrmann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie waren ja noch nicht einmal in der Lage, Ihre eigene Landeswahlversammlung davon zu überzeugen, wenn man Ihr Ergebnis als Spitzenkandidatin sieht. Sie sind – so sagt man auf den Fluren des Landtags – der Problembär der Grünen geworden. Selten zuvor hat man auch gesehen, dass eine Schulministerin so viel Porzellan in so kurzer Zeit zerschlagen hat, so viel Seriosität und Renommee in so kurzer Zeit verloren hat.

Herr Römer, Sie haben in einem Punkt hier unrecht gehabt. Sie haben gesagt, wir hätten gar nicht dargelegt, was wir eigentlich wollen, um G8 besser zu machen. Das ist falsch. Seit sechs Jahren werben wir hier dafür, dass wir ein Stärkungspakt am Gymnasium brauchen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie hingegen haben 2.000 Stellen aus dem doppelten Abiturjahrgang einfach abgeschafft. Wir haben heute eine strukturelle Unterbesetzung am Gymnasium von 1.000 Stellen. Sie wissen, dass noch nicht einmal der Regelunterricht, der im Lehrplan steht, überall erteilt werden kann. Das heißt, der Unterrichtsausfall ist nicht etwa nur krankheitsbedingt, sondern er ist am Gymnasium sogar strukturell.

(Beifall von der FDP und Klaus Kaiser [CDU])

Wir haben Ihnen gesagt, dass wir einen Stärkungspakt am Gymnasium brauchen, um diese Schulform, die in einem sich verändernden Umfeld ist, zu stabilisieren, damit nicht wie jetzt über G8 gesprochen wird, aber eigentlich die Versäumnisse, Vernachlässigungen am Gymnasium insgesamt gemeint sind.

Unser Modell ist klar: Da, wo G8 funktioniert, soll es in Ruhe weiter arbeiten können. Da, wo G8 durch individuelle Förderung besser gemacht werden kann, brauchen wir einen Stärkungspakt auch durch eine Verbesserung der Lehrerausstattung. Im ländlichen Raum, wo der Schulweg länger ist als in Köln-Zentrum, soll eine Schule nach bayerischem Vorbild sich auch entscheiden können, zum G9 zurückzukehren, wenn Eltern, Lehrer und Schülern das recht ist.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wer entscheidet?)

Das ist Wahlfreiheit und nimmt die Menschen ernst.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Christian Lindner (FDP): Ich komme zum Ende.

Wir werden bei der Landtagswahl ja sehen, welches Modell sich durchsetzt – Ihres oder ein anderes. Das werden wir dann sehen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ja die Wahl, auch wenn es Sie stört.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wer entscheidet an der Schule?)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Christian Lindner (FDP): Ich bin am Ende meiner Redezeit. – Frau Löhrmann, ich sage Ihnen eins: Machen Sie sich darauf gefasst: Unser Ziel bis zur Landtagswahl ist, dass am Tag nach der Landtagswahl Sylvia Löhrmann im Ruhestand ist und die Grünen keine Verantwortung mehr für die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So, wie der Kollege Lindner hier eben herumgesprungen und die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten angesprochen hat, war es die alte FDP, mit dieser Arroganz, wie Sie Kolleginnen und Kollegen beschimpft haben. So kennen wir die FDP von früher.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte auf Ihre erste Amtshandlung als Generalsekretär in Berlin hinweisen. Die erste Amtshandlung der schwarz-gelben Bundesregierung war, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg zu bringen. Diese Mövenpick-Steuer hat die Kommunen in Nordrhein-Westfalen alleine 900 Millionen € gekostet. Das ist FDP-Politik!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist wirklich ein guter Tag für die Entwicklung unserer Städte: 2 Milliarden €, aufgeteilt auf vier Jahre. Das ist das größte Investitionsprogramm für Schulen, das es in Nordrhein-Westfalen je gegeben hat. Wir helfen damit umfassend, schnell und unbürokratisch. Bereits ab Januar 2017 – so konnten wir hören – können Anträge gestellt werden, über die kurzfristig entschieden wird, sodass schon ein Monat später das Geld zur Verfügung steht, Geld, das anders als bei anderen Programmen vor der Maßnahme zur Verfügung

steht, umfassende Beratung der NRW.BANK unter anderem für kostengünstiges Bauen und innovative Konzepte inklusive.

Die Kommunen erhalten diese Fördermittel über eine feste Quote. Es findet kein Windhundverfahren statt. Das Geld kann gezielt dort eingesetzt werden, wo es gebraucht wird: für Sanierung, Renovierung, Modernisierung, Umbau und Neubau, das heißt also, von der Toilettensanierung, Herr Kollege Laschet, über den Umbau von Fachräumen bis zur Qualifizierung des Ganztags – alles ist denkbar. Entschieden wird vor Ort in einem transparenten Prozess, damit das Geld genau da wirkt, wo es am meisten gebraucht wird.

Als Regierungskoalition – das hat Frau Ministerin Löhrmann auch betont – senden wir damit ein weiteres wichtiges Signal an die Kommunen nach dem Stärkungspakt und umfassenden finanziellen Verbesserungen.

Wir stärken noch einmal in besonderer Weise die Investitionskraft der Kommunen, und wir unterstützen den Mittelstand. Dieses Programm schafft Arbeitsplätze, stärkt die Volkswirtschaft und das Steueraufkommen. Das ist ein guter Gesamteinsatz mit ganz vielen Gewinnern in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Angesichts der Rede des Kollegen Laschet bekommt das Wort „Pipifax“ eine ganz neue Bedeutung.

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Die CDU wirft uns ja vor, wir würden Versäumnisse der Vergangenheit kaschieren. Zunächst einmal, Herr Kollege Laschet: Die Sanierung der kommunalen Schulen ist Aufgabe der Städte und Gemeinden. Also ist Ihre Anklage offensichtlich eine Beschimpfung und Anklage gegenüber Ihren eigenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern – nichts anderes!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir beteiligen uns nicht an dieser Art von Beschimpfung. Wir verbarrikadieren uns nicht hinter Zuständigkeiten, wie das andere, wie Sie es früher getan haben, und auch anders, als es die Bundesregierung macht. Das Land hilft den Kommunen auf freiwilliger Basis, weil es heute fachlich geboten und richtig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch Ihr zweiter Vorhalt ist aus meiner Sicht tatsächlich fadenscheinig: Das Programm sei eine Belastung für die Zukunft. – Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen hier eine klare Priorität für Bildung. Und wenn es nicht zukunftsorientiert ist, in die Bildung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu investieren, was denn dann sonst?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Lindner hat angesprochen, dass wir die Zinsen für diese Investitionen aus Überschüssen der NRW.BANK zahlen. Deshalb ist dieses Programm ein gutes Geschäft für Familien und Kinder und auch für den Staat.

Lieber Herr Kollege Dr. Optendrenk, eigentlich sehen Sie das doch genauso! Eigentlich wollten Sie diesem Programm – oh, der ist gar nicht anwesend, tut mir leid – zustimmen. Das haben Sie zumindest getwittert. Dann machen Sie das doch auch! Oder ist Ihnen bloß in einem Moment politischer Klarheit der Daumen ausgerutscht?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Richtig peinlich finde ich es allerdings, wie CDU und FDP mit ihrer Kritik an unserem Programm von ihrer eigenen Negativbilanz ablenken wollen. Schwarz-Gelb war doch der Raubzug durch die kommunalen Kassen. Ihr Versagen in diesem Bereich war doch ein Hauptgrund für Ihre Abwahl. Haben Sie das schon vergessen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Herr Kollege Römer hat bereits angesprochen, dass sich in 2010, am Ende Ihrer Regierungszeit, sage und schreibe 138 Kommunen im Nothaushalt befanden. Grüne und SPD haben jetzt, sechs Jahre später, dafür gesorgt, dass es nur noch neun Kommunen sind. Wir konnten über 90 % der Kommunen wieder in eine geordnete Haushaltswirtschaft zurückholen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das war beileibe keine leichte Aufgabe, sondern ein Gemeinschaftswerk, ein Stärkungspakt unter der Beteiligung vieler. Die notleidenden Städte haben eine großartige Konsolidierungsleistung erbracht. Die finanzstärkeren Kommunen haben solidarisch unterstützt, genauso wie das Land, das den Pakt initiiert hat und mit 3,6 Milliarden € den Löwenanteil an diesem Programm trägt.

Bei uns gehen Stadt und Land Hand in Hand. Diese Beziehung ist von uns als Verantwortungsgemeinschaft ausgestaltet worden. Das ist doch der Unterschied zu den verlorenen Jahren, der Unterschied zur Regierungszeit von Schwarz-Gelb!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt gehen wir einen Schritt weiter und geben den Kommunen 2 Milliarden € für dringend notwendige Investitionen, um Schulen zu sanieren, Sportanlagen fitzumachen und die digitale Entwicklung voranzutreiben. Und was macht die Opposition? – Die CDU stellt die wirklich irre Behauptung auf, dass Rot-Grün die Bildungspauschale seit 2009 nicht erhöht habe.

Dann stellen wir uns jetzt mal ganz dumm und fragen uns, was denn den Kommunen die Erhöhung der Bildungspauschale nützt. Die Pauschale bringt doch

keinen einzigen zusätzlichen Cent in den Staatssäckel. Sie legt doch lediglich fest, Herr Kollege Laschet, welchen Anteil die Kommunen in jedem Fall für Bildungsausgaben festlegen müssen, und zwar von dem Geld, welches sie sowieso vom Land bekommen und welches in der Verbundmasse enthalten ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage es Ihnen ganz offen: Sie wollen die Menschen im Land mit dieser scheinheiligen Propaganda bewusst hinters Licht führen. Das ist ein wirklich peinliches Schauspiel!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Zuruf von der FDP: Unverschämt!)

Der wichtige Unterschied liegt doch darin, was tatsächlich an kommunaler Finanzierung geleistet wird und wie stark das GFG – das Gemeindefinanzierungsgesetz – insgesamt ausgestattet ist. Genau hier wird es interessant, und deshalb schauen wir uns das mal im direkten Vergleich etwas genauer an.

Im Jahr 2004 ...

(Armin Laschet [CDU]: Andersrum! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Das hätten Sie gerne! –

Im Jahr 2004 betrug das GFG 7,5 Milliarden €. Im Jahr 2010 – also in Ihrem letzten Regierungsjahr – waren es 7,6 Milliarden €. Das Ergebnis Ihrer Regierungszeit lautet also: plus/minus null. Sie habe nicht einen Cent oben draufgelegt. Zwischenzeitlich lagen Sie sogar ganz tief im Minus, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Zuruf von der SPD: Schöne Statistik!)

Diese Delle hier im Schaubild ist nicht etwa ein norwegischer Fjord, sondern das Jahr 2006. In diesem Jahr 2006 hat es für die Kommunen mit 5,8 Milliarden € das in diesem Jahrtausend historisch niedrigste GFG gegeben. Das ist die Landkarte Ihres Scheiterns, des Scheiterns von CDU und FDP!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Im Gegensatz dazu haben wir die Kommunen kontinuierlich mit besseren Finanzmitteln ausgestattet. Auf die 7,6 Milliarden € von 2010 haben wir als erste Amtshandlung 300 Millionen € aus Landesgeld oben drauf gepackt, damit die Bilanz in 2010 nicht ganz so schrecklich aussieht. Ausgehend von diesen 7,6 Milliarden € sind wir jetzt, im Jahr 2016, bei 10,5 Milliarden € angekommen. Das sind rund 4 Milliarden € oder fast 40 % mehr als in 2010.

Dies sind die wirklich relevanten Zahlen und nicht die Erhöhung der Bildungspauschale. Genau da haben wir eine rot-grüne Erfolgsgeschichte vorzuweisen

und nicht bloß Zahlentrickserei und verlorene Zeit wie bei Schwarz-Gelb.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber damit nicht genug! CDU und FDP haben arme Kommunen auch durch strukturelle Maßnahmen an anderer Stelle hart getroffen. Beispiele hierfür sind der Wegfall einer Beteiligung an der Grunderwerbsteuer, der Wegfall von 84 Millionen € beim Elternbeitragsausgleich und die 170 Millionen € Konsolidierungsbeitrag im Landeshaushalt.

Allein durch die eben aufgezählten Maßnahmen haben Sie den Kommunen über 600 Millionen € entzogen. Sie haben den Kommunen das gesamte Volumen der Bildungspauschale gestohlen – und das dauerhaft!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Lindner, so ist das nämlich, wenn man genau hinguckt. Das ist das bittere Ergebnis der Politik von CDU und FDP!

Aber auch damit nicht genug! Mehrmals musste das Verfassungsgericht Sie zwingen, den Anteil an den Einheitslasten fair zu berechnen; denn auch hier haben Sie versucht, die Kommunen mit mehr als 2 Milliarden € über den Tisch zu ziehen.

Und dann noch die peinliche Nummer mit dem Kita-Investitionsprogramm, Herr Kollege Laschet. Hier hat Herr Laschet es zugelassen, dass die Gelder im Landeshaushalt versickert sind, statt sie in den Ausbau der Kitas zu stecken. Ihre Abwahl in 2010 war doch die logische Folge genau solcher Versäumnisse.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ja, sowas kommt von sowas! Es kommt von einem nie gekannten Raubzug durch die kommunalen Kassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende waren doch Ihre eigenen Leute in den Kommunen wie gelähmt. Die hatten doch gar keine Lust mehr, Wahlkampf für eine Partei zu machen, die eine scheinbare Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Kommunen und gegen die Menschen in den Städten und Gemeinden dieses Landes Nordrhein-Westfalen betrieben hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

2010 haben wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Regierungswechsel sofort und umfassend umgesteuert. Wir haben die Kommunen wieder zu Partnern gemacht. Wir haben den Bundesanteil, die Bundesmittel vollständig in den Kita-Ausbau gesteckt und die kommunale Finanzierung wieder vollständig auf neue Füße gestellt.

Wir haben einen klaren Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche gelegt und das auch mit großen Investi-

tionen hinterlegt. Wir haben Geld in die Hand genommen und nicht bloß schöne Worte in den Mund. Das ist der große Unterschied, meine Damen und Herren, zwischen SPD und Grünen auf der einen Seite und Union und FDP auf der anderen Seite.

Genau damit haben wir – das ist der andere Teil der Wahrheit – die Kommunen auch in die Lage versetzt, ihren Anteil an der Finanzierung von Kitas und Schulen überhaupt leisten zu können. Denn wir wollen den Schulterchluss zwischen Stadt und Land, eigentlich auch mit dem Bund, denn wir tragen gemeinsam Verantwortung und nicht bloß einer auf Kosten des anderen.

Doch leider kommt aus Berlin im Moment relativ wenig, obwohl das jetzt dringend nötig wäre, obwohl die Zinsen so niedrig sind wie nie zuvor und obwohl Finanzminister Schäuble zweistellige Milliardenbeträge bereitstellen könnte. Es wäre ihm also möglich zu helfen. Doch Finanzminister Schäuble, der lieber seine schwarze Null bedient, mit der er die Zukunft nicht sichert, sondern aufs Spiel setzt, lebt für die Zeichen der Zeit.

(Christian Lindner [FDP]: So, so!)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem freiwilligen Landesprogramm „Gute Schule 2020“ setzen wir Maßstäbe für die Kommunen, für bessere Schulen, für die Erhaltung von Sportanlagen und die digitale Entwicklung.

Bei meinen zahlreichen Besuchen vor Ort ist mir noch einmal deutlich geworden, wie sehr die Städte und Gemeinden dieses Geld jetzt benötigen und wie zügig und zielgerichtet sie es demnächst einsetzen werden. Vor Ort jedenfalls, Herr Kollege Laschet, stehen die Zeiger auf Ärmel hochkrepeln, nicht auf Wehklagen, auf Pläne schmieden, auf kräftig anpacken, auf „Gute Schule 2020“.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Aufbruch nach Kräften unterstützen. Ich bin jedenfalls stolz, dass wir das jetzt auf den Weg gebracht haben und auf den Weg bringen: das größte Investitionsprogramm für Schulen, das es in NRW jemals gab. Ich freue mich schon auf die positive Zwischenbilanz, die Ministerpräsidentin Kraft und die Schulministerin Löhrmann für die rot-grüne Landesregierung ziehen werden – in ein, zwei Jahren hier im Haus, selbe Stelle, selbe Welle. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben nun hier über eine Menge Dinge geredet, über das Bundesteilhabegesetz, über die Mövenpick-Steuer, über Kitainvestitionen. Ich frage mich: Worum geht es hier eigentlich?

Wir reden hier über „Gute Schule 2020“, wir investieren für morgen. Und wenn das Thema nicht so bitter ernst wäre, könnte man auf die Ironie in diesem Titel kommen, denn es ist ja dann zu erwarten, dass wir vor 2020 mit einer guten Schule hier in NRW nicht rechnen können.

Grundsätzlich, glaube ich, besteht Einigkeit hier im Haus, dass wir uns alle freuen, dass endlich etwas passiert, die Gebäudesanierung vorankommt und es einen Schritt nach vorne gibt. Aber was hier als Erfolgsstory der Landesregierung verkauft wird, ist eigentlich eher eine mittelmäßige Inszenierung.

Herr Lindner hat es gerade angesprochen: Was passiert eigentlich mit dem Geld? Hier wird so getan, als hätten wir nach dieser Investition paradiesische Zustände in Schulen. Nein, hier werden die allernötigsten Reparaturen durchgeführt, damit überhaupt ordentlicher Unterricht an der Schule stattfinden kann – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall von den PIRATEN)

In diesem Programm treffen im Grunde die Versäumnisse gleich zweier Oberstrategen unseres Kabinetts aufeinander: Minister Ralf Jäger und Ministerin Sylvia Löhrmann. Mal ganz konkret: vier mal 500 Millionen € zur Sanierung der Schulgebäude, zum Ausbau der digitalen Infrastruktur wie Breitband und WLAN und zur Anschaffung von digitalen Endgeräten in den Schulen Nordrhein-Westfalens! Jetzt erklären Sie mir mal: Welche Bank geht her und macht ein Kreditprogramm für so viele verschiedene Dinge? Und dann erklären Sie mir mal: Welche Bank würde tatsächlich einen Kredit, der über so viele Jahre läuft, für Geräte ausgeben, die in fünf Jahre schon nichts mehr wert sind?

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Geräte sind ausgeschlossen!)

Das zeigt doch an dieser Stelle, dass diese einmalige Investition nicht dazu führt, dass wirklich etwas passiert. Wir brauchen systemische Unterstützung an den Schulen.

(Christian Lindner [FDP]: Ein gutes Argument! – Zurufe)

Das alles spielt hier überhaupt keine Rolle, ist schon klar. Im Grunde geht es in diesem Programm doch einzig und allein darum, die Schuldenbremse zu umgehen und hier Geld auszugeben, was man aufgrund der Schuldenbremse gar nicht zur Verfügung hätte.

Seit wir Piraten hier im Landtag vertreten sind, fordern die kommunalen Spitzenverbände eine Erhöhung der sogenannten Verbundquote. Das ist der Anteil, der festlegt, wie groß der Prozentsatz an den in NRW erhobenen Steuern ist. Hier ist gerade einiges dazu gesagt worden. Es ging um die Schulpauschale, es ging darum, dass Dinge umgeschichtet werden. Wenn man einen ehrlichen Schritt hätte machen wollen, dann hätte man diese Verbundquote erhöht. Das haben wir gesagt, und das war hier nicht gewollt. Das wäre der ehrliche Weg gewesen, die Kommunen finanziell ausreichend auszustatten.

(Beifall von den PIRATEN)

Dann frage ich mich an dieser Stelle: Was wollen wir eigentlich von den Kommunen? Wollen wir immer mal wieder den Weihnachtsmann spielen, mit Geschenken kommen und die Kommunen letztendlich so in Abhängigkeit halten, oder wollen wir systemisch die Kommunen mit genug Geld ausstatten, dass vor Ort selber entschieden werden kann, was mit diesem Geld passiert? Ich wäre für die zweite Lösung.

So, dann schreiben Sie: Wir investieren jetzt für morgen. Irgendwie soll hier suggeriert werden, dass in der laufenden Periode etwas für die Zukunft getan wird. Abgesehen davon, dass 2017 500 Millionen € ausgezahlt werden, 2018 500 Millionen €, 2019 und dann 2020, muss man klar feststellen, dass 3,5 Auszahlungsjahre gar nicht in dieser Legislatur liegen. Das heißt, sie liegen in der nächsten Legislatur. Man entscheidet also hier über Haushalte, die man selber möglicherweise gar nicht mehr zu verantworten hat.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nein, das haben Sie nicht verstanden. – Michael Hübner [SPD]: Nicht verstanden!)

Dann wird dieses Geld im Grunde im Haushalt im nächsten Jahr nicht abgebildet. Das heißt, es besteht keine Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, die für uns sehr wichtig ist. Hier wird ohne parlamentarische Kontrolle Geld ausgegeben. Das ist doch nicht sinnvoll.

Hier wurde einiges zum Thema „Digitalisierung“ gesagt. Das Geld soll auch in die Digitalisierung fließen. Es wurde auch über das Leitbild gesprochen und darüber, dass NRW das erste Land ist, das dieses Leitbild erarbeitet hat, an das man sich halten kann. Ich habe mir dieses Leitbild angeschaut und muss sagen: Geben wir doch den anderen Bundesländern den Tipp, dass sie das ein bisschen besser als diese Landesregierung machen und möglicherweise nicht von ihr abschreiben sollten.

Sie sagen: Die Kommunen brauchen ein Medienkonzept, um überhaupt Gelder für den Ausbau der Schulen in medialer Technik zu bekommen. – Ich frage Sie, Frau Löhrmann: Wie sieht denn dieses Medienkonzept überhaupt aus? Reicht es, wenn ich auf eine

halbe Seite Papier irgendwie etwas mit Bleistift gekritzelt habe, oder gibt es da auch Mindeststandards, Anforderungen, irgendein Qualitätsmanagement, das vor Ort passiert? Davon habe ich leider nichts gelesen.

Frau Löhrmann, Sie stellen sich hier hin und sagen: Vorsorge ist besser als Nachsorge. – Das, was jetzt an den maroden Schulen passiert, als Vorsorge zu bezeichnen, finde ich schon grandios. Es ist doch Nachsorge, denn vor 10 bzw. 20 Jahren waren die Schulen schon schlecht, und sie sind es nicht erst seit einem halben Jahr.

Herr Römer sagt: Erfolgreiches Lernen hängt von guten Bedingungen ab. – Da haben Sie recht. Aber glauben Sie wirklich, dass mit diesem Programm all diese Probleme, die die Schulen in NRW haben, gelöst werden?

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Dann lassen wir es besser ganz?)

Da hört man „Integration“, „Inklusion“, dann geht es plötzlich um G8/G9. Das sind doch alles Fehler, die bereits gemacht worden sind, die aber mit diesem Programm überhaupt nichts zu tun haben.

Es ist doch so: Im Moment sind alle Podiumsdiskussionen, bei denen Lehrer und Eltern sitzen, für die komplette Opposition „Elfmeterschießen“. Man muss doch mal zur Kenntnis nehmen, dass die Lehrer und Eltern in diesem Land mit der Schulpolitik nicht einverstanden sind.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Über das Programm wird hier so geredet, als würde es den sozialen Aufstieg ermöglichen – Integration, Inklusion, G8/G9. Ich verstehe es nicht. Herr Römer, Sie stellen sich hierhin und sprechen in Bezug auf „G8/G9“ von der Entwicklung der Schüler. Seit vier Jahren stehen wir hier und sagen: Es muss etwas passieren. – Ihre Partei und Ihre Fraktion waren immer diejenigen, die gesagt haben: Nein, G8 ist prima. Wir kriegen das alles hin.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Stimmt nicht! Überhaupt nicht wahr!)

Und plötzlich ist über Nacht bei Ihnen die Erkenntnis gereift: Mensch, die brauchen doch ein bisschen mehr, um sich entwickeln zu können. – Das ist doch nicht glaubwürdig. Wer soll Ihnen das denn abnehmen?

(Beifall von den PIRATEN)

Wir brauchen wirklich dringend Investitionen in Bildung. Insofern freue ich mich für die Kommunen, dass das Geld jetzt ankommt.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Aber diese 2 Milliarden € können im Grunde nur ein Anfang sein, denn sie decken nur die Versäumnisse der Vergangenheit ab.

Wir müssen sicherlich noch mal über ein Kooperationsverbot sprechen, über das wir uns ja hier im Haus ziemlich einig sind. Darüber hinaus brauchen wir wirklich einen konkreten Plan, wie wir den Bereich „Lernen“ in einer digitalisierten Welt angehen wollen.

Verschließen Sie sich hier nicht der Debatte! Wir haben es ja letzte Woche mitbekommen, dass man der Meinung ist, man müsste das Leitbild „Digitale Bildung“ nicht parlamentarisch diskutieren. Das sehen wir komplett anders. Ich bitte Sie wirklich, die Dinge ernst zu nehmen und sie hier im Plenum zu diskutieren und nicht – wie das häufig passiert – am Plenum vorbei. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann sich als Landesregierung hier hinstellen und den Zustand der Schulen in diesem Land bejammern.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Jeder kann das!)

Man kann sich auch als Landesregierung hier hinstellen und die Kommunen darauf hinweisen, dass sie für den Zustand der Schulgebäude zuständig sind. Herr Laschet, Herr Lindner, man kann auch als Landesregierung gleichzeitig die Kommunen an der Sanierung des Landeshaushalts beteiligen.

(Armin Laschet [CDU]: Man kann auch das Parlament beschimpfen!)

Das alles kann man machen. Das alles wurde in diesem Land gemacht.

(Armin Laschet [CDU]: Man kann sich auch als Minister danebenbenehmen!)

Man kann aber auch, Herr Laschet, die Ärmel hochkrepeln, in die Hände spucken, Probleme angehen und gleichzeitig die Kommunen finanziell besser stellen –

(Beifall von der SPD)

anders als 2005 bis 2010, als Sie die Landesregierung stellten und den Städten und Gemeinden das Geld aus der Kasse genommen haben.

Sie haben heute Morgen in Ihrer Rede eine interessante Gleichung aufgemacht, was Schulpauschalen und deren Dynamisierung angeht – wilde Zahlen,

Herr Laschet, auf die ich zumindest noch einmal eingehen will.

Dieser Hinweis sei mir gestattet, Herr Laschet: Ihre Leute können nicht richtig gerechnet haben. Sie sagen, dass die Schulpauschale, wenn sie so dynamisiert worden wäre, wie dies bei der Entwicklung des GFG der Fall gewesen sei, jetzt einen größeren Umfang von 1 Milliarde € hätte. Da sind irgendwelche Fehler im Dreisatz passiert. Das kann passieren. Es wären, Herr Laschet, nur 700 Millionen € gewesen.

Aber jetzt gehen wir auch noch mal diese Zahl ganz dezidiert durch. Die Schulpauschale, Herr Laschet, ist im Jahr 2002 in der Größenordnung von 460 Millionen € eingeführt worden. Sie ist dann unter Schwarz-Gelb im Jahr 2008 auf 540 Millionen € erhöht, aber zugleich zur Abdeckung der Investitionskosten in Kindertagesstätten verwendet worden – also eine Erweiterung des Bedarfs. 2009 ist diese Schulpauschale dann noch einmal auf 600 Millionen € erhöht worden. Das ist richtig, geht aber zulasten der allgemeinen Schlüsselgelder, die den anderen Kommunen dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Rechte Tasche, linke Tasche!)

Mehr noch, Herr Laschet: In derselben Zeit hat Ihre damalige Landesregierung eine Befrachtung – jetzt Obacht – mit dem Titel „Beitrag zur Sanierung des Landeshaushaltes“ eingeführt und die Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer gestrichen.

(Zustimmung von der SPD)

Das haben wir wieder rückgängig gemacht. Sie haben damals nicht nur in die rechte Tasche etwas rein getan, sondern mit klebrigen Fingern aus der linken Tasche sofort wieder etwas rausgeholt. Das, was wir da rückgängig gemacht haben, hat seit 2010 ein Volumen – Herr Laschet, jetzt auch aufgepasst – von 2,5 Milliarden € erreicht – Geld, das Sie den Kommunen gestohlen, das wir aber zurückgegeben haben und das endgültig zu einer Verbesserung der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen beigetragen hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gab im Jahr 2011 in diesem Landtag – der hinsichtlich der Fraktionen etwas anders besetzt war – einen bemerkenswerten Beschluss, mit dem der Landtag von Nordrhein-Westfalen erklärt hat, dass nicht nur die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit strukturell unterfinanziert sind. Der wesentliche Grund für diese strukturelle Unterfinanzierung war laut diesem Beschluss die Sozialgesetzgebung in Berlin.

(Zuruf von der FDP)

Das war übrigens ein selbstkritischer Beschluss, weil daran auch Fraktionen beteiligt waren, deren Partei zeitweise die Bundesregierung mit gestellt hat. Ich fand, es war ein bemerkenswerter Beschluss, der aber den Finger in die richtige Wunde gelegt hat, wo bundesweit das Problem bei den Kommunalfinanzen liegt.

Herr Lindner, raten Sie mal, welche Fraktion sich damals enthalten hat! Das war Ihre, weil Sie nicht zugestehen wollen, dass es in der Finanzkraft der Städte Unterschiede gibt,

(Christian Lindner [FDP]: Nein, das war nicht der Grund, warum wir nicht zugestimmt haben!)

weil Sie nicht zugeben wollen, dass die Sozialkosten im Wesentlichen den Zustand des Haushalts prägen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wenn Sie heute Düsseldorf mit Dortmund vergleichen und sagen, Düsseldorf habe im Gegensatz zu Dortmund sparsam gewirtschaftet, ist das eine Diskreditierung aller Kommunalpolitiker in den Kreistagen und Räten,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

die sich jeden Tag zur Decke strecken müssen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Das ist Ihre liberale Vorstellung: Jeder soll sich selbst um seine Probleme kümmern.

(Christian Lindner [FDP]: Sagen Sie mal, wer den Stärkungspakt mit Ihnen beschlossen hat! Ohne die FDP gäbe es überhaupt keinen Stärkungspakt!)

Das ist liberales Management by Terror – Ziele vorgeben, aber die Mittel verweigern, Herr Lindner.

(Weitere Zurufe von Christian Lindner [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir legen als Landesregierung die Hände nicht in den Schoß, wir lehnen uns nicht zurück und zeigen auch nicht auf formale Zuständigkeiten, Herr Lindner.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Lindner, ich bin mit diesem Mikrofon immer lauter als Sie.

(Christian Lindner [FDP]: Gehen Sie doch einmal darauf ein!)

Wir machen dies aus zwei ganz einfachen Gründen:

Zum einen haben wir den Gestaltungswillen. Wir wollen Dinge besser machen in diesem Land. Wir begnügen uns nicht damit, Sonntagsreden über den Zustand unserer Schulen zu halten, sondern wir handeln.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wir wollen etwas verändern.

Der zweite Grund ist viel fundamentaler. Wir haben nämlich ein anderes Verständnis von Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Land Nordrhein-Westfalen.

(Christian Lindner [FDP]: Schon alles vergessen? Unseriös!)

Wir haben in diesem Land ein ganz fein verästeltes Geflecht von Zuständigkeiten. Institutionen sind zum Teil allein zuständig, und teilweise sind Kommunen und Länder gemeinsam zuständig.

Das, meine Damen und Herren, interessiert aber die Menschen draußen nicht. Diese Zuständigkeiten sind denen egal, wenn Sie kaputte Schultoiletten sehen oder Fenster, die dringend erneuert werden müssten. Die stellen einfach nur fest: „Das muss geändert werden“, und diese Menschen sagen zu Recht: Das muss der Staat ändern.

Meine Damen und Herren, es ist nicht unser Verständnis, mit dem Finger auf die Kommunen zu zeigen und denen den schwarzen Peter zuzuschieben, sondern wir wollen den Menschen die Möglichkeit geben, in guter Umgebung zu leben, in Kommunen mit einer vernünftigen Infrastruktur. Dafür brauchen wir leistungsfähige Kommunen.

Das Programm „Gute Schule 2020“ ist nur ein weiterer Beleg dafür, dass diese Landesregierung den nordrhein-westfälischen Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellt, dass wir ein verlässlicher Partner sind – bei allen Problemen, die wir möglicherweise selbst haben.

Ich will noch einmal kursorisch aufzählen, weil das von Herrn Laschet zumindest infrage gestellt worden ist:

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

Gemeindefinanzierungsgesetz auf Rekordniveau; die Befrachtung, Herr Laschet, die Sie eingeführt haben, abgeschafft, Volumen: 2,5 Milliarden; Kommunen wieder an der Grunderwerbsteuer beteiligt; Stärkungspakt Stadtfinanzen mit 3,65 Milliarden aus dem Landeshaushalt.

Ich verzichte darauf, alle Fördertöpfe und Mittel aufzuzählen, die den Kommunen aus anderen Ressorts aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Das sind keine Feigenblätter, sondern wirksame Beiträge für die Kommunalfinanzen unserer Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Dass das wirkt, kann man an einer Zahl festmachen. 2010 waren 138 von 396 Kommunen im Nothaushalt. Ende letzten Jahres waren es nur noch neun von 396 Kommunen, und an diesen neun werden wir auch noch arbeiten.

Die Finanzsituation der Kommunen – ich habe es gerade schon gesagt – muss sicherlich noch weiter verbessert werden. Man darf nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass die Kommunen insbesondere unter den Sozialausgaben ächzen, die in Berlin beschlossen werden.

„Gute Schule“, meine Damen und Herren, der Name ist Programm. Essen erhält 81,6 Millionen, Aachen 21 Millionen, Paderborn 14,8 Millionen, um nur drei Beispiele zu nennen.

Aber diese Landesregierung beschränkt sich nicht darauf, nur Geld zu verteilen. Lehrerinnen und Lehrer sind der unersetzliche Schlüssel für ein gutes Bildungsland Nordrhein-Westfalen. Auch hier sind wir schon gut aufgestellt. Das darf man zwei Tage nach dem Weltlehrertag sagen. Wir haben motivierte, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen. Seit wir am Ruder sind, haben wir übrigens 9.000 Lehreinnen und Lehrer mehr in diesem Land.

Jetzt kommt der zweite Baustein, und wir geben den Kommunen die Möglichkeit, auch in die Infrastruktur für die beste Bildung zu investieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt ein Sprichwort, das wie folgt lautet: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Vogt.

Petra Vogt (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Jäger, vielleicht gestatten Sie mir eine Bemerkung vorab. Ich habe mir bei der Debatte am gestrigen Tag überlegt, was es Schlimmeres geben kann, als mit Ihnen über Sicherheitspolitik zu diskutieren. Heute weiß ich es: mit Ihnen über Schulpolitik zu diskutieren.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister Jäger, ich war zufälligerweise Lehrerin an einer Duisburger Schule zu einer Zeit, in der die SPD in Duisburg die absolute Mehrheit hatte

(Zuruf von der SPD)

und die letzte Regierungsbeteiligung der CDU im Land bereits Jahrzehnte zurücklag. Ich habe drei Jahre in einem Klassenraum unterrichtet, in den es hineingeregnet hat. Vor meinem Pult stand eine Wanne, und immer wenn es stark geregnet hat, Herr Minister Jäger, konnte man im Unterricht nichts mehr verstehen. Das, Herr Minister, ist das Ergebnis von sozialdemokratischem Schulbau.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD: Och!)

Ich erwähne es nur am Rande, dieses Klassenzimmer wurde nicht durch die Stadt Duisburg, in der Sie schon damals sehr viel Verantwortung hatten, geschlossen, sondern durch Ärzte, die es aus Hygiene­gründen nicht mehr verantworten konnten, dass ihre Auszubildenden in diesem Klassenraum unterrichtet werden. – Das ist Ihre Politik.

(Beifall von der CDU)

Von daher haben Sie vielleicht Verständnis dafür, dass Sie für mich kein kompetenter Ansprechpartner im Bereich Schule sind.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Oje!)

– Es bleibt ja, Gott sei Dank, bei Herrn Jäger das einzige Mal, dass er sich zur Schule geäußert hat – zumindest wollen wir darauf hoffen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Bei Ihnen leider nicht!)

– Ja, Gott sei Dank.

Ich war schon beeindruckt, als ich mir am heutigen Tag noch einmal angesehen habe, was eigentlich der Titel dieser Regierungserklärung ist. „Gute Schule 2020“: Jawohl, ich habe mich schon sehr darüber gefreut, weil, ehrlich gestanden, seitdem diese Landesregierung im Amt ist, alle Eltern, Lehrer und Schüler in diesem Bundesland auf eine qualitativ gute Schule warten. Darüber, Frau Ministerin Löhrmann, hätten Sie bis zum heutigen Tag sechs Jahre nachdenken können und nicht erst für das Jahr 2020, wo Sie – da schließe ich mich Herrn Lindner an – zum Wohle unserer Schulen in diesem Land hoffentlich keine Verantwortung mehr tragen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Norwich Rüße [GRÜNE])

– Nein, nicht wirklich. Ja, ja, warten Sie mal ab! – Ich glaube, mit diesem Programm zeigen Sie, dass Sie überhaupt keine Ahnung haben, was eigentlich die tatsächlichen Probleme im nordrhein-westfälischen Schulsystem sind.

(Zuruf von der SPD: Das ist unfassbar!)

Gehen Sie mal durch die Lande. Fragen Sie mal die Menschen. Ich war letzte Woche bei einer Veranstaltung, Frau Löhrmann, da hat ein Schulleiter einer sehr großen Schule zu Ihrem Inklusionsgesetz Folgendes gesagt: Das Normale ist, dass man erst ein Haus baut und dann den Umzug plant. Sie haben einfach den Umzug gemacht, und danach angefangen, das Haus zu planen. Das kann doch nicht funktionieren!

(Beifall von der CDU)

Sie wagten vorhin, davon zu sprechen: Der Klassenraum ist der dritte Pädagoge. Ja, wissen Sie eigentlich, wie viele Klassen in unserem Land sich freuen würden, wenn sie den ersten, geschweige denn den zweiten Pädagogen hätten? Sie haben gar keine Ahnung, wie viel Unterricht ausfällt.

([Beifall von der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von der SPD: So viel dicke Hose! Was soll das?])

Kommen wir einmal zum zweiten Pädagogen.

(Unruhe)

Wenn Sie sich vorstellen, dass Sie ein Drittel unserer Grundschulen als inklusive Schulen ausgewiesen haben, die nicht eine einzige Stunde einen Sonderpädagogin zur Verfügung haben, dann ist das unverantwortliche Politik, und das bekommen Sie zurzeit von allen in unserem Lande widergespiegelt. Daran sollten Sie erst einmal arbeiten.

(Beifall von der CDU – Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Ehrlich gestanden denke ich, dass wir heute hier nicht stünden, wenn wir nicht in einem halben Jahr Landtagswahl hätten. Denn die Ministerin hat in der Vorbereitung des Inklusionsgesetzes permanent ge­leugnet, dass dieses Inklusionsgesetz Auswirkungen finanzieller Art auf die Kommunen hat. Nein, sie hat in allen Sitzungen gesagt: Das hat keine finanziellen Auswirkungen, weil die Beschulung von Kindern mit Handicap jetzt auch schon Aufgabe der Kommunen ist. – Wenn wir sie gefragt haben: „Sie glauben also, dass dieses Gesetz nicht konnexitätsrelevant ist“, dann hat sie das grundsätzlich so gesagt. Erst auf Druck der Kommune, die mit Klage gedroht haben, sind Sie doch hingegangen und haben eingelenkt. Sie haben von daher überhaupt nichts für die Kommunen getan.

In diesem Sinne kann ich nur sagen: Was am heutigen Tag vorgelegt ist, ist ein peinliches Armutszeugnis Ihrer Regierungszeit. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin: Ab wie vielen Milliarden wäre es denn aus Ihrer Sicht nicht mehr peinlich? Ich würde gerade den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion empfehlen: Gehen Sie einmal vor Ort, und reden Sie mit Ihren Kommunalpolitikern. Im Gegensatz zu Ihnen ist es uns nämlich gelungen, selbst CDU-Hauptver-

waltungsbeamte, CDU-Stadträte und CDU-Kreis-
tagsabgeordnete dazu zu bringen, unser Programm
zu loben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein solches Lob ist Ihnen am Ende Ihrer Regierungs-
zeit – vorsichtig gesprochen – nicht zuteil geworden.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Ich würde mich an Ihrer Stelle eher ein wenig in De-
mut üben. Diejenigen, die hier heute meinen, 2 Milli-
arden € zusätzliche Entlastung für unsere Kommu-
nen in einem dringend nötigen Bereich seien ein Ar-
mutszeugnis, der muss sich die Frage stellen lassen:
Was sagen Sie denn dazu, dass eine Landesregie-
rung innerhalb einer Wahlperiode den Kommunen –
und ich benutze den Ausdruck noch einmal mit Nach-
druck – 3,5 Milliarden € geklaut hat?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Unsere Politik wirkt. Das wird uns auch von Medien
in dem Bereich deutlich attestiert, in dem wir über
den Stärkungspakt die schwierigsten Finanzsituati-
onen in unseren Kommunen nicht nur in Angriff ge-
nommen, sondern auch erfolgreich gelöst haben.
Wer heute Morgen den „WDR“ verfolgt hat, wird viel-
leicht mitbekommen haben, dass von den 34 Stär-
kungspaktkommunen – also denjenigen, die struktu-
rell in unserem Lande die größten Probleme hatten –
demnächst 27 wieder einen ausgeglichenen Haus-
halt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine vernünf-
tige Politik im Interesse unserer Kommunen, und an
Ihrer Stelle würde ich mich hier eher in Demut und in
tätiger Reue üben, statt ein gutes Programm dieser
Landesregierung zu kritisieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank,
Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion der Grünen
spricht Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Vogt, als Sie
da im Regen standen, was haben Sie denn da der
schwarz-gelben Landesregierung gesagt, als die die
Kommunen noch weiter geschröpft haben? Das war
wohl relativ effektiv. Seien Sie froh, dass die Lan-
desregierung gewechselt hat, damit die Kommunen
mehr Geld bekommen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was haben Sie denn dazu gesagt, dass die schwarz-
gelbe Landesregierung schon 10.000 Stellen der mit-
telfristigen Finanzplanung gestrichen hatte? Dazu
habe ich nicht gehört. So wäre das mit Schwarz-Gelb

in diesem Land weitergegangen. Seien wir dankbar,
dass die Landesregierung gewechselt hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Lieber Kollege Kaiser, ich liebe eigentlich ...

(Klaus Kaiser [CDU]: Ich habe gar nichts ge-
sagt!)

– Nein, aber ich wollte sagen: Ich liebe eigentlich Kai-
serschmarren.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

Ich liebe eigentlich Kaiserschmarren, aber nicht auf
dem Papier, so, wie er da verfasst war. Zu dieser
Systematik und Logik haben wir heute ja schon eini-
ges gehört. Das geht nicht: rechte Tasche, linke Ta-
sche, also, in dieser Art und Weise Rezepte auszu-
bringen. Bitte, wir reden noch mal über Verbraucher-
bildung, aber das machen wir beide an der Stelle bi-
lateral.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

So, jetzt will ich aber noch einmal etwas zu Herrn
Lindner sagen. Denn diese Mythenbildung, die er
heute wieder versucht hat, indem er hier eine Un-
wahrheit nach der anderen rausgehauen hat,

(Zuruf von der SPD: Faktenfrei!)

kann man nicht so stehen lassen. Den Gymnasien in
Nordrhein-Westfalen ist nicht eine einzige Stelle in ih-
rer Schüler-Lehrer-Relation entzogen worden. Wir
haben den Schulen in der Tat im ersten Jahr 1.000
Stellen gelassen. Alle anderen Schulformen haben
das mitgemacht und gesagt: Genau dieser Wandel
von G9 zu G8 ist schwierig.

Ja, die Mythenbildung der Benachteiligung der Gym-
nasien ...

(Zuruf)

– Wollen Sie mir die Zunge herausstrecken? Danke
schön! Ich habe es gesehen, dass Sie es getan ha-
ben. Ich mache das aber so nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben eben von Klaffen gesprochen. Von dem
Einzigem, der sich hier in der Art und Weise daneben
benommen hat, hatte ich das Bild vor mir. Ich habe
das nicht in den Reihen der Kolleginnen und Kolle-
gen gesehen. Das muss ich sehr deutlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie wollen den Schulen in Nordrhein-Westfalen ver-
ordnen, dass man noch nicht einmal von einer zur
anderen Kommune das Gymnasium beruhigt wech-
seln kann; denn das eine ist G8 und das andere G9.

(Christian Lindner [FDP]: Doch, das geht in
Bayern auch!)

Das wollen Sie. Sie reden über die Frage Bildungs-föderalismus, mehr Zentralismus von Berlin aus und versuchen, hier ein Chaos anzuzetteln.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Diejenigen, die G9 befürwortet haben, alle am Run-den Tisch, die gesagt haben, stürzt die Schulen jetzt nicht wieder in eine Rückabwicklung, haben gesagt: Diesen Kannibalismus zwischen den Schulen und diese alte Marktliberalität, dass Schulen gegeneinan-der geschoben werden, das wollen wir nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen keinen negativen Wettbewerb unter den Schulen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin.

Sigrid Beer (GRÜNE): Deswegen hat sich die Bil-dungspolitik à la FDP überholt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin.

Sigrid Beer (GRÜNE): Das Einzige, was Sie wollen, ist, dass Sie im nordrhein-westfälischen Landtag überhaupt nicht mehr auftauchen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Verehrte Kolleginnen und Kol-legen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11903

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 16/13049

Ich möchte noch einen Hinweis geben: Der Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 16/11903 wurde gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b unserer Ge-schäftsordnung vom Plenum an den Innenaus-schuss überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aus-sprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Stotko das Wort.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Gegenruf von Christian Lindner [FDP]: Ich erwarte eine Entschuldigung! Ich habe Ihnen die Zunge nicht rausgestreckt! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Erneuter Gegenruf von Christian Lindner [FDP]: Nein, das habe ich nicht, aber ich mache es gleich! – Heiterkeit)

Ich glaube, der Kollege Stotko ist nicht da. Dann Herr Körfges, bitte schön!

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zwar nicht als Red-ner vorgesehen, aber ich gehe davon aus, dass ich trotzdem die gemeinsame Änderung von vier Frakti-onen hier im Landtag, bezogen auf dieses wichtige Thema, begründen kann. Ich halte es für gut und be-danke mich da ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen, dass es gelungen ist, zu einer über-wiegend gemeinsamen Position in dieser wichtigen Frage zu kommen.

Wir wissen alle, dass es bei diesen Verteilungsaktio-nen eben nicht um Religion geht, sondern im We-sentlichen darum, mit religiösen Inhalten junge Men-schen anzusprechen und diese dazu zu bringen, sich von unserer Gesellschaft abzuwenden und sich ext-remistischen Bestrebungen anzuschließen. Deshalb halten wir es für gut und für richtig, dass geeignete Schritte unternommen werden, diese extremisti-schen und verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu unterbinden.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe unverhohlen zu, dass ich eigentlich die Position des Innenministers unseres Landes zu diesem Thema für nachhaltig wirksamer halte, als deklarato-risch tätig zu werden. Auf der anderen Seite ist es so, dass wir als Landtag sicherlich auch ein Mandat ha-ben, uns zu der Frage zu äußern und diejenigen, die für ein Verbot zuständig sind, darum zu bitten, dieses Verbot intensiv zu prüfen. Aber im Grunde gilt die Formulierung, die ich hier gerne wiederhole: Über Verbote redet und diskutiert man eher nicht, sondern man führt sie aus.

Ich gehe davon aus, dass diese eindeutige Erklärung von vier Fraktionen in unserem Landtag dazu beitra-gen wird, dass auch der öffentliche Fokus noch ein-mal darauf gerichtet wird, dass es sich hier im We-sentlichen um verfassungsfeindliche Aktivitäten han-delt. Ich begrüße ganz ausdrücklich, dass es uns ge-meinsam gelungen ist, hier zu einem Änderungsan-trag zu kommen. Ich glaube auch, dass wir uns alle anderen Aktivitäten genau anschauen müssten. Ich bin dem Herrn Dr. Stamp sehr dankbar dafür, dass die FDP an dieser Stelle zum Beispiel auf wirtschaft-liche Zusammenhänge hingewiesen hat, auf die Art

und Weise, wie man da gesellschaftsrechtlich gegebenenfalls Dinge einleiten kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als SPD-Landtagsfraktion sind froh darüber, dass es gelungen ist, dass wir hier gemeinsam ein deutliches Zeichen für Demokratie, für Toleranz und gegen Ausgrenzung, gegen Extremismus aus dem Landtag heraus senden.

Lassen Sie mich zum Abschluss allerdings eines sagen: Das ersetzt in keiner Weise – ich glaube, das ist auch von niemandem beabsichtigt – die notwendige Prävention und auch die Stabilisierung von jungen Menschen, wenn es darum geht, sie weniger anfällig gegen solche Formen der Ansprache zu machen. Ich glaube, verbieten muss man an der Stelle. Aber man darf es auf keinen Fall unterlassen, die notwendigen präventiven Anstrengungen zu unternehmen.

Wir werden dem geänderten Antrag zustimmen. – Ich bedanke mich Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht jeder Salafist ist automatisch ein Terrorist. Aber jeder Salafist ist ein Feind unserer Verfassung. Das habe ich nicht zum ersten Mal in diesem Hohen Hause gesagt. Aber dieser Satz bleibt richtig.

Der heute vorliegende Antrag und seine Hintergründe zeigen, dass dieser Satz nicht nur richtig ist und bleibt, sondern dass der Weg vom in Deutschland aktiven Salafisten bis zum internationalen Terroristen ein sehr kurzer Weg ist.

Als Vorsitzender des Innenausschusses begrüße ich es sehr – da schließe ich mich meinem Vorredner ausdrücklich an –, dass wir bei diesem Thema parteiübergreifend zusammenarbeiten konnten und dass wir – leider mit Ausnahme der Piraten – somit eine große Einigkeit im Einsatz für die Werte unserer Verfassung und gegen den organisierten Salafismus in Nordrhein-Westfalen und Deutschland zeigen.

Der gemeinsame Antrag auf Grundlage des Antrages der FDP beschreibt umfassend die Problematik um den gewerblichen Teil des Salafismus. Gerade dieser Teil kümmert sich nicht etwa um religiöse Fragen, sondern gibt das nur vor. Die „Lies!“ GmbH und die englische „Readlies Ltd.“ sind Vehikel für einen gewerblichen Weg, über den Terrorgelder akquiriert werden sollen.

Die Verteilung von Koranen ist dabei nur der Anschein einer religiösen Aktivität. Dass die verteilenden Personen wie bei Drückerkolonnen die Koranexemplare vorher selbst kaufen müssen, zeigt ein geradezu sektenartiges Vorgehen. So sollen schnellstmöglich Umsätze generiert werden, gespeist aus vielen kleinen Quellen, die in Summe dann reichen, um technisches, militärisches Gerät zu erwerben oder die befreundeten Gotteskrieger im Ausland finanziell zu unterstützen.

Dass im Umfeld dieser Aktivitäten auch direkt neue Rekruten für den Dschihad geworben werden, ist inzwischen unstrittig. Beispielsweise die Mutter eines der Sikh-Anschlagtäter hat gerade auch bestätigt, wie ihr Sohn begann, sich bei den Koranverteilungen von „Lies!“ zu radikalisieren.

In dem Antrag wird auch die Website „Die wahre Religion“ erwähnt. Die dort gezeigten Botschaften gehen weit über einen missionarischen Ansatz hinaus. Ungläubige werden dem Höllenfeuer versprochen. Salafisten selbst sehen sich als nicht verstandene Propheten. Menschen in Deutschland werden als verblendet hingestellt, solange sie sich nicht zum Koran bekennen. Ich sage das ganz deutlich, und gerade deshalb bin ich auch so dankbar für die parteiübergreifende Zusammenarbeit bei diesem Thema.

Wir müssen die salafistischen Netzwerke in unserem Land zerschlagen. Wir müssen sie erfassen und alle Mittel des Rechtsstaates anwenden, um die Quellen der Terrorfinanzierung auszutrocknen. Daher ist es richtig, dass der Antrag alle Initiativen auf der Bundesebene unterstützt, die auch unter Hinzuziehung des Vereinsrechts wirkungsvolle Maßnahmen versprechen.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Es geht nicht um das Aushebeln der Religionsfreiheit. Missionieren ist okay. Das machen viele Religionen, auch das Christentum. Aber ein missionarisches Selbstverständnis, das alle Andersgläubigen, deren Glaubensabsichten und Gefühle nicht nur missachtet, sondern sie regelrecht verachtet, kann nicht von der Religionsfreiheit gedeckt werden, und das haben die Gründungsväter des Grundgesetzes auch so nicht beabsichtigt.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wer noch Zweifel daran hat, dem empfehle ich, die Videos der Salafistenprediger im Netz anzuschauen. Sie werden dort haarsträubende Gedankenwelten vorfinden – mit einem Grundtenor versehen, der in keiner Weise tragbar ist.

Meine Damen und Herren, der Salafismus in Nordrhein-Westfalen ist mit seiner gewaltbereiten Art kaum auszuhalten. Nicht nur die Sharia-Polizei in Wuppertal oder der Essener Anschlag auf den Sikh-Tempel bauten auf dem salafistischen Netzwerk in Nordrhein-Westfalen auf.

Ich hoffe sehr – das ist wirklich meine innigste Bitte –, dass wir beim Thema Salafismus weiterhin parteiübergreifend zusammenhalten. Lassen Sie uns auch in Zukunft gemeinsam alle denkbaren Ansätze nutzen, den Salafismus in Nordrhein-Westfalen und Deutschland in die Schranken zu weisen.

Ich fordere auf und ich ermuntere auch die islamischen Verbände in Nordrhein-Westfalen: Erhöhen auch Sie Ihre Anstrengungen gegen islamistischen Extremismus auf ein Maximum. Der Salafismus kann nur dann weiter Wurzeln schlagen, wenn er auf nahrhaften Boden fällt. So ehrlich müssen wir alle sein. Das wollen wir alle nicht.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenausschuss für ihre konstruktive Zusammenarbeit untereinander, dass wir zu diesem gemeinsamen Antrag gekommen sind. Ich danke Herrn Dr. Stamp für seine Beharrlichkeit in der Sache. Es gehört auch hierher, das zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und danke für die konstruktive, faire, ehrliche und offene Zusammenarbeit zwischen den Kolleginnen und Kollegen von vier Fraktionen! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sieveke. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Sieveke hat es ausgeführt: Hinter der Koranverteilungskampagne „Lies!“ steckt ein bundesweites Sammelbecken für Islamisten, ein Netzwerk, das nach Angaben des Verfassungsschutzes hier zu den mitgliederstärksten Netzwerken des Salafismus mit über 400 Personen gehört, die ihm zugerechnet werden. Bundesweit, sagt das Bundesinnenministerium im Verfassungsschutzbericht, sind im letzten Jahr drei Millionen Koranexemplare verteilt worden.

Über diese Koranverteilung erfolgen nicht nur eine Radikalisierung und ein Heranführen an die salafistische Szene. Nach Auskunft der Sicherheitsbehörden hatte jeder Fünfte der von Nordrhein-Westfalen in die Kriegsregionen Syrien oder Irak ausgereiste Salafist – jeder Fünfte von denen! – Kontakt mit „Lies!“. Das heißt, wir haben es mit einem sehr gefährlichen Netzwerk, einem sehr gefährlichen Sammelbecken zu tun, das wir hier in den Fokus nehmen müssen.

Hier muss der Rechtsstaat Flagge zeigen. Ja, Herr Sieveke, ich finde es auch gut – Herr Körfges hat es auch gesagt –, dass wir das heute zusammen tun. Herzlichen Dank auch von meiner Seite für die gute und konstruktive Zusammenarbeit! Denn der Staat

muss alle Register ziehen – angesprochen wurden Vereinsrecht, Gewerberecht, Steuerrecht –, um hier Flagge zu zeigen mit dem Ziel, diese Aktionen zu verhindern und dieses Netzwerk zu zerschlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, wie wir verhindern, dass diese salafistischen Menschenfänger es überhaupt schaffen, Jugendliche – und nicht nur muslimische Jugendliche, um es ganz klar zu sagen – über das Thema Islam zu radikalisieren. Wie machen wir junge Menschen stark? Wie machen wir sie immun gegen Extremismus?

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht eben nicht über Vereinsrecht, Gewerberecht, Steuerrecht und Straßensatzungen. Hier müssen wir schauen: Was sind die Ursachen? Für Ansatzpunkte von Prävention braucht man erst einmal eine Ursachenanalyse, um Prozesse der Ideologisierung und der Radikalisierung zu verstehen.

Lama Kaddor hat in ihrem Buch „Zum Töten bereit“ hierzu einiges gesagt. Aber auch andere Islamwissenschaftler sind dabei, das zu erforschen. Was sagt Lama Kaddor? Was passiert da mit den jungen Menschen, die sie auch in ihrer Schulklasse hatte?

Es ist die Orientierungslosigkeit. Es sind Ausgrenzungserfahrungen. Es sind Identitätsprobleme auch mit der eigenen Identität als Muslim hier in unserer Gesellschaft. Es ist Frust. Es ist Wut über die subjektiv empfundene Ungerechtigkeit. Es ist Haltlosigkeit. Daraus entsteht Protest. Daraus entstehen Gewaltbereitschaft, Gewaltphantasien, Allmachtsphantasien. Und dann kommen diese Menschenfänger und sagen: So, hier bei uns kann aus einem Looser ein Held werden. – Und hier sind die Ansatzpunkte, wo wir ansetzen müssen.

Hier muss Prävention ansetzen. Das heißt erstens: Religiöse Aufklärung unter muslimischen Jugendlichen ist ein ganz wichtiger Punkt. Dazu gehört nicht nur, aber auch ein guter islamischer Religionsunterricht. Die Schulministerin sitzt hier. Sie hat diesen Religionsunterricht ausgebaut. Nordrhein-Westfalen ist hier führend. Wir brauchen, genauso wie den katholischen und den evangelischen, einen regulären, gleichberechtigten islamischen Religionsunterricht. Das sind ein wichtiger Baustein und ein Schutz dieser jungen Menschen vor politischem Islamismus.

Zweitens. Wir brauchen ein Frühwarnsystem. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter müssen für Fehlentwicklungen sensibilisiert werden. Was sind denn die ersten Anzeichen? – Es ist die Isolation dieser Menschen. Es sind Thesen, die auf einmal geäußert werden. Hierfür müssen wir die Mitarbeiter all unserer Institutionen sensibilisieren.

Dann brauchen die Mitarbeiter dieser Institutionen auch Anlaufstellen, wo sie sich beraten lassen können. Mit dem Projekt „Wegweiser“ haben wir genau solche Anlaufstellen geschaffen – die wir flächendeckend ausbauen wollen –, wo diese Menschen Hilfe und Unterstützung bekommen, im Übrigen auch die Eltern, die merken: Da passiert etwas mit meinem Sohn, mit meiner Tochter. Was kann ich tun?

Drittens. Wir brauchen letztendlich das, was wir für alle abgehängten Jugendlichen in unserem Land brauchen: Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit, gleiche Bildungschancen für alle und ein Bildungssystem, das alle mitnimmt und allen in unserer Gesellschaft gleiche Chancen bietet. Letztendlich ist auch das eine Präventionsmaßnahme, die Jugendliche davor schützen soll, sich zu radikalisieren.

Alle, die sich in der Prävention genau diese Arbeit machen – an sie am Schluss meiner Rede mein ganz besonders herzlicher Dank –, verdienen unsere Unterstützung und unseren Schutz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade in einer Zeit, in der sich eine Lamyia Kaddor offenbar, um auch ihre Schutzbefohlenen zu schützen, eine Auszeit nimmt und sagt: „Diese Bedrohungen haben einen Grad erreicht, bei dem ich nicht mehr weiß, ob ich meine Schüler schützen kann“, müssen wir signalisieren: Alle, die diese Präventionsarbeit machen – nicht umsonst wird sie von Islamisten bedroht –, brauchen den Schutz der Gesellschaft, den Schutz des Staates und unsere politische Rückendeckung. Danke an alle, die das tun!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Schon nähert sich für die FDP-Fraktion Herr Dr. Stamp. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Düker hat es gerade angesprochen: Wir müssen uns natürlich damit auseinandersetzen, warum so viele junge Leute in den Dschihadismus abrutschen. Wir sehen natürlich, dass der extremistische Salafismus die Provokation schlechthin in diese Gesellschaft ist. Das ist für denjenigen, der sich von der Gesellschaft abgrenzen will, die maximale Provokation.

Aber wir müssen den Jugendlichen eben auch klipp und klar sagen, dass es hier nicht nur um eine Provokation geht. Vielmehr: Wer die Verteilung von Koranen dazu nutzt, um junge Menschen für den Dschihad zu gewinnen, wer sie dazu verführt, andere Menschen zu töten und sich selbst in die Luft zu sprengen, egal ob in Syrien oder bei uns, wer junge Menschen für so etwas missbraucht, ist ein Verbrecher. Das muss auch so benannt werden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns gemeinsam diesen Verbrechern das Handwerk legen! Deswegen freue ich mich, dass wir heute in diesem Hause ein gemeinsames Zeichen setzen. Ich will das ausdrücklich anerkennen und bedanke mich umgekehrt für das Lob. Aber ich möchte auch umgekehrt anerkennen, dass unsere Initiative von den regierungstragenden Fraktionen nicht reflexartig zurückgewiesen worden ist, weil sie von der Opposition kommt, sondern dass sie aufgegriffen worden ist, dass wir uns hier verständigt haben und dass wir gemeinsam zwei Ziele verfolgen.

Zum einen haben wir den Plan A, zu sagen: Verbrechern muss man das Verbrechertum nachweisen. Wir müssen versuchen, klarzumachen, dass es an diesen Ständen eben nicht um die Verteilung von Koranexemplaren geht, sondern darum, junge Menschen für den Dschihad zu werben und sie zu radikalisieren. Ich meine, das, was wir in den Verfassungsschutzberichten und bei YouTube bereits finden können, ist Beleg genug dafür, dass es sich hierbei um eine terroristische Vereinigung handelt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der SPD)

Deswegen wünschen wir uns, dass der Bund entsprechend tätig wird, und wir wünschen uns ein Verbot.

Aber wir wissen auch, dass es bei vereinsrechtlichen Maßnahmen immer Restrisiken gibt. Deswegen gibt es für uns auch einen Plan B. Das ist im Grunde genommen das – so habe ich es genannt – „Prinzip Al Capone“. Ihm konnte man damals den Mord nicht nachweisen, aber man hat ihn dann steuerrechtlich drankommen. Das muss jetzt eben ein weiterer Weg sein, den wir verfolgen müssen.

Die „Lies!“- GmbH ist bereits aufgelöst. Wir werden in diesen Tagen erfahren, welchen Gewerbezweck diese Limited in England hat. Im Übrigen: Wenn man „Lies!“ wie „lies“ ausspricht, wird das dem Zweck wahrscheinlich eher gerecht. Jedenfalls sind wir da sehr gespannt. Wenn wir uns angucken, was Herr A. N. auf YouTube so alles dazu erzählt, zu welchen Preisen Korane eingekauft werden und, umgekehrt, welche Spendensummen er einnimmt, stellen wir fest, dass da manches im Argen zu sein scheint. Auch da lohnt sich eine Überprüfung.

Wir werden also mit allen Mitteln – gewerberechtlich, steuerrechtlich, ordnungsrechtlich – auch diesen Weg beschreiten müssen, um diesen Verbrechern das Handwerk zu legen. Ich glaube, wenn wir hier gemeinsam dieses Zeichen setzen, ist das ein erster wichtiger Schritt. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Piratenfraktion hat nun Herr Herrmann das Wort.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und zu Hause! Wie Sie der Beschlussempfehlung entnehmen können, haben wir uns dem gemeinsamen Antrag der anderen Fraktionen nicht angeschlossen. Der Antrag war zunächst – im Mai – ein Antrag der FDP, dann war er einer von FDP und CDU, und da alle Fraktionen den Druck verspüren, zu handeln, hat man ihn zu einem gemeinsamen Antrag von vier Fraktionen gemacht.

Aber nicht die Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen müssen handeln. Wir dürfen uns nicht unter Druck setzen lassen. Es sind unsere vollziehenden Gewalten, die handeln müssen, die bereits informiert sind und bereits handeln. Alles andere ist falsch.

Natürlich sehen wir die Gefahr, die von dem Netzwerk „Lies!“ ausgeht bzw. ausgehen kann. Natürlich muss der deutsche Staat agieren, wenn Indizien vorliegen, dass hier Gelder missbraucht, Menschen indoktriniert und terroristische Organisationen im Ausland unterstützt werden. Natürlich. Die Antwort ist: Ja, ja, ja. Es handelt sich hier aber klar um eine juristische und keine politische Fragestellung. Lassen Sie uns nicht Ermittlungsbehörden spielen. Dies ist kein Spielplatz. Das wird zu einem Spiel mit dem Feuer.

Im Antrag wird aus den Verfassungsschutzberichten 2014 und 2015 zitiert. Dort wird festgestellt, dass in den Aktionen des Netzwerks eindeutige Bezüge zum extremistischen Salafismus erkennbar und die Koranverteileraktionen nur vorgeschoben sind, dass die Provokation der Öffentlichkeit und die dadurch bei uns ausgelösten Reaktionen im Vordergrund stehen. Sie kennen das aus dem TV: Lau steht auf dem Markt und redet da. Das soll uns zu Reaktionen – Protest, Ablehnung – provozieren. Genau diese Reaktionen werden durch das Netzwerk vor den eigenen Anhängern wiederum als eine vermeintliche Verfolgung aller Muslime in Deutschland dargestellt. Und Sie tappen mit Ihrem Antrag ganz genau in diese Falle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn das Netzwerk „Lies!“ im Verdacht steht, ideale, finanzielle, operative oder logistische Unterstützung von Terrororganisationen zu leisten, dann müssen die Staatsanwaltschaft und das Bundesministerium des Innern Ermittlungen einleiten und die entsprechenden Maßnahmen durchsetzen – nicht der Landtag Nordrhein-Westfalen. Genau diese Zuständigkeit benennen Sie in Ihrem Antrag selbst. Das Bundesministerium des Innern ist für etwaige Verbotverfahren zuständig. Bei strafbaren Aktionen

sind es die Staatsanwaltschaften. Zuständig ist aber nicht der Landtag Nordrhein-Westfalen.

Was machen wir also hier? Wir sind keine Exekutive und sollten keine politisch motivierten Arbeitsanweisungen geben. Die Sicherheitsbehörden sind nicht untätig und arbeiten nach den bestehenden Gesetzen – nach den Gesetzen, die wir hier unter anderem im Landtag machen. Das ist unsere Aufgabe – und nur das.

Wenn eine Oppositionsfraktion einen Antrag auf Prüfung des Verbots einer Gruppe stellt, dann mag man das als eine politische Meinungsäußerung hinnehmen. Wenn sich aber die regierungstragenden Fraktionen dahinter stellen, dann läuft etwas gravierend falsch. Wir sehen keine Notwendigkeiten für den Landtag Nordrhein-Westfalen, im Sinne dieses Antrags tätig werden zu müssen. Im Gegenteil, der Antrag kann sogar den negativen Effekt haben und Gräben in der Bevölkerung weiter vertiefen.

Hat sich hier irgendjemand Gedanken über die möglichen Konsequenzen gemacht? Wenn das Thema über den Landtag so in die Öffentlichkeit gebracht wird: Wie werden die Menschen auf die Stände in den Innenstädten reagieren – Menschen, die vielleicht nicht Sachverhalte zum Vereinsrecht recherchiert haben, die einfach nur mitbekommen, dass Muslime in den Fußgängerzonen vom Landtag als Terroristen eingestuft werden?

Ich wiederhole: Es mag sogar sein, dass terroristische Strukturen dabei sind. Aber es ist nicht die Aufgabe des Landtags, dieses festzustellen. Hier sehen wir die Gefahr einer Pauschalisierung in der öffentlichen Wahrnehmung. Kollege Sieveke, Sie haben eben wieder pauschalisiert und nicht den gewaltbereiten Salafismus oder das im Antrag genannte Netzwerk angesprochen. Sie haben allgemein über Salafismus gesprochen. Das sind die Dinge, die wir nicht unterstützen wollen. Wir lehnen den Antrag daher ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Nun spricht Herr Minister Jäger für die Landesregierung.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass die Mehrzahl der Fraktionen, die hier im Landtag vertreten sind, ein gemeinsames Zeichen setzen wollen. Für mich ist klar, dass die Initiatoren von „Lies!“ keine religiösen oder gemeinnützigen Motive haben, sondern dass es sich hier eindeutig um eine extremistische Kampagne handelt, mit der gerade junge Menschen für die salafistische Szene gewonnen werden sollen.

Eine Religion, der Islam, wird hier als Deckmantel benutzt und für Zwecke missbraucht, die – das ist mir wichtig, festzustellen – der überwiegende Anteil der hier lebenden Muslime klar und ausdrücklich ablehnt.

Hier geht es nicht darum, für den Koran oder für den Islam zu werben, bei „Lies!“ geht es darum, für Hass, Gewalt und Terrorismus zu werben. Das hat mit dem Islam nichts zu tun. Es hat auch mit den vielen friedlichen Muslimen in diesem Land nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, auf Landesebene wie auf kommunaler Ebene ist ein Vorgehen gegen diese perfide Masche schwierig bis sehr schwierig. Wir können das Verteilen nur in besonderen Einzelfällen bei hohen Hürden versagen. Die Stadt Aachen hat unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des OVG Münster versucht, eine Versagung herzuleiten. Sie hat diese Versagung auch ausgesprochen. Die Frage ist, wie die Gerichte das bewerten werden. Die mündliche Verhandlung hierzu steht im Februar 2017 an. Ich denke, wir dürfen alle gespannt auf das Ende schauen. Das wird womöglich Auswirkungen auch auf das Vorgehen anderer Behörden haben können.

Bis dahin gilt, meine Damen und Herren: Jeder Hinweis auf strafbare Handlungen von Beteiligten der „Lies!“-Kampagne wird in NRW konsequent verfolgt. Die „Lies!“-Kampagne wird von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet, und die Öffentlichkeit wird durch Berichte der Behörden über den Charakter dieser Aktionen informiert.

Das Hinweisaufkommen über diese Verteilaktionen wird durch die Verfassungsschutzbehörden fortlaufend bewertet. Auf Landes- wie auf Bundesebene gibt es bei den Sicherheitsbehörden feste Ansprechpartner. Wir befinden uns untereinander in einem ständigen Austausch von Informationen und Bewertungen, selbstverständlich auch vereinsrechtlicher Natur.

Mit dem Antrag sollen alle Initiativen unterstützt werden, die geeignete Maßnahmen gegen die „Lies!“-Kampagne und das salafistische Netzwerk „Die wahre Religion“ fordern. Hier ist auch der Bundesinnenminister gefragt, weil die Salafisten bundesweit agieren. Der Unterstützung aus Nordrhein-Westfalen kann er dabei sicher sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Dr. Stamp zu Wort gemeldet.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur einmal eine Sache ganz klar herausstellen, weil das durch die Einlassungen von Herrn Herrmann hier eben in ein

schiefes Licht gerückt wurde. Wer ernsthaft glaubt, man würde den Islam in ein schiefes Licht rücken, wenn man gegen Dschihadisten argumentiert, der hat im wahrsten Sinne des Wortes den Schuss nicht gehört.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn es sind doch gerade die Stände von „LIES!“, die Aktionen von Dschihadisten, die die Akzeptanz für den Islam in Deutschland massiv beschädigen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und ich kann nur sagen, dass ich für unsere Initiative von sehr vielen Muslimen Unterstützung bekommen habe. Deswegen ist es völlig klar: Es geht nicht gegen den Koran, sondern gegen den Vorwand, um damit junge Menschen zu Dschihadisten zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13049, den Antrag Drucksache 16/11903 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 16/13049, nicht über den Antrag. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Alle Piraten, sehe ich.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Nicht alle Piraten? Werde ich gleich sehen. Ein Teil der Piraten stimmt dagegen. Herrn Stüttgen habe ich gesehen. Sie haben zugestimmt als fraktionsloser Abgeordnete. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung eines Teils der Piratenfraktion ist dieser Antrag einstimmig, nein, nicht einstimmig angenommen worden, weil wir einige Gegenstimmen haben. Habe ich das richtig zusammengefasst? – Ja, fast so.

(Heiterkeit)

Also, die breite Mehrheit hat den Antrag angenommen. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11903 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 16/13049 angenommen**. Ich bedanke mich für diese Abstimmung und für die Beratung des Themas.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ich rufe auf:

3 Doppelbelastung für Bürger und Industrie in Nordrhein-Westfalen verhindern – differenzierte Stromnetzentgelte auf der Übertragungsnetzebene erhalten

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13026 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache, und für die CDU-Fraktion hat zunächst Herr Kollege Hovenjürgen das Wort.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erleben seit Jahren stetig steigende Belastungen für die Verbraucher, die die Akzeptanz der Energiewende zunehmend aushöhlen. So berichten „FAZ“ und „Tageschau“ vor genau einer Woche, dass die EEG-Umlage zum 1. Januar 2017 um fast 15 % ansteigen soll. Die Mehrbelastung beträgt demnach rund 35 € für einen Drei-Personen-Haushalt.

Vor Kurzem hat der Übertragungsnetzbetreiber TenneT seine Preise um 80 % erhöht. „50Hertz“, der zweite von vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland, will seine Netzentgelte ab dem kommenden Jahr um 45 % erhöhen. Es muss also nicht verwundern, dass ausgerechnet diese beiden Übertragungsnetzbetreiber, die ihre hohe Kosten an die Verbraucher weitergeben, gemeinsam mit den von hohen Kosten betroffenen Bundesländern offenbar mit dem Wohlwollen des Bundeswirtschaftsministers nun nach bundesweit einheitlichen Netzentgelten rufen.

Der Geschäftsführer des besonders in NRW ansässigen Netzbetreibers Amprion, Hans-Jürgen Brick, brachte es auf den Punkt, als er dazu feststellte, dass dadurch rund 27 Millionen Kunden auch und besonders in NRW draufzahlen müssen. Das Zitat finden Sie in der „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. September 2016.

Laut einer Studie der Universität Dresden wäre mit jährlichen Mehrausgaben für Industrieunternehmen in Höhe von 180.000 € bis 265.000 € pro Jahr und 58 € bis 82 € für Privat- und Gewerbekunden zu rechnen. So würden bundesweit einheitliche Netzentgelte die große Zahl der Stromkunden und die mittelständische Wirtschaft in NRW, aber auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, besonders hart treffen.

Meine Damen und Herren, in der Vergangenheit hat Wirtschaftsminister Duin kritisiert, dass NRW Nettozahler bei der EEG-Umlage ist. Nun droht NRW auch noch, den Netzausbau anderer Bundesländer bezahlen zu müssen.

(Minister Johannes Remmel: Ja!)

Eine faire Lastenverteilung, Solidarität sind keine Einbahnstraße. Wenn die Wertschöpfung durch die Erträge der erneuerbaren Energien schon in diesen Ländern erfolgt, kann es nicht sein, dass Stromkunden in Nordrhein-Westfalen auch noch für den dort

notwendigen Ausbau der Stromnetze geradestehen sollen.

(Zuruf von Minister Johannes Remmel)

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, entweder allein oder gemeinsam mit den anderen negativ betroffenen Bundesländern in Berlin Front gegen die Pläne des einheitlichen Netzentgelts zu machen. Ich bitte ausdrücklich hier im Hause um Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hovenjürgen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Kollegen der CDU-Fraktion danken, dass wir den vorliegenden Antrag gemeinsam einbringen können. Der Kollege hat bereits viele wichtige Aspekte genannt. Daher möchte ich mich auf einige wenige Aspekte ergänzend konzentrieren.

Auch wenn die Bedeutung der Netzentgelte vielleicht nicht jedem bekannt ist, darf dies kein Grund sein, das Thema zu vernachlässigen, meine Damen und Herren. In den anstehenden Herbstferien werden die Übertragungsnetzbetreiber die Höhe der EEG-Umlage für das Jahr 2017 bekanntgeben. Der aktuelle Stand von 6,35 Cent pro Kilowattstunde wird dann voraussichtlich auf das Allzeitrekordhoch von rund 7 Cent steigen. Ich erinnere kurz daran, meine Damen und Herren: Vor fünf Jahren lag sie noch bei der Hälfte, bei 3,5 Cent.

Diese rasante Preissteigerung beim Strom wird in den nächsten Jahren weitergehen. Die Netzentgelte werden der neue Preistreiber sein. Denn der übertriebene Ausbau der erneuerbaren Energien führt einerseits zu Netzausbaukosten, die über die Netzentgelte umgelegt werden. Andererseits führt die massenhafte Einspeisung von erneuerbarem Strom, unabhängig davon, ob er gebraucht wird und das Netz ihn verträgt, zu enormen Zusatzkosten. Das Ausregeln der Netze hat allein im vergangenen Jahr Kosten von einer Milliarde € verursacht. In diesem Jahr werden es voraussichtlich zwei Milliarden € werden, und dies, obwohl diesen Ausgleichsmaßnahmen keinerlei Wertschöpfung gegenübersteht.

(Zuruf von Minister Johannes Remmel)

Wegen der erneuerbaren Energien wird volkswirtschaftliches Vermögen in Milliardenhöhe vernichtet. Möglich wird das alles durch die Subventionsschleuder Erneuerbare-Energien-Gesetz.

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Damit lässt sich Strom mit maximaler privater Rendite bei maximaler Belastung der Allgemeinheit produzieren, meine Damen und Herren. Das kann nicht richtig sein. Diese „Produce and Forget“-Mentalität ist schlecht für unser Land, schlecht für den Strommarkt und gehört abgestellt. Ich hoffe, dass wir in diesem Hohen Hause darüber auch Einigkeit haben. Die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums, die Netzentgelte bundesweit zu vereinheitlichen, würden allerdings genau dazu führen, dieses ruinöse System zu unser aller Lasten länger am Leben zu erhalten.

Wegen des von Bundesregierung und Landesregierung forcierten enormen Ausbaus der Nutzung der erneuerbaren Energien ist es richtig, dass es bei der regionalen Überwälzung der Netzentgelte bleibt. Die derzeit regional differenzierten Netzentgelte in Abhängigkeit von Ausbauzustand und -dichte des Netzes sowie angeschlossenen Stromverbrauchern spiegeln die Netzkosten wider. Sie stellen einen wichtigen Anreiz für eine systemdienliche und kosteneffiziente Allokation dar und müssen zukünftig weiter gestärkt werden.

Denn nur das, meine Damen und Herren, schafft wirklich Anreize, den Netzausbau stärker mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu verknüpfen, solange wir kein richtiges Strommarktgesetz in diesem Land haben. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege van den Berg das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja – es ist gesagt worden –, wir müssen bei der Energiewende die Kosten im Blick behalten. Deswegen ist eine EEG-Reform angepackt worden, die das alte Prinzip „Produce and forget“ der Vergangenheit angehören lassen will.

Es kann nicht sein, dass erneuerbare Energien 1 bis 1,5 Milliarden € an produziertem Strom erwirtschaften, aber letztlich mit 22 Milliarden € vergütet werden und Kapitalversprechen in einer Größenordnung von 480 Milliarden € für die Zukunft an Anleger getätigt werden. Vielmehr muss der Weg über Ausschreibungen und durch ein effizienteres und marktwirtschaftliches System erfolgen.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass wir dies auch bei den Netzen einfordern, meine Damen und Herren. Irgendetwas zu bestellen, aber am Ende nicht selbst bezahlen zu wollen, ist an dieser Stelle genauso falsch. Wir sagen deswegen klar, dass wir gegen einheitliche Netzentgelte sind.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Netzbetreiberunternehmen mit schlechten Kostenstrukturen wie TenneT und 50Hertz wollen jetzt ihre Nachteile schlicht und einfach der Allgemeinheit aufbürden. Die abenteuerliche Begründung dabei ist, die Lasten der Energiewende müssten in Deutschland gleichmäßig verteilt werden.

Ich persönlich finde das zynisch; denn genauso könnte man argumentieren, man müsse die Gewinne gleichmäßig über das Land verteilen. Das tun die Unternehmen natürlich mitnichten.

Wenn wir dies zulassen würden, würden wir am Ende den Wettbewerb im Energiemarkt völlig beerdigen und in eine Kolchosenwirtschaft, bei der Effizienz und Kosten überhaupt keine Rolle mehr spielen, abstürzen.

(Heiterkeit von Frank Sundermann [SPD])

Der effiziente Betrieb von Netzen muss weiterhin belohnt werden. Auch dürfen Unternehmen, die in den letzten Jahren deutlich mehr in ihre Netze investiert haben, nicht nachträglich bestraft werden. Das ist zum Beispiel bei Amprion der Fall. Sie haben investiert. Wir dürfen nicht denjenigen, die nicht investiert haben, im Nachhinein ihre Investitionen durch eine allgemeine Umlage abnehmen.

Diejenigen, die deutlich weniger investiert haben, rufen nach dem Staat. Über den elektronischen Bundesanzeiger kann mehr sehr effizient verfolgt werden, wer was geleistet hat. Amprion hat von 2009 bis 2015 rund doppelt so viel in sein Netz investiert wie TenneT und 50Hertz zusammen. Die Kunden von Amprion bei uns in Nordrhein-Westfalen bezahlen diese Investitionen längst über ihre Gebühren.

Die, die nicht investiert haben, wollen die Investitionskosten jetzt allen Stromkunden aufbürden. So funktioniert Marktwirtschaft nicht. Erneuerbare sind längst kein armes kleines Kind mehr, das nur gehätschelt und gepflegt werden muss. Sie sind zum größten Player im Energiemarkt aufgestiegen.

Die Kapitalinteressen, die dahinterstehen, nehmen gerne staatlich gesicherte Kapitalrenditen von 6 bis 8 % mit – auch, weil es sie sonst nirgendwo gibt. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass man hier nun versucht, die staatlich garantierten Gewinne einzustreichen, aber damit verbundene Kosten der Allgemeinheit noch weiter aufzubürden.

Zum unternehmerischen Handeln gehört es, dass man Gewinne machen darf und machen soll. Ich sage der CDU an dieser Stelle: Da ist Schwarz auch richtig und gut. Sie müssen schwarze Zahlen schreiben.

(Heiterkeit von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zum unternehmerischen Handeln gehört aber auch, dass man für die Kosten seines Tuns Verantwortung trägt, meine Damen und Herren. Effizienz muss belohnt werden. Ich sage deutlich: Nicht kostenbewusstes Verhalten muss auch bestraft werden.

Vor diesen Hintergründen stimmen wir inhaltlich folglich mit vielem von dem überein, was Sie gesagt haben. Wir müssen allen Versuchen entgegentreten, unter dem Deckmantel der Energiewende Kosten und fehlende Investitionen einzelner Wettbewerber jetzt auf die Allgemeinheit zu schieben.

Aber ich sage an dieser Stelle auch klar: Des Antrags Drucksache 16/13026 und einer spezifischen Aufforderung bedurfte es nicht,

(Dietmar Brockes [FDP]: Oh!)

da die Landesregierung längst in diesem Sinne tätig ist und wird. Wir stimmen daher gegen diese Drucksache. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Wir sind dafür, stimmen aber dagegen? Na so was! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Genau!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr van den Berg. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Brems.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An einer einzigen Stelle sind wir mit Ihnen einig.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nur an einer?)

Einheitliche Stromnetzentgelte, wie sie von Bundeswirtschaftsminister Gabriel geplant sind, gingen zu Lasten von NRW und zu Lasten unserer Industrie. Sie müssen deshalb verhindert werden.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübnér [SPD] – Zurufe von der CDU)

Aber, liebe CDU und liebe FDP, statt die Landesregierung zu etwas aufzufordern, was sie längst tut, sollten Sie aufhören, den Netzausbau ausschließlich den erneuerbaren Energien zuzuschreiben.

Ich richte einen kurzen Blick zurück. 1960 wurde das erste Atomkraftwerk in Gundremmingen gebaut. In den Jahrzehnten danach, von 1970 bis Anfang der 1990er-Jahre, gab es Verzehnfachung des AKW-Bestands von 2 GW auf 20 GW. Im gleichen Zeitraum wuchs das Stromnetz um 34.000 km, also um zwei Drittel an.

In den damaligen Jahrzehnten war der Netzausbau nicht ein einziges Mal Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Er wurde nicht den Atomkraftwerken zugerechnet; er wurde einfach gemacht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist es!)

Beim heutigen Ausbau, den wir gerade vor uns haben, geht es nicht wie damals um 34.000 km, sondern um 3.800 km.

Diese 3.800 km werden jetzt benutzt, um den Ausbau der erneuerbaren Energien infrage zu stellen. Genau das haben wir eben von Herrn Brockes gehört. Sie vermengen hier Sachen. Sie benutzen das einfach und sagen dann beispielsweise: Die erneuerbaren Energien bringen keinerlei Nutzen.

Ehrlich gesagt: Allein in Nordrhein-Westfalen haben wir im letzten Jahr 8 Milliarden € Umsatz in diesem Bereich gehabt. Das ist nicht nichts, finde ich. Sie benutzen das. Das ist einfach nur schäbig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hovenjürgen?

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Ja. Natürlich, Herr Hovenjürgen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett von Ihnen. – Bitte, Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Liebe Frau Brems, ist es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass ich mich in meinem Redebeitrag gar nicht oder kaum auf die erneuerbaren Energien bezogen habe, dass aber der Kollege van den Berg, Ihr Koalitionspartner, dies ausdrücklich getan hat?

(Zurufe und Gegenrufe)

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sie können das auch gerne untereinander ausdiskutieren. Aber ich habe mich eben ganz bewusst darauf bezogen, weil die Dinge, die Herr Brockes hier eben genannt hat, wirklich aus früherer Zeit hängen geblieben waren. Auch Ihr Antrag suggeriert Sachen, die einfach so nicht umzusetzen sind.

(Dietmar Brockes [FDP]: Stimmen Sie doch über den Antrag ab!)

Zurück zum Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen: Statt die Landesregierung zu etwas aufzufordern, was sie längst tut, sollten Sie, liebe CDU, lieber einmal vor Ihrer eigenen Haustür kehren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Kollege Seehofer hat sich wie ein trotziges Kleinkind vor dem Süßigkeitenregal an der Supermarktkasse auf den Boden geworfen und mit seiner

für ihn typischen Scharfmacherei und mit Stamm-tischpopulismus gegen Monstertrassen gewettert und mit der Abkopplung von Bayern gedroht.

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE])

Dann sind die Erziehungsberechtigten der GroKo in Berlin schwach geworden und haben diesem ewigen Gequengel nachgegeben.

Seehofers trotziger Aufstand hat drastische Folgen. Drei Jahre vorher hatten die grünen Länder bereits genau das beantragt, was zunächst abgelehnt wurde, und zwar, dass man ganz genau hinsehen sollte, wo man vielleicht Erdkabel verlegen kann und wo nicht. Diese drei Jahre Verzug bedeuten ganz drastische Folgen, nämlich höhere Netzentgelte. Man braucht teure Ausgleichsmaßnahmen gegen die Netzschwankungen, die es dann vor allen Dingen in Bayern geben wird und jetzt auch schon gibt. Das, was da kommt, ist quasi ein Seehofer-Säumnis-aufschlag.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD])

Das werden die Menschen und die Industrie in Bayern spüren.

Jetzt quengelt Seehofer wieder, weil er nämlich merkt, dass das alles teuer wird. Auch da scheint die GroKo wieder nachzugeben. Alle anderen, also wir, sollen dann diese Versäumnisse, die es bei einigen Netzbetreibern und der bayerischen Politik gibt, ausbaden.

Ich finde, das geht so nicht. Das ist eine ungeheuerliche Frechheit. Sie sollten dann der von Ihnen angeführten Bundesregierung Einhalt gebieten, statt die Landesregierung in die Pflicht zu nehmen, obwohl sie gar nicht in der Pflicht ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Schmalenbach.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Zuschauer! Liebe Kollegen! Vorweg: Wir werden uns bei der Abstimmung über diesen Antrag wohlwollend enthalten – und das trotz der Rede von Herrn Brockes.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zwar teilen wir die Intention, die Netzentgelte differenziert zu halten, aber eindeutig aus anderen Gründen. Während Sie einfach nur alles erhalten wollen, wollen wir eine komplette Neuordnung der Netzentgelte.

Warum wollen wir das? Nun, die aktuellen Netzentgelte sind nicht geeignet, die Energiewende angemessen zu befördern. Wir wollen eine Energiewende, bei der honoriert wird, wer die Netze entlastet. Diese Entlastung erfolgt aber nicht durch den Verbrauch, sondern vor allem auch durch die Anschlussleistungen; denn die Netze werden danach ausgelegt, welche Anschlussleistung an ihnen hängt.

Das bedeutet: Wer weniger Netzentgelt zahlen möchte, muss seine Anschlussleistung verringern.

Warum wollen wir das? Nach unserer Auffassung sind die geplanten großen HGÜ-Trassen komplett überflüssig, wenn wir endlich auf Eigenverbrauch setzen und diesen belohnen, wenn wir darauf setzen, Strom so wenig wie möglich zu transportieren, und wenn wir die Energiewende endlich komplett dezentral in einem vermaschten Netz denken.

Wie gestern schon erwähnt, wollen wir hin zu einem solidarischen Netz. Wir wollen hin zu einem Netz, das größtmöglich darauf verzichtet, verlustbehaftet Strom zu transportieren. Dementsprechend sind wir zwar absolut gegen bundeseinheitliche Netzentgelte, aber eben auch nicht für den Erhalt der aktuellen Entgelte.

Nur eine dezentrale Energiewende führt zur Wertschöpfung vor Ort. Nur eine dezentrale Energiewende reduziert den Ausbau unserer Netze, statt ihn weiter voranzutreiben. Nur eine dezentrale Energiewende ist eine echte Energiewende. Alles andere ist der absichtliche Erhalt aktueller unnötiger Strukturen zugunsten der Industrie.

(Beifall von den PIRATEN)

Nur eine dezentrale Energiewende ist ein solidarisches Projekt, das von allen mitgetragen wird. Lassen Sie uns dem endlich Rechnung tragen und alte Denkmuster entsorgen.

Herr Brockes, es war heute wieder schwere Kost von Ihnen. Ich bin beim Mitschreiben tatsächlich nicht mitgekommen. Da war so viel Unfug drin, dass ich das nicht geschafft habe.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich behaupte: Ein Faktor, der die Kosten treibt, ist nicht die Energiewende selbst, sondern der ineffiziente Angang der Energiewende. Dieser Kostenfaktor hängt auch mit den Netzen zusammen. Die Netze werden momentan mit großen Übertragungswegen geplant. Aber das alles halten wir für überflüssig, weil die Netze dezentral und vermascht organisiert werden sollten.

Beim Kollegen der SPD verstehe ich Folgendes nicht: Es gibt ja klare Bekenntnisse von Gabriel zu Offshore. Offshore brauchen wir aber nicht. Wir be-

nötigen keinen Offshore-Ausbau, bei dem die Kilowattstunde teurer ist. Wir benötigen keine Netze ins Wasser, die dort überhaupt nicht hingehören. Wir brauchen die Energie da, wo sie verbraucht wird, und sonst nirgendwo.

Wenn ich hier stehe, kommen mir immer komische Dinge entgegen. Der Minister sagte gestern, man müsse eine Idee davon haben, wie es morgen aussieht.

Ja, die Idee, die wir davon haben, gibt es. Sie ist allumfassend. Anscheinend unterscheidet sie sich wirklich von dem, was hier sonst im Haus gedacht wird. Wir denken tatsächlich nicht an ein Netz mit einer großen Sterntypologie und großen Übertragungswegen. Wir denken tatsächlich an ein vermaschtes Netzwerk, bei dem die Stromleitungen im Allgemeinen sehr kurz gehalten sind, sodass die Netzkosten am Ende sinken werden, weil wir diese großen Übertragungstrassen eben nicht brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schmalenbach. – Nun spricht in Vertretung für Herrn Minister Duin Herr Minister Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Thema, dass die Fraktion der CDU mit ihrem Antrag anspricht, ist ja nicht neu – Sie haben das hier eben schon mehrfach gehört –, sondern taucht bereits seit Jahren in den energiepolitischen Diskussionen immer wieder auf.

Ich freue mich aber ganz besonders darüber, dass nun auch die CDU darauf aufmerksam geworden ist. Dies mag daran liegen – das ist ja auch angesprochen worden –, dass TenneT vor wenigen Tagen angekündigt hat, seine Netzentgelte im nächsten Jahr um 80 % anheben zu wollen. Aber das kann ich nur vermuten.

Noch mehr freut es mich, dass sich die CDU-Fraktion, Herr Hovenjürgen, zu der Forderung nach bundeseinheitlichen Netzentgelten im gleichen Sinne positioniert, wie es die Landesregierung und der zuständige Minister Duin in den erwähnten Diskussionen schon sehr lange tun. Insofern ist die mit dem Antrag verbundene Forderung überflüssig, weil das durch tägliches Handeln schon im Fluss ist.

Die vier Übertragungsnetzbetreiber erheben in ihren Regelzonen Netzentgelte in unterschiedlicher Höhe. Amprion, in deren Regelzone Nordrhein-Westfalen fast vollständig liegt, hat die günstigsten Netzentgelte. In den Regelzonen von TenneT und 50Hertz liegen sie für einen durchschnittlichen Industriekunden um etwa das Doppelte höher.

Das liegt an den unterschiedlichen Kostenstrukturen der Unternehmen, die durch die Anreizregulierung zum möglichst effizienten Betrieb ihrer Netze angehalten werden. Es liegt aber auch an der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Netzinfrastrukturen, die durch zunehmende volatile Einspeisungen immer mehr beansprucht werden. Dies erfordert zunehmend mehr Eingriffe aus Gründen der Netzstabilität, sogenannte Redispatch-Maßnahmen, deren Kosten im Jahr 2015 auf rund 1 Milliarde € bundesweit gestiegen sind. Etwa 70 % dieser Kosten sind in der TenneT-Regelzone angefallen.

Hierzulande, also in der Amprion-Regelzone, sind Redispatch-Maßnahmen im wesentlich geringeren Maße notwendig; denn Amprion hat in den Jahren 2009 bis 2015 kumuliert fast 2,4 Milliarden € in sein Übertragungsnetz investiert, während es bei TenneT und 50Hertz mit rund 1,2 Milliarden € etwa die Hälfte war.

Diese Investitionen werden schon heute über die Amprion-Netzentgelte refinanziert. Das heißt, die Netzkunden in der Amprion-Regelzone zahlen schon jetzt für den Netzausbau der letzten Jahre.

Käme es zu einer Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte, beispielweise ab 2017, würden die Netzkunden in der Amprion-Regelzone anschließend noch einmal für den Netzausbau in den anderen Regelzonen bezahlen, obwohl die dortigen Netzkunden nichts zum Netzausbau in der Amprion-Regelzone beigetragen haben. Dies zeigt schon, dass eine Vereinheitlichung der Netzentgelte weder verursachungsgerecht noch überhaupt gerecht wäre.

Es kommt hinzu, dass mit vereinheitlichten Netzentgelten jeglicher Anreiz zum effizienten Netzbetrieb für die Betreiber entfielen; denn jegliche Kosten würden unter ihnen so lange umgelegt, bis das Netzentgelt überall gleich wäre. Kostenbewusstes Verhalten würde nicht mehr belohnt. Es darf angenommen werden, dass in wenigen Jahren das dann einheitliche Netzentgelt deutlich oberhalb des heutigen Mittelwertes liegen würde.

Zu Recht weist der Antrag darauf hin, dass die Regionen, die jetzt eine Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte fordern, schon von der EEG-Umlage profitieren; denn dünn besiedelte ländliche Gebiete eignen sich besser für den Bau von Windkraft- und Fotovoltaikanlagen als Städte. Die EEG-Umlage-Bilanz für Nordrhein-Westfalen ist deshalb negativ. Das heißt, die Stromkunden hierzulande bringen mehr EEG-Umlage für andere Länder auf, als EEG-Anlagen hier an Umlage erhalten.

Nicht vergessen sollten wir auch, dass Errichtung und Betrieb von EEG-Anlagen regionale und lokale Wertschöpfung erzeugen, die ohnehin vor Ort bleibt. Werden die Übertragungsnetzentgelte vereinheitlicht, käme ein weiterer Umverteilungsmechanismus hinzu, der zulasten Nordrhein-Westfalens ginge.

Aus diesem Grunde sagt die Landesregierung schon bisher bei jeder Gelegenheit klar und deutlich, dass sie eine Vereinheitlichung der Netzentgelte auf der Übertragungsebene für verfehlt hält.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber was tun Sie?)

Sie wird das auch weiter tun und geht davon aus, dass auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Herr Hovenjürgen, Ihre politischen Kontakte in Berlin entsprechend nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schmeltzer. – Wir kommen zur Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise vor der Abstimmung darauf hin, dass **fünf Abgeordnete** der CDU-Fraktion **gemäß § 47 Abs. 2** unserer **Geschäftsordnung** eine kurze **schriftliche Begründung zu ihrer Abstimmung** dem Sitzungsvorstand übergeben haben. Diese wird in das Plenarprotokoll aufgenommen. (siehe Anlage)

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/13026 – Neudruck.

Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die CDU-Fraktion mit Ausnahme der fünf Abgeordneten – das werden wir gleich sehen – und die FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD und Grüne stimmen gegen diesen Antrag. – Jetzt habe ich gar nicht nach rechts hingesehen. Daher frage ich noch einmal: Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das wird ja richtig spannend. Dann frage ich: Wer enthält sich? – Jetzt gehen die Hände hoch. Es enthalten sich die Piratenfraktion sowie die fünf Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Das ändert aber nichts am Ergebnis. Bei Gegenstimmen von SPD und Grünen, Enthaltung der eben Genannten und Zustimmung der restlichen CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ist der **Antrag Drucksache 16/13026 – Neudruck** – gleichwohl **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Informatische Allgemeinbildung gewährleisten – Pflichtfach Informatik an allen Schulformen einführen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10784

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule
und Weiterbildung
Drucksache 16/12866

Dieser Antrag wurde gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung mit der Maßgabe überwiesen, dass eine Absprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht liegen nunmehr vor.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Spanier-Oppermann das Wort.

Ina Spanier-Oppermann (SPD): Ich bedanke mich. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! „Pflichtfach Informatik an allen Schulformen einführen“ – das fordert die Fraktion der Piraten in ihrem Antrag. Wir haben bereits im Ausschuss und im Zuge der Anhörung ausführlich darüber gesprochen und sind beide Male zu dem Schluss gekommen, dass der Antrag leider etwas zu kurz greift und wir ihn daher ablehnen werden.

Ich stimme zu, dass die Lebens- und Arbeitswelt immer mehr von Informationstechnologie geprägt ist; das ist ja auch kein Geheimnis. Das heißt aber noch lange nicht, dass jetzt jede Schülerin, jeder Schüler oder sogar jedes Grundschulkind Programmierkurse verpflichtend besuchen müsste.

Vielleicht war meine Formulierung etwas überspitzt; aber wir haben bereits in der Anhörung erlebt, dass die genaue Definition des Fachs Informatik schwierig ist. Vielmehr wurde deutlich, dass Informatik mittlerweile ein Teilbereich der meisten Lebenswelten ist.

Das von der KMK vorgeschlagene Modell „Kompetenzen in der digitalen Welt“ halte ich für richtig. Informatik ist eben ein gesamtgesellschaftlicher Teilaspekt. Dieser Bereich darf nicht von anderen wichtigen Bereichen abgekoppelt werden. Dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit nicht nur die Aufgabe von Eltern und Schule ist, Jugendliche an die Grundlagen der Informatik heranzuführen, ist insoweit klar.

In der Anhörung wurde auch deutlich, dass diejenigen, die ein Pflichtfach Informatik fordern, nicht darlegen, auf Kosten welcher anderen Fächer dies geschehen soll. Ziel unserer Schulpolitik ist es, langfristig zentrale Kompetenzen aller Schülerinnen und Schüler an allen Schulformen zu stärken. Daher ist der Ansatz der fächerübergreifenden verbindlichen Medienkompetenz hin zur erweiterten informatischen Kompetenz aus unserer Sicht genau der richtige.

Aus diesem Grunde passt es auch, wenn ich noch einmal aus unserem Leitbild 2020 für Bildung in Zeiten der Digitalisierung zitiere; denn daran wird das sehr schön deutlich:

„Im Unterricht aller Bildungsgänge, Schulstufen und Fächer sollen digitale Aspekte fachlicher Kompetenzen aufgegriffen und dazu in allen künftigen Bildungs- und Lehrplänen verankert werden.“

Statt den Ansatz eines Pflichtfachs Informatik zu verfolgen, sollten wir unser Augenmerk lieber darauf legen, digitale Kompetenzen nicht von den jeweiligen Fachkompetenzen zu trennen, sondern sie eben als integralen Bestandteil zu begreifen und zu fördern, um eine bestmögliche Kontextualisierung zu ermöglichen. Auch informatische Grundkenntnisse sollen auf diese Weise in den bestehenden Fachunterricht integriert werden. Der Kompetenzrahmen des bereits erfolgreich entwickelten Medienpasses NRW dient hierbei als Orientierungsrahmen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Sicherlich könnte man auch etwas überspitzt sagen: Wir brauchen keine Kindergartenprogrammierer, sondern junge Menschen, die mit Interesse und hoher Motivation die Welt der Informatik erkunden und erlernen.

Über das Wecken von Interesse und Neugier – auch das wurde in der Anhörung deutlich; aber das sehen wir ja auch in unserem Alltag – erreichen wir die Schülerinnen und Schüler viel besser als über die Auferlegung einer Pflicht. Zusammen mit einer kontinuierlichen Fortbildung und Sensibilisierung der Lehrkräfte ist dies für uns ein wichtiger Beitrag zum Eintritt in die digitale Welt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Spanier-Oppermann. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Frau Korte.

Kirstin Korte (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Informatikunterricht als Pflichtfach an unseren Schulen – das geht nicht von heute auf morgen per Mausclick.

(Zuruf von den PIRATEN: Ha, ha!)

Nach derzeitigem Stand der Dinge grenzt das eher an Utopie. Vielen Schulen fehlt schlicht die technische Ausstattung, vom Fachlehrermangel einmal ganz zu schweigen.

Zitat:

„Kinder werden heute früh mit PCs und Internet konfrontiert, es gibt schon für sechs Monate alte Babys Software.“

So die „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. Juni 2014.

Im Berufsleben findet man inzwischen kaum noch Branchen, die ohne Mitarbeiter mit Kenntnissen in den Informationstechnologien auskommen können –

egal ob in der Automobilindustrie, im Maschinenbau, in der Elektrotechnik, in der Logistik, im Handel, im Finanzbereich ohnehin; selbst in der Landwirtschaft finden sich heutzutage computergesteuerte Melkmaschinen. Und das ist bei Weitem nicht alles.

Es steht außer Frage, dass unsere Schülerinnen und Schüler auf die technischen Herausforderungen vorbereitet werden müssen. Im Lehrplan der Grundschule sind im Bereich „Zeit und Kultur“ der Schwerpunkt „Medien als Informationsmittel“ vorgesehen, ebenso die Mediennutzung. Hier wird schon einiges getan. An der Hauptschule gibt es das Fach Informatik, an der Realschule wird es als Wahlpflichtfach angeboten, und in der Sekundarstufe II an den Gymnasien und Gesamtschulen ohnehin.

Ich kann mir im Übrigen keine Vorschule vorstellen, die in ihrem Schulprogramm keine informatische Bildung festgeschrieben hätte. Wie sagte eine Grundschullehrerin an einer Brennpunktschule vor Kurzem? Wischen auf dem Tablet können sie alle, Stift und Schere halten dagegen nur wenige.

(Beifall von Ingola Schmitz [FDP])

Wieso, liebe Piratenfraktion, muss eine neue Verpflichtung her, deren Umsetzung den Schulen eine weitere Last aufbürden würde? Warum muss immer alles reglementiert und zur Pflicht gemacht werden? Wieso haben Sie nicht das Vertrauen in die Schulen, dass sie die Anforderungen unserer Zeit im Rahmen dessen, was personell und materiell möglich ist, maßvoll in den Unterricht einbauen?

In der Expertenanhörung am 1. Juni zu diesem Antrag haben wir von Frajo Ligmann vom Gymnasium Würselen gehört, dass dort mit einer sehr guten Ausstattung gearbeitet wird. Man hat ein verbindliches Mediencurriculum erstellt.

Andererseits gibt es Gymnasien, die gerne gleichziehen würden. Ich nenne einmal Gevelsberg. Das geht aber nicht, weil es keinen flächendeckenden und leistungsfähigen Internetzugang gibt, flächendeckendes WLAN ohnehin a. D. Ich erspare mit jetzt den Hinweis auf die „Gute Schule 2020“, der sicherlich von der Ministerin nachher noch einmal kommt. Da sage ich aus gemachten Erfahrungen: Das sind Ankündigungen. Schauen wir mal, was bei der Umsetzung dabei herauskommt.

Wir dagegen betrachten den Bereich informatische Bildung als Querschnittsaufgabe. In diesem Zusammenhang sehen wir die Notwendigkeit, die MINT-Anteile des Unterrichtes zu stärken, auch um deren Bedeutung zu unterstreichen. Einfach mal schnell einführen, lässt sich ein neues Fach nicht. Wir sollten endlich aufhören, immer mehr Inhalte mal eben in die Schulen zu drücken. Bevor wir über ein neues Pflichtfach reden, sollten wir uns lieber darum kümmern, bestehende Unterrichtsinhalte ohne Stundenausfall den Schülern anzubieten.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen insgesamt mehr Lehrer und dann auch noch mit den entsprechenden Qualifikationen. Wie sagt man so schön: Qualität vor Quantität. Grundvoraussetzung ist aus unserer Sicht mehr Mathematik, ergänzend dazu Informatik. Für uns steht nicht die Verpflichtung im Vordergrund, sondern die Qualität des entsprechenden Unterrichts.

Meine Damen und Herren Piraten, Ihre Forderung lehnen wir als CDU-Fraktion ab. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Korte. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schmitt-Promny.

Karin Schmitt-Promny (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Förderung der Medienkompetenz gehört zu den wichtigsten Bildungsaufgaben. Sie ist eine Schlüsselkompetenz.

Ich möchte kurz aufzeigen, was für uns zu einer informatorischen Allgemeinbildung gehört. Medienkunde, der Zugang zu digitalen Medien und deren Nutzung ist die Grundlage. Ein Instrument, diese schon ab der Grundschule zu etablieren, ist der Medienpass NRW. Digitale Medienkompetenz aber geht darüber hinaus. Schüler und Schülerinnen sollen in unserer Informationsgesellschaft technologisch-informatorische Grundkenntnisse und Fertigkeiten erwerben.

Die Verarbeitung von Daten, die zugrunde liegenden Codes und Algorithmen, die Vernetzung der Daten gehören zu einem theoretischen und praktischen Wissen, das es ermöglicht, an der digital geprägten Welt teilzuhaben. Dazu bedarf es der Verfügbarkeit von digitalen Geräten. Deshalb ist die weitere Ausstattung der Schulen mit WLAN und Geräten bleibende Aufgabe der Schulträger. Dem trägt übrigens auch – das haben wir heute gehört – das Programm „Gute Schule 2020“ Rechnung, indem Mittel dieses Programms für die digitale Infrastruktur der Schulen genutzt werden können.

Unabdingbar gehört die Thematisierung der gesellschaftlichen Entwicklung in eine digitalisierte Welt dazu, die Wahrnehmung der sozialen Effekte wie auch der kritische Blick auf diese Entwicklungen.

In einer Zeit, in der wir täglich Produzentinnen und Produzenten unserer medialen Botschaften sind, ist die Reflexion der Mediennutzung geboten. Medienpädagogik muss integraler Bestandteil sein. Ziel ist, dass Schülerinnen und Schüler in einer digitalisierten Welt als souveränes Ich handlungsfähig sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gilt, die umfassende Durchdringung unseres Lebens durch die digitale Entwicklung in Schule aufzuzeigen, zu vermitteln, erfahrbar zu machen. Dazu werden die Schulen perspektivisch ein Mediencurriculum für alle Fächer entwickeln.

Ich zitiere aus der schriftlichen Stellungnahme des Experten Frajo Ligmann. Er sagt:

„In diesem Mediencurriculum ist für alle Fächer verbindlich und detailliert festgelegt, welche Kompetenzerwartung zu welchem Zeitpunkt durch welches Fach gefördert werden muss.“

Für eine solche informatorische Allgemeinbildung müssen die Lehrerinnen und Lehrer gewonnen werden. Sie sind der Hebel für das Gelingen, diese in Unterricht und Schulen zu integrieren.

Wir müssen aber feststellen, dass es Lehrer und Lehrerinnen gibt, die sich mit dieser Anforderung ausgesprochen schwertun. Nun muss vielleicht nicht jede einzelne Lehrpersönlichkeit den Umgang mit digitalen Medien beherrschen, und nicht jeder Unterricht muss digitalisiert stattfinden. Die Weiterbildung ihres Lehrkörpers aber sollte Anliegen aller Schulen sind. Angebote dazu sind vorhanden, zum Beispiel über QUA-LiS oder der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen.

Für die zukünftige Lehrergeneration gehört das Thema „Digitalisierung“ zu weitgehend allen Lebens- und Arbeitsbereichen und die digitale Kompetenz der Schülerschaft zu einer Querschnittsaufgabe im Studium und in der zukünftigen Berufstätigkeit. Das neue Lehrerausbildungsgesetz trägt dem Rechnung.

Meine Damen und Herren, Bildung 4.0 ist für alle Kinder und Jugendlichen zu fordern, denn zur Chancengleichheit gehört heutzutage digitales Wissen und Handlungsfähigkeit dazu.

Wir sagen Ja zum Leitbild digitaler Kompetenz, jedoch nicht über ein Pflichtfach Informatik, sondern über einen ganzheitlichen Ansatz als Querschnittsaufgabe und in allen Fächern. Es geht um Unterrichtsentwicklung und Schulentwicklung. Hier liegt der Schlüssel.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitt-Promny. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundsätzlich ist aus Sicht der FDP der Vorstoß der Piraten für mehr Informatikunterricht in allen Schulformen und Schulstufen zu begrüßen.

Informatikunterricht beschäftigt sich mit den systematischen Grundlagen für Verständnis und Umgang,

wie es die Piraten zu Recht ansprechen. Und natürlich erschöpft sich ein Fach Informatik nicht alleine in technischen Aspekten, sondern es muss sich zum Beispiel auch in gesellschaftliche Wechselwirkungen entsprechend einbetten. Technische Grundlagen und gesellschaftliche Aspekte müssen in der Tat bereits frühzeitig qualitativ und letztlich aufwachsend behandelt werden.

Ich muss auch sagen, dass wir als FDP nicht den Eindruck gewonnen haben, zumindest bisher nicht, dass die rot-grüne Landesregierung sich auf diesem Feld besonders hervortut.

(Beifall von den PIRATEN)

Daran kann bis jetzt auch das Leitbild nichts ändern, das vielfach bestehende Maßnahmen einfach zusammenträgt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dennoch möchte ich aus unserer Sicht zumindest das zarte Pflänzchen des Modellversuchs Informatik an Grundschulen und seine Module lobend erwähnen. – Das vorab zur allgemeinen Situation.

Ich möchte jetzt wie meine Vorrednerinnen begründen, warum wir den Piratenantrag ablehnen werden. Die Piraten fordern, das angestrebte Konzept soll das Fach Informatik im Lernbereich Naturwissenschaften an allen Schulformen der Sekundarstufe I als verpflichtendes Unterrichtsfach beinhalten.

Liebe Piraten, liebe Monika Pieper, dann müsst ihr auch sagen, wo stattdessen andere Unterrichtsstunden gekürzt werden sollen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bei Biologie, Chemie, Physik oder bei allem ein bisschen?

(Zuruf: Wirtschaft!)

Fachintegriert wäre es in meinen Augen auch nur eine Mogelpackung. Ich erinnere daran, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu manch anderen Bundesländern bereits jetzt weniger MINT-Unterricht hat. NRW hat im Ländervergleich im MINT-Bereich in den vergangenen Jahren verheerend abgeschnitten. Nun auch noch rigoros die Naturwissenschaften zusammenzustreichen, sehen wir, wenn es so kommen sollte, wie die Piraten es möchten, sehr kritisch.

Zum Zweiten verweisen die Piraten auf fehlende Lehrkräfte und fachfremd erteilten Informatikunterricht. Auch wenn manches wünschenswert ist, dürfte eine zeitnahe verbindliche Einführung schlicht und ergreifend am Mangel an Fachkräften scheitern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch gerne an die Klemm-Studie erinnern, die Studie zum drohenden massiven Mangel an MINT-Lehrkräften. Herr Prof. Klemm hat für den Bereich Informatik im Zeit-

raum bis Mitte des nächsten Jahrzehnts eine Bedarfsdeckung von sage und schreibe nur 25 % prognostiziert.

All das müssen wir – das ist richtig – im Auge behalten. Das heißt, es besteht tatsächlich Handlungsbedarf, und deshalb komme ich zu meinem Eingangstatement zurück. Es ist richtig, dass wir versuchen, dieses Thema angestrengt voranzutreiben. Über das Ziel sind wir uns einig, über den Weg dorthin nicht. Deswegen werden wir den Piratenantrag ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Piratenfraktion erteile ich Frau Kollegin Pieper das Wort.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Deutlich wurde wohl heute noch mal, dass viele den Unterschied zwischen Medienkompetenz und Informatik noch nicht begriffen haben. Eines wird mit dem anderen vermischt.

Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass Frau Schmitt-Promny der Unterschied zwischen informatischer und informatorischer Grundbildung offensichtlich gar nicht geläufig ist, wenn sie von informatorischer Grundbildung spricht.

Das zeigt sich darin, dass Frau Korte zum einen sagt: „Es fehlen Fachlehrer; es gibt kaum noch Branchen, in denen informatische Grundkenntnisse keine Rolle spielen“, und gleichzeitig sagen wir aber: Wir brauchen das gar nicht im Unterricht.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das hat keiner gesagt!)

Ich frage Sie: Wer käme auf die Idee, Englisch oder Mathematik nur fächerübergreifend unterrichten zu wollen? – Ich verstehe wirklich nicht, wie man glauben kann, Informatik fächerübergreifend unterrichten zu können.

Wir sind uns alle einig, das geht bei der Medienkompetenz; das finde ich auch gut. Medienkompetenz wird Bestandteil des Unterrichts. Aber erklären Sie mir Folgendes: Sie sagen einerseits: „Wir haben nur 50 Lehrer im Jahr, die einen Abschluss als Informatiklehrer machen“ und andererseits argumentieren Sie: Dann können wir dieses Fach nicht einrichten.

Aber das liegt doch daran, dass es dieses Fach nicht verpflichtend gibt.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wäre das Fach Informatik verpflichtend, würden doch mehr Menschen Informatik studieren, und wir

bekämen Informatiklehrer. Das ist doch ein Teufelskreis. Solange gesagt wird: „Das Fach Informatik brauchen wir nicht verpflichtend“, gibt es keinen Grund, Informatik auf Lehramt zu studieren.

Wenn hier gesagt würde, es gäbe in allen Gymnasien, Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen Informatikunterricht, dann gucken Sie sich doch die Kleine Anfrage von uns noch mal an. Das ist doch einfach nicht wahr. Diesen Unterricht gibt es nicht.

Zu dem Argument, welches Fach wegfallen soll: Wenn Sie sagen: „Das, was wir an Informatik in den Unterricht bringen, ist das gleiche Paket wie ein Fach Informatik; wir verteilen es nur auf die Fächer“, dann erklären Sie mir bitte hier und heute, was in diesen Fächern an Unterricht wegfällt.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn hier so zu tun, als könne man das in diesem Halbjahr auch noch eben machen, ist einfach nicht möglich.

Ich habe heute den Rahmenplan Verbraucherbildung mitgebracht, um das klarzumachen.

(Die Rednerin hält ein Papier hoch.)

Verbraucherbildung machen wir auch fächerübergreifend in Hauswirtschaft, Technik, Wirtschaft, Erdkunde, Geschichte, Politik, Bio, Chemie, Philosophie, Deutsch, Mathe, Reli, Musik, Sport, Kunst und Musik. Super. Auch in diesen Fächern kommen die Kollegen schon jetzt nicht mit dem Stoff durch,

(Zuruf von den GRÜNEN)

und das wissen Sie. Und jetzt sollen diese Lehrer auch noch informatische Grundbildung in den Fächern machen.

Dann bilden wir die Lehrer fort. Sie wollen mir wirklich erzählen, Sie könnten all diese Lehrer bei einem Fortbildungsbudget von zwei Tagen im Jahr fitmachen, um informatische Grundkenntnisse in den Fächern zu vermitteln? Da haben Sie sich aber was vorgenommen!

(Beifall von den PIRATEN)

Auch die Darstellung, die Sachverständigen wären sich alle einig gewesen, trifft nicht zu. Wenn man sich die führenden Leute in diesem Gebiet anschaut, kommen wir immer wieder auf die Dagstuhl-Erklärung zurück, verfasst von Leuten, an deren Expertise man eigentlich keinen Zweifel haben kann. Darin steht ganz deutlich, dass wir einen eigenständigen Lernbereich Informatik brauchen – Informatik und bitte nicht Medienkompetenz. Daneben ist es Aufgabe aller Fächer, fachliche Bezüge zur digitalen Bildung zu integrieren. Lassen Sie uns das daher bitte feinsäuberlich trennen.

Ich muss dazu auch sagen: Da wird uns kein LOGINEO, kein Medienpass und kein ich weiß nicht

was helfen. Wir sind verantwortlich für die Zukunft unserer Schüler, und ich glaube, wer hier in zehn Jahren von der Schule kommt und keine informatische Grundbildung hat, wird es auf dem Arbeitsmarkt ziemlich schwer haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Löhrmann das Wort. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bildung ist der entscheidende Schlüssel, um die Chancen der Digitalisierung in allen Lebensbereichen umfassend zu nutzen und eine digitale Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern. Die Landesregierung – das ist in der Debatte heute Morgen, aber auch in vielen anderen Beratungen deutlich geworden – arbeitet systematisch an den verschiedenen Baustellen, die zu diesem Thema gehören.

Im Leitbild für das „Lernen im digitalen Wandel“, das die Landesregierung vorgelegt hat, werden drei Schlüsselqualifikationen für die digitale Welt identifiziert, die den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen zur Seite gestellt werden müssen.

Ich will noch einmal deutlich machen, weil Sie sich, Frau Pieper, so abwertend über dieses Konzept geäußert haben: Die Landesregierung hat das nicht am grünen Tisch geschrieben, sondern das wurde in einem breiten Kongress erörtert, diskutiert. Dann ist das ausgewertet und zusammengefügt worden. Wenn Sie sagen, das sei nicht vorberaten, werde nicht vorüberlegt, dann muss ich sagen: Sie werden damit einem starken Beteiligungsprozess nicht gerecht, auf den diese Landesregierung großen Wert legt.

(Beifall von der SPD)

Sie sagen, Sie wollten das mit Englisch vergleichen. Ich habe bewusst Lesen, Schreiben und Rechnen genannt. Kinder und Jugendliche lesen nicht nur im Deutschunterricht, sie lesen auch in andere Fächern.

(Monika Pieper [PIRATEN]: Sie haben aber trotzdem Deutsch!)

Sie schreiben aber auch in anderen Fächern, und sie müssen auch rechnerische Fähigkeiten, mathematische Fähigkeiten in anderen Fächern anwenden. Das macht doch die Querschnittsfunktion und die grundsätzlich andere Herangehensweise deutlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Erstens. Medienkompetenz.

Zweitens. Anwendungs-Know-how für einen verständigen und sicheren Umgang mit Informationstechnik. Wir sollten nicht vergessen, dass die jungen Menschen – Frau Schmitt-Promny hat das gesagt – zu starken Akteuren in der Nutzung und Anwendung der neuen Medien werden sollen – Subjekt statt Objekt.

Drittens. Informatische Grundkenntnisse für ein grundlegendes Verständnis von Algorithmen und deren Formulierung sowie für die Erstellung digitaler Angebote.

Diese digitalen Schlüsselkompetenzen umfassen also zentrale Ideen von Medienbildung und informatischer Bildung und gehen damit über die traditionelle Medienkompetenz hinaus. Da sind wir uns, glaube ich, eigentlich auch einig, dass das richtig ist.

Aus Sicht der Landesregierung und im Übrigen auch vieler anderer, sollte das nicht einem isolierten Lernbereich zugeordnet werden, sondern im Sinne einer Querschnittsqualifikation alle Unterrichtsfächer entlang der gesamten Bildungskette einbeziehen.

Hierüber besteht nicht nur in Nordrhein-Westfalen ein weitgehender Konsens, sondern auch länderübergreifend im Rahmen des KMK-Arbeitsprozesses zur Strategie „Bildung in der digitalen Welt“. Wie Sie wissen, war ich gestern auf der Kultusministerkonferenz in Bremen. Dort haben wir den Zwischenstand kurz erörtert, und wir sind zuversichtlich, dass wir als Kultusministerkonferenz im Dezember den Orientierungsrahmen für Deutschland insgesamt beschreiben können.

Eines wird dabei auch berücksichtigt werden: Wir müssen beachten, dass es sich um eine schrittweise Vorgehensweise handelt. Wir haben hier – ebenso wie bei anderen Entwicklungsprozessen – Schulen, die schon gut ausgestattet sind, und wir haben Schulen, die erst anfangen. Wir haben Schulen, an die neu qualifizierte Kolleginnen und Kollegen kommen, die natürlich weniger Fortbildung benötigen als diejenigen, an denen ältere Kolleginnen und Kollegen arbeiten, die dann eine gute Fortbildung bekommen.

Hören wir doch auf, gleichförmig so zu tun, als wären alle Schulen an der gleichen Stelle. Wir müssen differenziert damit umgehen. Wichtig ist doch, dass die Kolleginnen und Kollegen diese Bereitschaft haben und die Lehrerinnen und Lehrer gute Angebote bekommen. An anderer Stelle habe ich deutlich gemacht, dass wir hier unsere Angebote stark ausweiten, und das ist auch richtig.

Ebenfalls habe ich deutlich gemacht – und das möchte ich auch hier noch einmal erwähnen –, dass wir als erstes Bundesland das Lehrerausbildungsgesetz verabschiedet haben, das die Grundlage für eine entsprechende Reform bildet und eine verbindliche Schwerpunktsetzung im Bereich der Medienkompetenz vorsieht.

Abschließend möchte ich die Debatte um den Stellenwert des Fachs Informatik hier etwas geraderücken. Schon heute richten zwei von drei Schulen mit gymnasialer Oberstufe in der Sekundarstufe II Informatikkurse zur Vertiefung ein. 20 % aller Schülerinnen und Schüler der Einführungsphase haben im letzten Schuljahr ein solches Angebot genutzt. Eine Vielzahl von Schulen bietet Informatikkurse beispielsweise im Wahlpflichtbereich auch in der Sekundarstufe I an.

So zu tun, als fände das alles überhaupt nicht statt, mögen diese Zahlen widerlegen. Zudem weise ich auch mit einem gewissen Stolz darauf hin, dass wir mit dem Projekt „Informatik an Grundschulen“ deutschlandweit Vorreiter sind.

Meine Damen und Herren, all dies zeigt, dass die Nachfrage nach Informatik steigt. Als Pflichtfach halten wir es aber für ungeeignet, und zwar nicht nur, weil diese Stunden – und das haben andere erfreulicherweise auch deutlich gemacht – anderen Fächern weggenommen würden, sondern weil wir das Ziel, die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, als eine jedes Fach angehende Aufgabe ansehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt in Drucksache 16/12866, den Antrag Drucksache 16/10784 abzulehnen. Wir stimmen allerdings nicht über die Empfehlung des Ausschusses ab, sondern über den Antrag Drucksache 16/10784 selbst.

Deshalb darf ich fragen, wer dem Antrag der Piraten seine Zustimmung geben will. – Das ist die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Schwerd stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 16/10784** mit großer Mehrheit **abgelehnt** ist.

Ich rufe auf

5 Nordrhein-Westfalen in der digitalen Welt – „MegaStark“ oder eher schwach? Was hat die Landesregierung seit der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin am 29. Januar 2015 bisher erreicht?

Große Anfrage 20
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11308

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 16/12206

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13103

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Hafke das Wort. – Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jetzt anderthalb Jahre her, dass wir in diesem Parlament Zeuge eines Lernprozesses werden durften. Die Landesregierung, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft selbst, hatte verstanden, dass die Digitalisierung ein wichtiges Thema ist, in der damaligen Sprache von Hannelore Kraft: megawichtig. – Die Regierungserklärung, die dieser Erkenntnis folgte, war dann leider bereits megadürftig: eine Aneinanderreihung von Verwaltungshandeln und eine wenig inspirierende Ansammlung kleiner Maßnahmen. Von einer Idee, einer Vision, gar von einer konsistenten Digitalstrategie war nichts zu hören – leider bis heute nicht.

Wir wollen die Landesregierung nicht nur an einer Regierungserklärung messen. Wir sind schon bereit, in die Tiefe zu gehen. Wir wollen schauen, was von den ganzen angekündigten Maßnahmen trägt. Diesen Versuch kann man so zusammenfassen: 54 Fragen, keine überzeugende Antwort.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Finde ich schon!)

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage dokumentiert deutlich: In den anderthalb Jahren seit Entdeckung der Digitalisierung durch die Landesregierung ist kein wesentlicher Fortschritt erfolgt, sind keine kraftvollen Projekte angeschoben worden.

Die Versorgung mit Breitband ist um gerade mal 5 % auf 76 % verbessert worden. Bis 2018 hat die Landesregierung flächendeckende Versorgung versprochen.

Da staunt man dann schon etwas. Wer rechnen kann, sieht recht schnell, dass die Ausbaugeswindigkeit vervielfacht werden müsste, um das zu schaffen. Und dann hätten wir gerade mal das Notwendigste in Nordrhein-Westfalen, denn wir reden doch schon längst von Gigabitnetzen. In Nordrhein-Westfalen haben wir jedoch immer noch Gegenden, in denen schnelles Internet ein Traum ist. Das ist unwürdig, schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung und einfach eine Frechheit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall von der FDP)

Sie kündigen in einem weiteren Schritt einen digitalen Aufbruch an. Haben Sie, meine Damen und Herren, diesen digitalen Aufbruch mitbekommen? An mir ist er vorbeigegangen. Es finden geheime Sitzungen und intransparente Teilnehmerkreise statt, und es gibt keine Veröffentlichungen. Das Thema „digitales Leitbild“ wurde vor anderthalb Jahren in der Bildung angekündigt. Bis heute liegt zwar ein Bericht vor – der ist irgendwo mal reingeplätschert –, aber das ist tatsächlich etwas wenig, um von einem kraftvollen Auftritt zu reden.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Das war alles öffentlich!)

Ich könnte jetzt viele weitere Beispiele aufzählen, wo Ihre Antwort Ihre Tatenlosigkeit demonstriert. Ich möchte stattdessen über Lösungen sprechen. An dieser Stelle können wir Ihnen nämlich helfen. Wir legen im Hier und Heute zehn konkrete Punkte vor, an denen man mit einer Digitalisierungsstrategie anfangen kann. Das betrifft beispielsweise den Breitbandausbau. Wir wollen eine Glasfaser-first-Strategie und einen Glasfaserfonds. Es ist doch ein Witz, dass wir mit der Ertüchtigung veralteter Kupferkabel die Telekom pampern, wo wir – wie gesagt – schon über Gigabitnetze reden. Der Breitbandausbau gehört meines Erachtens auch als Staatsziel in die Landesverfassung.

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Ich will jetzt nicht alle Punkte auführen, sondern mir den herausgreifen, bei dem die Landesregierung am einfachsten handeln könnte, nämlich bei der Verwaltung. Es ist eine Farce, mit welchen Mitteln wir im heutigen Zeitalter noch unterwegs sind. Wenn Sie zum Beispiel als innovatives Unternehmen an einem Förderwettbewerb des Landes im Bereich „Speichertechnologien“ teilnehmen wollen, dann müssen Sie – und jetzt passen Sie auf – Projektskizzen mit einem formellen Mantelbogen in zweifacher Ausfertigung einreichen und ausdrucken und – jetzt kommt das innovative – eine Datenträger-CD beifügen. Mein PC hat nicht mal mehr ein CD-ROM-Laufwerk, das Lesen ist also teilweise gar nicht mehr möglich.

Oder wenn Sie den NRW.Kreativkredit beantragen wollen, dann brauchen sie 14 Seiten Antragsunterlagen ausgedruckt und unterschrieben, dazu Kopien von Steuerbescheid, Handelsregisterauszug, betriebswirtschaftlicher Auswertung, Jahresabschluss, Lebenslauf usw. Da kommt ein halber Baum an Papier zustande, bevor überhaupt irgendetwas passiert ist. Im Jahr 2016 kann das keine ernsthafte Lösung sein, wo man doch digital Konten eröffnen und andere Sachen auf den Weg bringen kann.

Meine Damen und Herren, die Regierung könnte vielleicht da anfangen, wo es am allereinfachsten ist, nämlich bei sich selbst und bei allem, was im Zuständigkeitsbereich der Ministerien liegt. Sie setzen sich

ein „ehrgeiziges“ Ziel, die Verwaltungsabläufe bis 2031 zu digitalisieren.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: 2025!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das iPhone gibt es jetzt seit acht Jahren, und Sie sprechen von so großen Zeiträumen, wobei Sie gar nicht wissen, wie die Welt bis dahin aussieht. Ich glaube ernsthaft, dass hier eine vernünftiger Zielsetzung besser wäre. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich, dass Sie in Ihren eigenen Häusern anfangen könnten, alles zu digitalisieren. Sie sollten Onlineportale statt Briefkästen, Scannen und Mailen statt Drucken und Schicken dort einführen. Die Vertreter auf den Regierungsbänken, die alles mit Papierstapeln vollstellen, könnten auch einfach mal digitaler Vorreiter werden. Zum Beispiel auch bei Hannelore Kraft sieht man die Papierstapel daneben.

(Norwich Rütze [GRÜNE]: Das kann ja noch jeder für sich entscheiden!)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Estland, wo es funktioniert. Ministerpräsidentin Kraft war ja dort auch zu Gast.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich würde mich freuen, wenn Sie eine entsprechende Tatkraft an den Tag legen, uns eine Strategie präsentieren und mit entsprechendem Tempo nach vorne gehen und nicht die Zeit bis zur Landtagswahl absitzen würden. – Vielen Dank und auf Wiederhören.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schneider das Wort.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher! Eigentlich sollte Valentino Rossi heute vor Ihnen stehen. Der italienische Motorradrennfahrer könnte Ihnen nämlich noch sehr viel besser als ich erklären, wie man am besten die Strecke vor sich in den Blick nimmt. Wer Erfolg haben will – und das hat der neunmalige Weltmeister zweifelsohne –, fokussiert nicht die Spitze seiner Füße so wie Sie, um den nächsten Schritt zu machen, oder, um im Bild zu bleiben: Er schaut nicht auf die paar Meter Asphalt vor sich.

Im Gegenteil: Er nimmt den Kopf nach oben und schaut auf den Ausgang der Kurve. Unserem peripheren Sehvermögen ist es nämlich zu verdanken, dass wir das Drumherum trotzdem wahrnehmen. Fokussiert sind wir aber besser auf den Punkt, zu dem wir wollen.

Ich erzähle Ihnen das so ausführlich, weil schon der Titel der Großen Anfrage, die wir gerade behandeln, erahnen lässt, wohin die FDP will. Ich zitiere: „Nordrhein-Westfalen in der digitalen Welt – ‚MegaStark‘ oder eher schwach?“. Das fragen Sie. Ich behaupte mal, dass es keiner der nun vorliegenden 54 Antworten bedurft hätte, damit Sie Ihr Urteil fällen oder einen Entschließungsantrag formulieren, so wie Sie das getan haben.

(Marcel Hafke [FDP]: Sie hätten uns ja überzeugen können!)

Die Reden der Opposition waren im Geiste schon geschrieben, bevor sich die Landesregierung um diese detaillierte Auflistung bemüht hat, die uns jetzt vorliegt und für die ich mich im Namen der SPD-Fraktion herzlich bedanken möchte.

Aus diesem Grunde möchte ich auch nicht bei einem Plenartheater mitmachen, bei dem die Rollen schon festgelegt sind: hier die Regierungskoalition, die alles über den Klee gelobt, und dort die Opposition, die alles so furchtbar den Bach runtergehen sieht – wir haben es gerade gehört. Insgeheim wissen wir ja, dass die Wahrheit meist irgendwo dazwischen liegt.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ach!)

Ich möchte die mir nun verbleibenden rund vier Minuten – das habe ich im Manuskript stehen, drei sind es tatsächlich – nutzen, um die digitale Zukunft in den Blick zu nehmen.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Ich möchte, im Gegensatz zu Ihnen, den Kopf heben, um nach vorne zu schauen, dabei die direkte Umgebung dennoch im Blick behaltend.

(Christof Rasche [FDP]: Vor allem im Sauerland!)

Zwei Dinge möchte ich nennen, zunächst zum Stichwort „Breitband-Internet“.

Als Land tun wir unser Bestes, um den Ausbau durch Beratung und Förderung zu beschleunigen. Eine halbe Milliarde Euro stehen dafür bis 2018 zur Verfügung. Nur hilft das alles nichts, wenn nicht auch die Bürgerinnen und Bürger die Bedeutung breitbandiger Internetanschlüsse erkennen.

Jetzt erzähle ich Ihnen mal ein Beispiel aus meinem Wahlkreis. Ich weiß, dass sie Wahlkreise nicht so gut kennen wie wir von der SPD.

(Zurufe von der CDU)

In meinem Wahlkreis liegt die Stadt Xanten. In Xanten liegt die Quote

(Zurufe von der CDU)

– hören Sie zu, dann lernen Sie was! – für den Internetanschluss

(Zurufe von der CDU)

– Sie können ja nichts hören, wenn Sie dazwischenreden! – bei gerade mal 2,4 %, wenn wir über die Internetanschlüsse mit 50 Mbit/s und mehr reden. 2,4 % – auch das sieht man in der Anlage der Großen Anfrage, die uns vorliegt.

Kein Wunder also, dass es einen Anbieter gibt, der das erkannt hat und seit Monaten trommelt, um die netzschwachen Gebiete Xantens für Internet in Lichtgeschwindigkeit zu bewerben. Eigentlich müssten die Bürgerinnen und Bürger dieser Firma ja die Türen einrennen. Das machen sie jedoch nicht; denn aktuell liegt das Interesse der Bürgerinnen und Bürger bei 7 %.

(Lachen von Marcel Hafke [FDP])

Die Förderangebote, die Sie immer fordern – noch und nöcher, Milliarden um Milliarden –, und auch Ihre Sonntagsreden zur Bedeutung von schnellem Internet werden nicht reichen, wenn nicht auch der Endnutzer erkennt, dass seine Immobilie künftig ohne Breitband nicht mehr vermietbar, geschweige denn verkäuflich ist.

Dieses Verständnis müssen wir bei vielen, so glaube ich, erst noch wecken. Wenn dies nicht gelingt, können Sie noch so viele Milliarden für die Förderung bereitstellen – den Ausbau werden wir dennoch nicht schaffen.

Das wiederum führt mich zum zweiten Punkt. Die Digitalisierung unserer Welt muss bereits in der Kita und in der Schule so thematisiert werden, wie es ihrer Bedeutung in unserem täglichen Leben entspricht. Da ist zum einen die Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit der notwendigen Hardware. Das Thema „Gute Schule 2020“ hatten wir gerade – 2 Milliarden € stehen für die Digitalisierung der Schulen bereit, und das ist gut so.

Für diese Summe werden wir keine Laptops für alle anschaffen können; die brauchen wir jedoch auch gar nicht. Das „Learning Lab“ der Universität Duisburg-Essen beweist vielmehr gerade, dass es vor allem Breitband und WLAN an Schulen braucht, um mit den privaten Smartphones und Tablets der Schülerinnen und Schüler digital zu arbeiten. Das Stichwort hierfür lautet „Bring Your Own Device“. Ein dauerhaftes Wettrüsten der aktuellsten Hardware kann nämlich kein Schulträger auf Dauer gewinnen.

Inhaltlich sind aber wiederum die Lehrerinnen und Lehrer gefordert, denn mit der neuen Hardware alleine verändert sich nicht der Unterricht. Hierfür gibt es bereits tolle Beispiele – etwa LOGINEO NRW als Plattform. Dort werden Unterrichtsinhalte eingestellt, abgerufen, mit Zensuren versehen und auch kommentiert. Es wird kollaborativ gearbeitet und recherchiert, und das alles ist Alltag in Nordrhein-Westfalen, wie Sie auch aus der Antwort der Großen Anfrage 20 erkennen können.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Lassen Sie uns weiter mutig Vollgas geben und dabei nur von Zeit zu Zeit in den Rückspiegel schauen. Wir müssen die Hindernisse und Realitäten sehen, um nicht mit Tempo 200 vor die Wand zu fahren.

Die vorliegende Große Anfrage zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ihr eiligst zusammengeschusterter Entschließungsantrag ist nicht sehr viel mehr – es tut mir leid – als eine Seifenkiste, die Sie ins Rennen schicken wollen. Wir lehnen ihn deshalb ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, eine erholsame Herbstpause und selbstverständlich ein herzliches Glückauf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. – Für die CDU-Fraktion erlaube ich Herrn Kollegen Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Schneider, wenn man hier ganze fünf Minuten am Stück lebhaft vom Blatt abliest, inklusive der verbleibenden Restredezeit, dann sollte man sich mit Spitzen gegen die Kollegen von kleineren Fraktionen ein bisschen zusammenreißen.

Das mit den Wahlkreisen entscheidet immer noch der Wähler; in acht Monaten auch wieder in Ihrem.

(Beifall von der CDU)

In der Regel kommt es in meinem Wahlkreis jedenfalls nicht so gut an, wenn man auf diese Weise miteinander umgeht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Jetzt kommt wieder eine emotionale Rede! Da freue ich mich drauf!)

Zur Sache. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Rede auf dem Landesparteitag der SPD folgenden Satz gesagt. Ich zitiere – mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Weil wir Innovationen brauchen, haben wir eine Digitalstrategie vorgelegt. Die anderen folgen uns jetzt langsam Schritt für Schritt. Wir als Land sind vorangegangen in Nordrhein-Westfalen.“

Ähnliches hat Herr Duin in der gestrigen Unterrichtsrede zum Landeswirtschaftsbericht ausgeführt:

„Als erstes Land haben wir eine Strategie zur Stärkung der digitalen Wirtschaft vorgelegt, die wir konsequent weiterverfolgen.“

Bei diesen großen Tönen müssen Sie aufpassen, dass nicht irgendwann jemand kommt und Ihnen Walter Ulbrichts Worte „Überholen, ohne einzuholen“ unter die Nase reibt, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Digitale Agenda der Bundesregierung ist aus dem Jahre 2014. Die Regierungserklärung von Herrn Kretschmann in Baden-Württemberg stammt aus dem Oktober 2014. Ob Sie jetzt wie Herr Rossi auf dem Motorrad oder wie Herr Kretschmann in einer Limousine fahren – Sie sind jedenfalls immer schneller als diese Landesregierung, die sich hier besonderer Geschwindigkeit rühmt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das war der erste Punkt zum Thema „Geschwindigkeit“.

Der zweite Punkt betrifft das Thema „erkennbare Strategie“. Jetzt machen wir mit den großen Ankündigungen weiter – die funktionieren bei Ihnen immer gut. Die DWNRW-Hubs bekommen 500.000 €, bis zur Verdreifachung ist möglich über die Zeit. Das ist dann der große Paradigmenwechsel, der bevorstehende große Strukturwandel der Weltwirtschaft. Das ist dann das Engagement, mit dem Sie hier die Zukunftsfähigkeit Ihrer doch reichlich zähen Regierungsarbeit unter Beweis stellen wollen.

Ich kann es nur vorsichtig ausdrücken: Das ist keine ausreichende Finanzierung. Es fehlt an Tempo, und deshalb fehlt es auch an Erfolgen. Darüber hinaus fehlt es in Ihrer Politik auch – um wirklich innovativ zu sein – an den notwendigen Ideen für den digitalen Wandel. Wir haben Vorschläge zum Thema „Lernfabrik 4.0“ und zu einer Strategie für die LTE-Versorgung gemacht.

Um es etwas breiter auszurollen: Zum Breitbandausbau haben wir hier Dutzende Debatten geführt, auch zu den „Innovationszentren Mittelstand“. Das alles haben Sie abgelehnt. Wenn man es ablehnt, muss man jedoch etwas Besseres anbieten können. Das kann ich aber selbst in Ihren 54 Antworten nicht erkennen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann komme ich zum Thema „Finanzierung“. Sie listen im Vorwort der Großen Anfrage die Finanzierung noch einmal in Summe auf: 500 Millionen € für das Breitband, 42 Millionen € für die digitale Wirtschaft und 70 Millionen € für HochschulStart-up.NRW, 4,7 Millionen € für CPS.HUB, 320 Millionen € für EFRE-Mittel und 900.000 € für „it's OWL“.

Mit Blick auf die Zeit greife ich mal nur die beiden größten Posten heraus: die 500 Millionen € für den Breitbandausbau und die 320 Millionen € EFRE-Mittel. Das ist genau das Thema, das ich Ihnen gelegentlich vorhalten muss, dieses aufgeblasene Spiel mit den großen Zahlen, um die Medien zu beeindrucken, das Haus oder wen auch immer.

Bei den 500 Millionen € für Breitband unterstellen Sie 350 Millionen € an Kofinanzierung für Bundesmittel. Das ist die Analogie zum Königsteiner Schlüssel; das

haben wir hier schon mehrfach besprochen. Aktuell haben Sie 44 Millionen € dafür gebraucht. Die 500 Millionen € sind eine reine Luftbuchung, die natürlich in der Aufsummierung mit anderen Buchungen einen guten Eindruck macht. Aber das ist größte Kuchenstück. Mehr als die Hälfte Ihrer 940-Millionen-Strategie ist eine Luftbuchung.

320 Millionen € für EFRE, das ist nicht deutlich seriöser, wenn man sich anschaut, um was es bei EFRE geht. Da geht es um die Leitmärkte, um Medien und Kreativwirtschaft, Energie und Umwelt, neue Werkstoffe, Gesundheit, Maschinen-/Anlagenbau, Produktionstechnik, Mobilität und Logistik, Life Sciences und IKT. Da ist bestimmt überall auch Digitalisierung drin. Wo ist nicht Digitalisierung drin? Aber dann zu behaupten, 320 Millionen € würden ausgerollt, um die Wirtschaft fit zu machen, und was da alles für große Worte kommen, ist schon etwas dick aufgetragen.

Dann noch einmal zum Thema „Tempo“. Die Landesregierung hat im Oktober 2015 beschlossen, 65 Millionen € aus der Digitalen Dividende II für die ländlichen Räume zu geben, und hat noch einmal 60 Millionen € GAK-Mittel dazugegeben. Das war im Oktober 2015.

Am 8. Juni 2016 – damit will ich enden – beantworten Sie eine Frage von uns mit den Worten:

„Die Landesregierung hat eine neue Förderrichtlinie für die Förderung des Ausbaus von NGA-Netzen im ländlichen Raum im Rahmen des NRW-Programms Ländlicher Raum 2014-2020 erarbeitet. Die Ressortabstimmung dieser neuen Förderrichtlinie ist abgeschlossen, ebenso wie der im Rahmen des NRW-Programms Ländlicher Raum ... notwendige Beteiligungs- und Abstimmungsprozess. Die Förderrichtlinie wird in Kürze veröffentlicht.“

Also, dieser digitale Wandel hier braucht keine Zeit, sondern der braucht Tempo. Daran fehlt es ebenso wie an den Mitteln und an der Strategie. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Wüst, möglicherweise habe ich Ihren letzten Punkt nicht ganz verstanden. Aber die Förderrichtlinie zum Breitbandausbau im ländlichen Raum ist längst veröffentlicht. Möglicherweise ging es Ihnen da so ähnlich wie dem Kollege Hafke, der sich gerade hier hingestellt und illustriert hat, dass er „megatief“ geschlafen hat; denn, lieber Kollege Hafke, das angekündigte Leitbild „Lernen im

digitalen Wandel“ gibt es. Das ist am 28.09. veröffentlicht worden. Ich finde es sehr interessant, was die Ministerin da hineingeschrieben hat. Ich bin ihr sehr dankbar dafür, weil das natürlich ein ganz wichtiges Zukunftsfeld und ein ganz wichtiges Feld für die digitale Bildungspolitik ist.

Wir sind das erste Land, das ein solches Leitbild „Lernen im digitalen Wandel“ erstellt hat. Dass Sie das jetzt einfach nicht wahrgenommen haben, wundert mich ein bisschen. Aber gut, wenn Sie sich so wenig mit der Sache beschäftigen wollen, dann ist das Ihre Sache.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich ein bisschen an eine Situation von vor drei Jahren erinnert gefühlt, als ich einmal eine Große Anfrage gestellt habe. Damals ging es um Verbraucherschutz im Netz. Da wurde mir dann von der FDP vorgeworfen, ich hätte diese Große Anfrage nur gestellt, damit Johannes Remmel seine – ich sage gerne, es waren zahlreiche – Erfolge für Verbraucherschutz im Netz hier darstellen konnte.

Jetzt habe ich mir die Antwort auf Ihre Große Anfrage durchgelesen und habe gedacht: Heute kann man nicht einmal mehr als Abgeordneter einer regierungstragenden Fraktion so etwas machen; denn die Opposition stellt ja schon Große Anfragen, bei denen 54 Fragen so formuliert werden, dass die Landesregierung ihre Erfolge darstellen kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Herr Hafke, Sie dürfen alles, was in diesem Haus parlamentarisch möglich ist, tun, auch Kleine Anfragen, Große Anfragen, wenn Sie mögen, sogar Entschließungsanträge stellen. Das haben Sie ja heute alles gemacht. Ich will Ihnen nicht in Ihre Arbeit als Oppositionsfraktion hineinreden. Sie werden ja bald noch fünf Jahre mehr haben, in denen Sie als Oppositionsfraktion weiterarbeiten können und sich die Bilanz der Landesregierung anschauen können.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben tatsächlich eine sehr gute Bilanz, die die Landesregierung in den Antworten auf Ihre Fragen herausgearbeitet hat.

Wir sind Spitze bei den Gründungen. Wir haben eine große Zahl an Konzepten zur Förderung der digitalen Wirtschaft. Wir haben die DWNRW-Strategie. Wir haben uns beim letzten Plenum darauf verständigt, dass wir unser Flaggschiff „it's OWL“ weiter fördern wollen. Wir fördern innovative Geschäftsmodelle, Stichwort: digitaler Einzelhandel. Dafür habe ich aus der Opposition nur Verachtung gehört. Alles das sind Punkte, bei denen wir uns gut aufstellen für die Digitalisierung, bei denen wir uns gut aufstellen für die Innovationen, die der digitale Wandel mit sich bringt.

Wir leisten massive Investitionen in Breitbandnetze. Wir haben eine NGA-Strategie bis 2025.

Wir haben eben nicht den Fehler gemacht, den Herr Rösler gemacht hat, als er noch Wirtschaftsminister war. Die FDP vergisst gerne mal, dass sie auch mal irgendwo in Verantwortung war. Wir haben nicht den Fehler gemacht, den Sie damals gemacht haben. Wir sagen nicht, wir warten einmal, bis der Markt das irgendwie alles regelt, sondern wir helfen sehr konkret vor Ort.

Wir unterstützen die Kommunen dabei, Fördermittel abzurufen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, die Verwaltung digital aufzustellen, und wir sorgen Stück für Stück für mehr Transparenz im Rahmen unserer Open-NRW-Strategie. Gerade heute kam die Pressemitteilung: Die Geobasisdaten in Nordrhein-Westfalen gibt es jetzt offen zugänglich für alle als Open Data. Das sind doch Erfolge, die wir in den letzten Jahren erzielt haben. Das sind Erfolge, die gut sind für die Digitalisierung in unserem Land.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich muss ganz offen zugeben, ich habe an einigen Stellen über den Entschließungsantrag der FDP nicht schlecht gestaunt. Er war ja zum einen nichts anderes als das Positionspapier, das Sie vor ein paar Wochen vorgelegt haben. Aber gut, wenn Sie sich die Arbeit nicht machen wollen, etwas anderes als copy and paste vorzulegen, dann ist das in Ordnung.

Aber ich habe auch inhaltlich nicht schlecht gestaunt. Dass die FDP sich jetzt als die große Truppe der Freifunkapologeten aufstellt, passt nicht ganz zu dem, wie Sie sich in den letzten Jahren bei diesem Thema positioniert haben.

Wir haben im letzten Jahr genau das beschlossen, was Sie heute in Ihren Entschließungsantrag hineinschreiben. Das hat Herr Nückel in Bausch und Bogen verdammt, als es einen gemeinsamen Antrag der regierungstragenden Fraktionen und der Piratenfraktion zur Freifunkförderung gab. Auch gestern hat Herr Nückel sich hier doch ziemlich interessant positioniert, indem er gesagt hat, man sollte die Störerhaftung nicht einfach so abschaffen. Das war auch nicht wirklich freifunkfreundlich.

Sie müssen sich jetzt einmal entscheiden, ob Sie eher die Nückel'sche Mottenkiste haben wollen oder lieber der Position von Herrn Hafke folgen wollen, der dann doch irgendwie Freifunk ganz gut findet. Das sind Punkte, an denen sich die Unterschiede sehr deutlich zeigen.

Die Unterschiede zeigen sich auch im Bereich Schulen, im Bereich Bildung. Es ist jetzt knapp drei Stunden her, da stand Herr Lindner an diesem Pult und hat gegen das Programm „Gute Schule 2020“ derart polemisiert, als wollten wir eine Giftmüllfabrik in seinem Vorgarten bauen.

Das ist der Unterschied. Wir legen ein Programm auf, um die Kommunen mit 2 Milliarden € zu unterstützen – gerade auch, damit sie ihre digitale Infrastruktur aufbauen, damit diese digitale Infrastruktur auf Vordermann gebracht wird. Wir fördern die richtigen Konzepte. Da sehen wir: Diese Regierung arbeitet gut bei der Gestaltung des digitalen Wandels, und wir werden sie in den nächsten Jahren sehr gern dabei unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Es ist inzwischen mehr als eineinhalb Jahre her, dass sich Ministerpräsidentin Kraft dazu entschlossen hat, die Digitalisierung zum Thema ihrer „MegaBits. MegaHerz. MegaStark“- supergeilen Regierungserklärung zu machen.

Daher war es natürlich auch ein legitimes Anliegen der Kollegen von der FDP-Fraktion, einmal nachzufragen, was aus den Absichtserklärungen der Landesregierung denn nun geworden ist.

Aus der Großen Anfrage der FDP-Fraktion lernen wir gleich im ersten Satz, dass es denkende Maschinen gibt, und weiter hinten steht, dass Talente digital sein können. Zumindest in Sachen sprachlicher Präzision ist die FDP-Fraktion mit ihrem Buzzword-Populismus krachend durch den Beta-Test gefallen.

Aber ähnlich lieblos wie die Landesregierung nach der Regierungserklärung von Frau Kraft im Januar 2015 agierte – von einem Erfolg kann man bei aller Sympathie kaum sprechen –, ist nun auch die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage heruntergeschrieben worden. Entlarvend ist dabei aber der Zugang zum Thema Digitalisierung durch die beteiligten Akteure, durch die Fragenden und durch die Antwortenden.

Für die Landesregierung antwortet das Wirtschaftsministerium. Die FDP-Fraktion stellt in ihrem Entschließungsantrag hauptsächlich die wirtschaftlichen Faktoren in den Vordergrund. Das Potenzial der digitalen Revolution steht aber auf sehr viel breiterem Fundament, als es hier verkürzt behandelt wird. Deswegen sehen wir diese Große Anfrage als vertane Chance.

Mir kommt in dieser Debatte viel zu kurz, welche Möglichkeiten in dem Verfügbarmachen von öffentlichen Daten liegen – also Open Data –, welche befreiende Wirkung der freie Zugang zu wissenschaftlicher Literatur entfalten kann – also Open Access –, wie sich Verwaltungshandeln in transparenter Weise öffnet und effektiver gestaltet wird – E-Government –

und welche Chancen in den onlinebasierten Partizipationsmöglichkeiten von Menschen liegen, die sich bis jetzt viel zu wenig in die politische Willensbildung eingebracht haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Mir kommt weiterhin das Recht auf informelle Selbstbestimmung zu kurz, das Recht auf Verschlüsselung. Denn nicht nur die Gier der privaten Datensammler, auch die geheimdienstliche Überwachung der Gesellschaft ist nach wie vor da und ungelöst.

Mir kommt zu kurz, wie die Landesregierung IT-Sicherheit für Privatpersonen, aber auch für Unternehmen und Behörden herstellen und sicherstellen will.

Was ist mit der digitalen Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land? Was passiert mit der zu erwartenden Automatisierungsrendite? Wie viel davon wird dem Gemeinwohl und den Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommen?

Zu all diesen spannenden Themen haben wir Piraten in den letzten vier Jahren Anträge vorgelegt. Dabei ging es uns nie um einen digitalen Hype. Nein, wir haben uns immer auch kritisch mit den Auswirkungen der Digitalisierung auseinandergesetzt und diese offen angesprochen.

Denn die digitale Revolution – gleichermaßen Chance und Gefahr – ist eine technologische historische Kraft, die eine positive befreiende Wirkung auf den einzelnen Menschen, auf die Gesellschaft als Ganzes ausüben kann, wenn wir sie richtig gestalten.

(Beifall von den PIRATEN)

Das heißt vor allem: Bewusst gestalten, mit klarem Kopf und nicht bewusstlos hineinstolpern in das Informationszeitalter so, wie wir damals in die Industrialisierung gestolpert sind. Wir wissen doch – neben den ohne Zweifel positiven Elementen –, welche gewaltigen sozialen Verwerfungen das damals ausgelöst hat.

Fakt ist, dass für das bewusste Gestalten Grundlagen gelegt werden müssen. Wir Piraten haben uns von Anfang an im Landtag im politischen Diskurs für ein flächendeckendes Glasfasernetz eingesetzt, damit alle davon profitieren können. Diese Notwendigkeit ist erfreulicherweise inzwischen in den Forderungen der FDP-Fraktion wie auch zumindest in den Absichtserklärungen der Regierung aufgenommen worden.

Ebenso fordern wir mehr Kraft für digitale Themen in den politischen Prozessen – Stichwort Digitalministerium und Ausschuss für Digitales.

Daher will ich gar nicht in Abrede stellen, dass einige der vorgelegten Punkte im Entschließungsantrag der

FDP-Fraktion in die richtige Richtung gehen. Voraussetzung ist natürlich, dass die Landesregierung hier nicht nur redet, sondern auch handelt.

Meine Damen und Herren, wenn man bei der Antwort der Landesregierung die eine oder andere Floskel weglässt, bleibt eigentlich nur noch Klein-Klein übrig. Es ist schon eine gummiartig zähe Angelegenheit, wie die Landesregierung mit der Gestaltung der digitalen Revolution ringt. Die FDP-Rhetorik der Großen Anfrage ist auch nicht besser. Das stimmt mich wirklich traurig.

Dennoch: Der Entschließungsantrag der FDP-Fraktion enthält einiges Richtige, das wir hier auch gefordert haben. Er ist ja ein Teilstück von unseren Forderungen; Sie haben da abgeschrieben. Wir werden Ihrem Entschließungsantrag souverän zustimmen, weil wir es können. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Paul. – Nächster Redner ist der fraktionslose Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (fraktionslos): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne und hinter den Bildschirmen! Ich spare mir solche Wortspiele mit „Kraft“ und „mega“. Ich benutze lieber eine Alliteration: Das ist ein digitales Desaster.

Die Digitalstrategie der Ministerpräsidentin wurde schon herzlich belacht, als sie Anfang 2015 vorgestellt wurde. Besser ist es nicht geworden.

(Unruhe)

Die FDP-Fraktion wollte in der Großen Anfrage mit den Fragen die Landesregierung vorführen. Entlarvt aber hat sich die Landesregierung in den Antworten ganz von selbst.

Auf die Frage nach den nötigen Mindeststandards digitaler Schulausstattung antwortet sie, den Schulen da keine Vorgaben machen zu wollen. Ja, meinen Sie, die Schulen verzichten freiwillig auf digitale Technik? Meinen Sie, es macht zum Beispiel Informatiklehrern Spaß, ihren Unterricht vorwiegend mit Kreide und Schiefertafel zu machen? Das ist doch Unsinn.

Versetzen Sie die Schulen endlich in die Lage, zeitgemäßen Unterricht zu machen, und reden Sie sich nicht heraus. Jedes Kind in jeder Schule muss einen eigenen Computer oder ein eigenes Tablet haben. Jeder Klassenraum braucht eine digitale Schultafel. Jede Schule braucht einen Breitbandanschluss. Das wären Mindeststandards. Ist das denn so schwer?

Im Breitbandausbau sieht so richtig schlecht aus. Für die Landesregierung hat der Ausbau in Gewerbeparks Vorrang. Das ist aber kein reines Wirtschaftsthema. Es geht um digitale Daseinsvorsorge für alle Bürger.

In Ihren Antworten verweisen Sie stolz auf eine gestiegene Breitbandausbauquote von 2012 bis 2015 von 69 % bis 75 %. Das umfasst alle verfügbaren Technologien, auch Funk, auch alte Kupferkabel, die längst an ihrem Limit angekommen sind.

In dem Tempo wird es mindestens weitere 12 Jahre dauern. Damit brechen Sie Ihre Versprechen. Es hieß, bis 2018 sei alles ausgebaut. Die Gigabit-Zukunft sichern Sie damit schon mal gar nicht.

Für freie WLAN-Zugänge in öffentlichen Räumen verweist die Landesregierung tatsächlich auf den Freifunk. Das sollen also die Bürgerinitiativen richten. Das ist schon Chuzpe.

Es wundert nicht, dass die Zahlen der Existenzgründungen seit Jahren abnehmen. Sie verweisen auf Programme für IT- und Kreativwirtschaft, die gemessen an der Beschäftigtenzahl nur Peanuts sind, während ein Vielfaches der Mittel nach wie vor in Bergbau und Stahlindustrie fließt.

Sie fahren auf Sicht. Sie haben keine langfristige Strategie. Sie retten sich gerade mal von einer Legislaturperiode zur nächsten. Sie hoffen, dass Sie irgendwie durchkommen. Sie ignorieren die digitale Spaltung. Sie verspielen unsere digitale Zukunft und die unserer Kinder, und das ist grob fahrlässig. – Vielen herzlichen Dank.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Schmeltzer das Wort, der Herrn Minister Duin vertritt. Bitte.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In Ihrer Regierungserklärung Anfang vergangenen Jahres hat Ministerpräsidentin Kraft die strategischen Eckpunkte definiert, mit denen die Landesregierung die Digitalisierung erfolgreich bewältigt. Sie nutzt den digitalen Wandel dazu, die Standortvorteile Nordrhein-Westfalens mit seiner vielfältigen Produktions- und Dienstleistungswirtschaft weiter auszubauen.

Es geht auch darum, den Wandel so zu gestalten, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ökonomisch davon profitieren und gesellschaftlich daran teilhaben können. Wie die Landesregierung die Weichen dazu gestellt hat, haben wir bereits im Fortschrittsbericht Nordrhein-Westfalen detailliert beschrieben. Wirtschaftspolitisch setzt die Landesregierung auf den Dreiklang Ausbau der Breitbandinf-

rastruktur, Strategie zur Stärkung junger Unternehmen der digitalen Wirtschaft und Unterstützung von Industrie und Mittelstand bei der Transformation zur Industrie 4.0.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bereits viel erreicht. 77,4 % der NRW-Haushalte können heute – Stand Mitte dieses Jahres – schnelles Internet von mindestens 50 Mbit/s nutzen. Damit liegt Nordrhein-Westfalen nach wie vor an der Spitze aller Flächenländer, und dabei soll es auch bleiben. Wir treiben diesen Ausbau konsequent voran, vor allem auf dem Lande und in Gewerbe- und Industriegebieten.

Herr Wüst, egal wie viele Dutzend weitere Anträge Sie dazu schreiben, wir bleiben führend, und jedes Mal wird Ihnen der Wirtschaftsminister hier neue, steigende Zahlen präsentieren. Sie tun uns eigentlich nur einen großen Gefallen damit.

Bis 2018 versorgen wir das Land mit Breitband von einem Downloadvolumen von mindestens 50 Mbit/s. Daneben hat Glasfaser natürlich Priorität: für rund 3.000 Gewerbegebiete mit mehr als 50 Mbit/s im Up- und Download. Dies ist nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Gigabit-Gesellschaft, den wir bis zum Jahr 2026 verfolgen. Bis dahin legen wir überall in Nordrhein-Westfalen Glasfaserkabel mit mehr als 100 Mbit/s im Up- und Download.

Ende 2015 hat die Landesregierung dem Runden Tisch Breitband ihre Eckpunkte zur Förderung des Breitbandausbaus in NRW dargelegt. Danach stellt Nordrhein-Westfalen bis 2018 eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung, um das Ziel der Versorgung mit schnellem Internet für alle zu erreichen. Dies ist keine Luftbuchung. Dies ist tatsächliche Förderung, im Gegensatz zu Bayern, das seit Jahren Milliarden Euro in seinem Haushalt dafür hat, die aber nach wie vor auch nicht annähernd abgerufen werden.

Nordrhein-Westfalen ist Vorreiter mit einer digitalen Strategie. Wir haben als erstes Bundesland eine umfassende Strategie zur Förderung und zur Stärkung junger Unternehmer der digitalen Wirtschaft entwickelt. Und Nordrhein-Westfalen ist bereits heute Standort für zahlreiche erfolgreiche Start-ups. Mehr als 400 junge Unternehmen der Internetwirtschaft sind ein Beleg für das positive Gründerklima. Wir setzen auf die weitere Förderung von Start-ups als den zentralen Baustein und Schlüssel zum Erfolg der digitalen Revolution.

Unsere Initiative Digitale Wirtschaft NRW hat Nordrhein-Westfalen zu einem dynamischen Internetland entwickelt, das Fahrt aufgenommen hat, und das hat zu einer Aufbruchsstimmung geführt. Gemeinsam mit dem Beirat Digitale Wirtschaft NRW haben wir konkrete Unterstützung mit einem Fördervolumen von bis zu 42 Millionen € für die Zeit von 2016 bis 2020 entwickelt. Schlüssel späteren Erfolgs sind sechs DWNRW-Hubs, die als Drehscheibe für die

Zusammenarbeit zwischen Start-ups, Industrie und Mittelstand fungieren werden. Demnächst eröffnen wir sie in Aachen, in Bonn, in Düsseldorf, in Köln, im Münsterland und an der Ruhr.

Weitere Bestandteile der DW-Initiative sind der Aufbau von Netzwerken, die Unterstützung von Messeauftritten für Start-ups sowie ein Beteiligungsprogramm der NRW.BANK mit Startkapital für digitale Gründungen. Mit der Initiative HochschulStart-up.NRW stellt das Land rund 70 Millionen € für Patente, Kooperationen und Gründungen von technologiebasierten Unternehmen bereit.

Meine Damen und Herren, zur Stützung der digitalen Transformation von Industrie und Mittelstand haben wir bereits geeignete Strukturen aufgebaut. Das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 bietet den mittelständischen Unternehmen eine völlig neuartige Innovations- und Transferplattform an. Dahinter steht ein Konsortium unter Führung des Fraunhofer-Instituts für Materialfluss und Logistik aus Dortmund, der RWTH Aachen, den Forschungseinrichtungen in Ostwestfalen „it's OWL“ und dem EffizienzCluster Management in Mülheim.

Mit den Kompetenzagenturen Mittelstand 4.0 – Handel in Köln und Prozesse in Dortmund – haben zwei weitere wichtige Informationsplattformen ihre Arbeit aufgenommen. Die Landescluster ProduktionNRW, Logistik.NRW, Kunststoff.NRW und Creative.NRW haben ihr Leistungsportfolio auf die Digitalisierung neu ausgerichtet.

Meine Damen und Herren, der Gestaltung der Arbeitswelt durch Organisation, Qualifizierung und Mitbestimmung kommt eine Schlüsselrolle zu, um die Chancen der Digitalisierung für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen. Die Landesregierung lädt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften ein, den digitalen Wandel mitzugestalten.

Es geht eben darum, die Grundsätze guter, fairer Arbeit unter den Bedingungen einer digitalisierten und vernetzten Wirtschaft in der Welt von Arbeit 4.0 durchzusetzen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ja, aber ich rede noch zu Ende. Das ist ja eine Große Anfrage, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das ist Ihre Interpretation der Redezeit, Herr Minister. Aber gleichwohl.

(Zuruf von der SPD: Mach weiter!)

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich mache auch weiter. –

Mit der NRW-Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 wurde eine gemeinsame Plattform für die Landesregierung, für Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft geschaffen, um die digitalen Entwicklungsprozesse in NRW im Zusammenhang zu gestalten. NRW setzt auf digitale Bildung und auf Forschung.

Durch Koordination, Bündelung und Vernetzung von Institutionen, Forschungskapazitäten, Netzwerken und Aktivitäten soll das vorhandene Know-how bestmöglich genutzt werden. Gleichzeitig wird die Forschung gestärkt, vor allem im Bereich der IT-Sicherheit.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich widerspreche ganz klar dem Vorwurf der Fraktion der FDP in ihrer Großen Anfrage 20, dass ein Jahr nach der Regierungserklärung wenig in Gang gekommen sei. Mit unserer Digitalisierungsstrategie sind wir auf dem richtigen und auch auf dem erfolgreichen Weg. Das belegen die Fakten eindeutig. Der Kurs stimmt.

Wir werden gleich zu einer Abstimmung kommen. Anschließend wird, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, der Präsident die Sitzung für den heutigen Tag schließen. Und, Herr Hafke, Sie können dann das viele Papier, was sich auf Ihrem Schreibtisch befindet, in Ihr Büro tragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Schmeltzer. – Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Redezeit um zwei Minuten und 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht grundsätzlich natürlich auch noch den anderen Rednern respektive den Fraktionen zur Verfügung. – Für die Piratenfraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Dr. Paul gemeldet.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Minister, für die zusätzliche Redezeit.

Uns wird ja gerade beim Thema „Digitales und Breitbandausbau“ immer vorgeworfen, dass alles viel zu teuer und nicht finanzierbar sei. Ich möchte dazu einmal einen grundsätzlichen Satz loswerden:

Unsere Gesellschaft in Deutschland ist seit den Nuller-Jahren – mit einem kleinen Knick in der Zeit um 2007/2008 – stetig reicher geworden. Wenn Sie mir sagen, wo die ganze Kohle geblieben ist, sage ich Ihnen, wie wir das finanzieren. – Vielen Dank und schöne Herbstferien!

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Dr. Paul. – Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Das ist offenbar nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die **Große Anfrage 20** der FDP-Fraktion **erledigt** ist.

Wir kommen noch zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/13103. Wer dem Entschließungsantrag der FDP-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktion der FDP, die Piratenfraktion und der fraktionslose Abgeordnete Kollege Schwerd. Wer stimmt gegen den Entschließungsantrag? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Somit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/13103 abgelehnt** ist.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 9. November 2016, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen eine angenehme sitzungsfreie Zeit und stelle fest, dass die Sitzung des Landtags für heute geschlossen ist. Herzlichen Dank.

Schluss: 14:03 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Zu TOP 3 – „Doppelbelastung für Bürger und Industrie in NRW verhindern – differenzierte Stromnetzentgelte auf der Übertragungsnetzebene erhalten“

nach § 47 Abs. 2 GeschO zu Protokoll gegebene schriftliche Begründung ihrer Abstimmung von Hubertus Fehring (CDU), Walter Kern (CDU), Kirstin Korte (CDU), Ralf Nettelstroth (CDU) und Daniel Sieveke (CDU)

Dem vorliegenden Antrag können wir nicht zustimmen, weil seine Umsetzung die Stromverbraucher in den Kreisen Höxter, Lippe, Herford, im Altkreis Minden, der Stadt Bielefeld und 85 % der Verbraucher im Kreis Paderborn finanziell benachteiligen würde, da sie im ÜNB-Gebiet von TenneT liegen. Die durch die Energiewende notwendigen zusätzlichen Übertragungsnetze bzw. die hierdurch entstehenden Mehrkosten dürfen nicht nur auf das TenneT-Gebiet verteilt werden.

Der Ausbau der Übertragungsnetze dient der Versorgungssicherheit aller bundesdeutschen Stromverbraucher.